



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Tabelle 43: Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts im Zeitraum 2007 bis 2011

Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mill. EUR				
Zusätzlicher Mittelbedarf					
Mehrausgaben	3.198,68	12.499,07	989,03	2.439,17	1.563,17
Personalausgaben	46,28	363,08	20,49	92,93	112,46
Sachausgaben - gesetzliche Verpflichtungen	495,35	1.341,81	332,23	629,90	399,26
Sachausgaben - Ermessensausgaben	2.657,04	10.794,18	636,31	1.716,35	1.051,44
Mindereinnahmen	2.121,50	3.681,27	3.949,28	2.473,25	3.563,86
Öffentliche Abgaben, netto	718,77	2.809,26	1.962,30	991,91	1.689,04
Sonstige Einnahmen	1.402,73	872,01	1.986,98	1.481,34	1.874,82
Zusätzlicher Mittelbedarf	5.320,18	16.180,34	4.938,31	4.912,42	5.127,04
Veränderung des administrativen Saldos	+ 992,24	- 6.604,45	+ 6.505,62	+ 5.322,84	+ 3.259,95
Zusätzliche Mittel					
Minderausgaben	2.228,66	3.580,00	9.002,32	5.919,72	3.911,70
Personalausgaben	79,95	44,70	199,49	151,74	120,95
Sachausgaben - gesetzliche Verpflichtungen	621,79	1.908,16	519,27	733,49	1.012,07
Sachausgaben - Ermessensausgaben	1.526,92	1.627,13	8.283,57	5.034,49	2.778,68
Mehreinnahmen	4.083,76	5.995,90	2.441,61	4.315,54	4.475,29
Öffentliche Abgaben, netto	2.148,50	3.731,07	838,64	2.176,93	2.143,87
Sonstige Einnahmen	1.935,27	2.264,83	1.602,96	2.138,62	2.331,41
Zusätzliche Mittel	6.312,42	9.575,90	11.443,93	10.235,26	8.386,98

Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Mittel betragen 8.386,98 Mill. EUR im Jahr 2011. Dieser Betrag ist durch Minderausgaben (Personal- und Sachausgaben) in Höhe von insgesamt 3.911,70 Mill. EUR und Mehreinnahmen (öffentliche Abgaben, netto und sonstige Einnahmen) in Höhe von 4.475,29 Mill. EUR zu begründen.

TZ 3

Mehreinnahmen im Bereich der öffentlichen Abgaben konnten insbesondere bei der Körperschaftsteuer (+ 777,10 Mill. EUR), aus Nebenansprüchen und Resteingängen weggefallener Abgaben (+ 226,94 Mill. EUR), den Abgaben nach dem Glückspielgesetz (+ 226,10 Mill. EUR), der Lohnsteuer (+ 183,87 Mill. EUR), der veranlagten Einkommensteuer (+ 178,21 Mill. EUR), der Kapitalertragsteuer (+ 148,78 Mill. EUR) und gemäß Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz (+ 134,30 Mill. EUR) erzielt werden.

Diese zusätzlich gewonnenen Mittel überschritten die zur Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen erforderlichen Mittel von 5.127,04 Mill. EUR. Die Mehrausgaben (Personal- und Sachausgaben) betragen 1.563,17 Mill. EUR und die Mindereinnahmen 3.563,86 Mill. EUR). Im Bereich der öffentlichen Abgaben lagen die Mindereinnahmen bei 1.689,04 Mill. EUR. Diese betrafen insbesondere die Kapitalertragsteuer auf Zinsen (- 466,56 Mill. EUR), die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden (- 440,38 Mill. EUR), die Umsatzsteuer (- 208,61 Mill. EUR), Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben (- 203,11 Mill. EUR), die Mineralölsteuer (- 137,48 Mill. EUR) und den Beitrag zur Europäischen Union (- 112,18 Mill. EUR).

Im Rahmen des Budgetvollzugs konnte eine Verminderung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts um 3.259,95 Mill. EUR erreicht werden.

3.1.2.2 Voranschlagsabweichungen nach Untergliederungen dargestellt

Die folgende Tabelle zeigt die Abweichungen des Erfolgs vom Voranschlag 2011 nach Untergliederungen getrennt nach Personal- und Sachausgaben. Die Untergliederungen sind nach den zuständigen Ressorts gereiht.



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Tabelle 44: Abweichungen vom BVA 2011 nach Untergliederungen getrennt in Personal- und Sachausgaben

Untergliederung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung vom Voranschlag			Abweichung Gesamt
			Gesetzliche Verpflichtungen		Ermessen	
			Ausgaben	Ausgaben	Personal- ausgaben	
in MILL. EUR						
Oberste Organe						
01 Präsidentschaftskanzlei	7,60	7,46	- 0,25	+ 0,01	+ 0,10	- 0,14
02 Bundesgesetzgebung	154,50	136,27	- 1,01	- 3,66	- 13,57	- 18,23
03 Verfassungsgerichtshof	11,60	11,75	+ 0,23	- 0,25	+ 0,17	+ 0,15
04 Verwaltungsgerichtshof	15,60	15,69	+ 0,25	- 0,03	- 0,13	+ 0,09
05 Volksanwaltschaft	6,60	6,32	- 0,16	- 0,03	- 0,10	- 0,28
06 Rechnungshof	29,10	27,37	- 0,92	- 0,03	- 0,78	- 1,73
Bundeskanzleramt						
10 Bundeskanzleramt	335,70	326,32	+ 0,79	- 0,05	- 10,12	- 9,38
BM f. Inneres						
11 Inneres	2.353,70	2.294,93	- 27,07	+ 0,97	- 32,67	- 58,77
BM f. europäische u. int. Angelegenheiten						
12 Äußeres	427,10	416,56	- 1,11	+ 5,49	- 14,91	- 10,54
BM f. Justiz						
13 Justiz	1.150,50	1.201,66	+ 11,07	+ 4,36	+ 35,73	+ 51,16
BM f. Landesverteidigung u. Sport						
14 Militärische Angelegenheiten und Sport	2.186,10	2.158,24	+ 19,84	- 0,38	- 47,32	- 27,86
BM f. Finanzen						
15 Finanzverwaltung	1.232,90	1.099,36	- 29,74	- 0,99	- 102,81	- 133,54
16 Öffentliche Abgaben	2,80				- 2,80	- 2,80
23 Pensionen	8.043,46	8.007,56	- 15,53	- 20,37	- 0,01	- 35,90
44 Finanzausgleich	719,21	689,28		- 10,04	- 19,89	- 29,93
45 Bundesvermögen	1.936,26	1.563,11		- 37,90	- 335,26	- 373,16
46 Finanzmarktstabilität	2,90	79,59		- 0,00	+ 76,70	+ 76,69
51 Kassenverwaltung	544,48	345,63			- 198,85	- 198,85
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.770,88	6.827,51			- 943,37	- 943,37
BM f. Arbeit, Soziales u. Konsumentenschutz						
20 Arbeit	5.974,01	6.034,24	- 0,87	- 67,61	+ 128,71	+ 60,24
21 Soziales und Konsumentenschutz	2.362,92	2.454,31	- 1,04	- 24,11	+ 116,53	+ 91,38
22 Sozialversicherung	9.610,70	9.113,77		- 496,93		- 496,93
BM f. Wirtschaft, Familie u. Jugend						
25 Familie und Jugend	6.335,20	6.293,91		- 43,00	+ 1,72	- 41,29
33 Wirtschaft (Forschung)	96,90	106,17			+ 9,27	+ 9,27
40 Wirtschaft	436,10	408,74	- 9,65	+ 0,13	- 17,84	- 27,36
BM f. Gesundheit						
24 Gesundheit	868,23	904,30	- 1,57	+ 1,79	+ 35,84	+ 36,06
BM f. Unterricht, Kunst u. Kultur						
30 Unterricht, Kunst und Kultur	7.701,70	7.847,83	+ 59,80	+ 96,48	- 10,15	+ 146,13
BM f. Wissenschaft u. Forschung						
31 Wissenschaft und Forschung	3.781,10	3.632,27	- 3,60	- 7,53	- 137,70	- 148,83
BM f. Verkehr, Innovation u. Technologie						
34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	370,80	349,89		- 0,23	- 20,68	- 20,91
41 Verkehr, Innovation und Technologie	2.706,90	2.741,73	- 4,00	- 3,41	+ 42,24	+ 34,83
BM f. Land- und Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft						
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.140,90	2.033,77	- 3,95	- 5,76	- 97,43	- 107,13
43 Umwelt	845,60	677,99		+ 0,24	- 167,85	- 167,61
Gesamt	70.162,05	67.813,52	- 8,48	- 612,81	- 1.727,23	- 2.348,53

TZ 3

Insgesamt unterschritten die Ausgaben im Vollzug den Voranschlag um 2.348,53 Mill. EUR. Von den Unterschreitungen waren 1.727,23 Mill. EUR auf Ermessensausgaben zurückzuführen. Die Unterschreitung der Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben und Sachausgaben) gegenüber dem Voranschlag umfasste einen Gesamtbetrag in Höhe von 621,29 Mill. EUR.

Die größte Abweichung des Erfolgs vom Voranschlag betraf die veranschlagten Mittel für die Nettogetherung der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“, von denen 943,37 Mill. EUR nicht beansprucht wurden. Das geringere administrative Budgetdefizit und die damit verbundenen geringeren Finanzierungen führten zu niedrigeren Ausgaben. Im sonstigen Aufwand führten höhere Emissionsagien zu Mehreinnahmen (+ 488,33 Mill. EUR) und damit zu geringeren Nettoausgaben.

Die Mehrausgaben in der UG 30 „Unterricht, Kunst und Kultur“ betragen 146,13 Mill. EUR, wovon 59,80 Mill. EUR auf Personalausgaben und 86,33 Mill. EUR auf Sachausgaben entfielen. Die größten Abweichungen zum Voranschlag bei den Personalausgaben waren auf die technischen und gewerblichen Lehranstalten (+ 22,26 Mill. EUR), die Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe (+ 24,65 Mill. EUR) und die Handelsakademien und Handelsschulen (+ 12,67 Mill. EUR) zurückzuführen. Mehrausgaben im Sachaufwand waren insbesondere auf den Bereich der Allgemein bildenden Pflichtschulen zurückzuführen (+ 77,48 Mill. EUR). Grund dafür waren die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf den Richtwert 25, die Zunahme der Anzahl der Schüler im Bereich Tagesbetreuung, die Ausweitung von Sprachförderkursen und der geringere Rückgang der Schüleranzahl gegenüber der Prognose.

Voranschlagsvergleichsrechnung

3.1.3 Negative Verfügungsreste bei den Ausgabenvoranschlagsansätzen

Ein negativer Verfügungsrest entsteht, wenn ein haushaltsleitendes bzw. anweisendes Organ mehr Verpflichtungen eingeht als im Budget Mittel zur Verfügung stehen, das heißt eine Art „Vorgriff“ auf künftige Haushalte tätigt, auch wenn es nicht durch Auszahlungen zu Mehrausgaben gekommen ist. Der negative Verfügungsrest zeigt an, dass über die Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw. anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können heispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts („Überziehung“ der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, dass Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (z.B. durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 2011 waren im Gesamthaushalt bei 40 Ausgabensätzen negative Verfügungsreste in Höhe von insgesamt 329,65 Mill. EUR zu verzeichnen. Hievon entfielen 185,71 Mill. EUR auf die Bindung zum Abgang der Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß Vorgabe des BMF sowie auf offene Verpflichtungen im Bereich der Arbeitsmarktförderung. 86,97 Mill. EUR betrafen Verpflichtungen gegenüber der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH, die durch Rücklagen bedeckt sind und erst zum Zeitpunkt des tatsächlichen Bedarfs abgerufen werden. 34,09 Mill. EUR entstanden für zu gering veranschlagte Rücklagenzuführungen, 15,98 Mill. EUR bei den Förderungen an Privatbahnen durch nicht umgesetzte Obligovorträge der Vorjahre: durch fehlende Infrastrukturfinanzierungsverträge sowie fehlende Nachweise für die Erbringung der Kofinanzierungsbeiträge der Länder waren Zahlungen zurückgehalten worden.

In der folgenden Tabelle sind kurze Begründungen der Ressorts zu den negativen Verfügungsresten enthalten.

TZ 3

Tabelle 45: Negative Verfügungsreste bei Ausgabenvoranschlagsansätzen im Gesamthaushalt 2011

Untergliederung	Anzahl d. Ansätze	Gesamt-betrag in EUR	Begründung der einzelnen Positionen
10 Bundeskanzleramt	5	57.368,26	Budgetumschichtungen bei Staatsarchiv und Verwaltungsakademie des Bundes im Rahmen der Flexibilisierungsklausel.
11 Inneres	6	688.343,29	Budgetumschichtungen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich Sicherheitsakademie sowie offene Verpflichtungen bei den Aufwendungen im Bereich der Einsatzkommanden.
13 Justiz	2	96.917,42	Einspielung von Besoldungsdaten im Wege der Applikation Bundesbesoldung (PM-SAP) (Obligovorträge).
14 Militärische Angelegenheiten und Sport	4	2.775.285,69	Einspielung von Besoldungsdaten im Wege der Applikation Bundesbesoldung (PM-SAP) (Obligovorträge) sowie Mittel-Umschichtung im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe und der Heeresunteroffiziersakademie.
15 Finanzverwaltung	1	31.855,19	Anschaffung eines Personenkraftwagens für den Präsidenten der Finanzprokuratur.
20 Arbeit	3	185.711.278,22	Bindung des Differenzbetrags zwischen Voranschlag und Erfolg zum Abgang der Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß Vorgabe des BMF. Offene Verpflichtungen im Bereich der Arbeitsmarktförderung, die infolge systembedingter fehlerhafter Periodenzuordnung der Mittelbindungen dem Jahr 2011 zugerechnet wurden.
30 Unterricht, Kunst und Kultur	5	2.216.708,81	Raschere Abrechnung der LehrerInnen-Mehrdienstleistungen zum Jahresende sowie durch eine geringere Anzahl an Pensionierungen als angenommen.
34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	2	86.965.122,65	Die Verpflichtungen gegenüber der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) sind durch Rücklagen bedeckt, die erst zum Zeitpunkt des tatsächlichen Bedarfs abgerufen werden.
41 Verkehr, Innovation und Technologie	2	15.983.825,40	Nicht umgesetzte Obligovorträge der Vorjahre: durch fehlende Infrastrukturfinanzierungsverträge sowie fehlende Nachweise für die Erbringung der Kofinanzierungsbeiträge der Länder wurden Zahlungen zurückgehalten.
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	9	1.030.083,12	Budgetumschichtungen bei Bundesämtern und -anstalten im Rahmen der Flexibilisierungsklausel. Umstellung der Verrechnung der Lehrlinge und Verwaltungspraktikanten.
51 Kassenverwaltung	1	34.091.170,65	Zu gering veranschlagte Rücklagenzuführung.
Summe	40	329.647.958,70	



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

3.1.4 Nicht gedeckte Voranschlagsansatzabweichungen und nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen

Gemäß § 1 Abs. 2 RHG hatte der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige Ausgaben), laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderlichen Bewilligungen vorlagen und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden.

Im Jahr 2011 lagen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von insgesamt 4,93 Mill. EUR vor.

Tabelle 46: Zusammenstellung der nicht gedeckten Voranschlagsansatzabweichungen

UG	VA-Ansatz	Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage	Nicht eingehaltene/erfasste VA-Ansatzbindungen (Ausgabeneinsparungen bzw. nicht erzielte Mehreinnahmen)
in EUR			
10 Bundeskanzleramt	1/10110 Personalausgaben	692,17	-
10 Bundeskanzleramt	1/10130 Personalausgaben	5.443,85	-
11 Inneres	1/11030 Personalausgaben	12.658,13	-
11 Inneres	1/11720 Personalausgaben	7.084,84	-
11 Inneres	1/11738 Aufwendungen	3.423,46	-
14 Militärische Angelegenheiten und Sport	1/14100 Personalausgaben	2.702.740,00	-
14 Militärische Angelegenheiten und Sport	1/14507 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	39.476,85	-
30 Unterricht, Kunst und Kultur	1/30600 Personalausgaben	96.751,58	-
30 Unterricht, Kunst und Kultur	1/30700 Personalausgaben	2.029.323,02	-
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1/42517 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	1.466,22	-
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1/42707 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	26.606,38	-
Gesamtsumme		4.925.666,50	-

TZ 3

3.1.5 Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG (Flexibilisierungsklausel)

Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG sind durch bestehende Rücklagen zu bedecken. Besteht keine Rücklage oder reicht diese nicht aus, ist der unbedeckte Teil innerhalb der folgenden drei Finanzjahre durch die Organisationseinheit, bei der die Flexibilisierungsklausel gemäß § 17a BHG angewandt wird, auszugleichen. Kann ein solcher Ausgleich nicht erfolgen, hat längstens im vierten Finanzjahr das haushaltsleitende Organ im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen über entsprechende Maßnahmen zu entscheiden.

Drei der vier Justizanstalten, bei denen die Flexibilisierungsklausel gemäß § 17a BHG angewendet wurde (St. Pölten, Sonnberg und Graz-Jakomini), beendeten das Projekt mit Ablauf des 31. Dezember 2010 mit einem „negativen Unterschiedsbetrag“ im Ausmaß von insgesamt rd. 2,79 Mill. EUR.

St. Pölten:	- 1.971.763,73 EUR
Sonnberg:	- 580.249,29 EUR
Graz-Jakomini:	- 237.911,89 EUR
Summe:	- 2.789.924,91 EUR

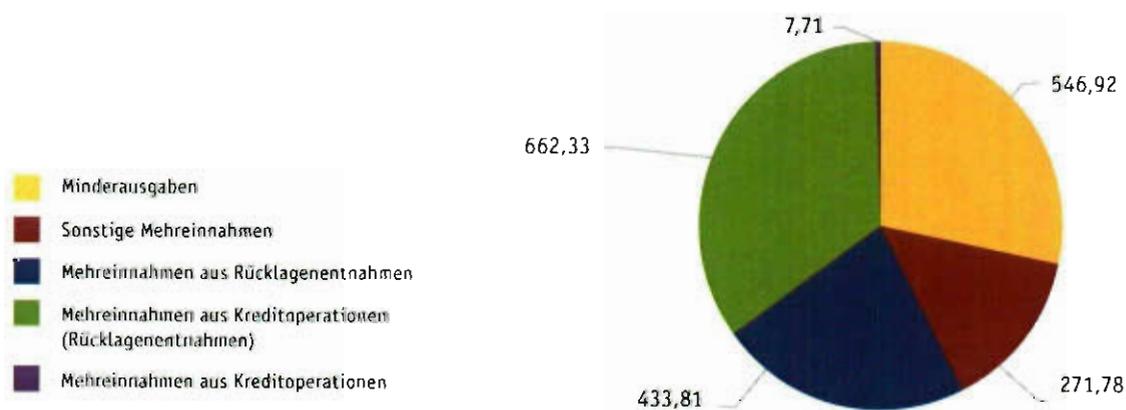
Gemäß den Bestimmungen des § 17b Abs. 1 BHG hat das zuständige haushaltsleitende Organ (BMJ) die am Ende des Projektzeitraumes bestehenden negativen Unterschiedsbeträge im folgenden Finanzjahr durch Einsparungen innerhalb seiner Ausgaben abzudecken.

Das BMJ hat die „negativen Unterschiedsbeträge“ durch Reduzierung der Rücklage „Allgemeine UG-Rücklage Justiz“ ausgeglichen.

3.2 Überplanmäßige Ausgaben

Ausgaben, die eine Überschreitung von Ausgabenansätzen des Bundesvoranschlages erfordern, dürfen nur auf Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung geleistet werden. In § 41 Abs. 3 BHG sowie in den Art. IV bis VII des BFG 2011 sind die Überschreitungsermächtigungen der Voranschlagsausgabenansätze geregelt. Die Bedeckung der im Jahr 2011 bewilligten Überschreitungen im Allgemeinen Haushalt in der Höhe von 1.922,55 Mill. EUR erfolgte durch Minderausgaben (546,92 Mill. EUR), durch sonstige Mehreinnahmen (271,78 Mill. EUR), durch Mehreinnahmen aus „alten“ Rücklagenentnahmen (433,81 Mill. EUR), aus Kreditoperationen für „neue“ Rücklagenentnahmen (662,33 Mill. EUR) sowie aus sonstigen Kreditoperationen (7,71 Mill. EUR).

Abbildung 16: Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben im Allgemeinen Haushalt 2011 (Mill. EUR)



In der nachfolgenden Tabelle wird die Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben (1.922,55 Mill. EUR) pro Untergliederung nach Minderausgaben und Mehreinnahmen getrennt dargestellt. Bei den Minderausgaben (546,92 Mill. EUR) wird nach der Bedeckung in derselben Untergliederung (401,39 Mill. EUR) bzw. in einer anderen Untergliederung in derselben Rubrik (145,54 Mill. EUR) unterschieden. Die Mehreinnahmen werden nach Rücklagenentnahmen (1.096,14 Mill. EUR) getrennt nach alten und neuen Rücklagen, Kreditoperationen (7,71 Mill. EUR) und sonstigen Einnahmen (271,78 Mill. EUR) dargestellt. Da die neuen Rücklagen erst bei ihrer Entnahme finanziert werden, wurden im Jahr 2011 überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 670,04 Mill. EUR mittels Kreditoperationen bedeckt.

TZ 3

Tabelle 47: Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben 2011 (in Mill. EUR)

UG	Minderausgaben		Mehreinnahmen				Gesamt
	selbe UG	selbe Rubrik	sonstige	Rücklagen-entnahmen	Kredit- operationen (Rücklagen- entnahmen)	Kredit- operationen	
01	0,01			0,56			0,57
02				0,08			0,08
03	0,32	0,10				0,07	0,48
04	0,07	0,30					0,37
05							
06	0,05						0,05
10	0,32			1,26	2,58		4,15
11	17,56			2,68	15,42		35,66
12	6,30	20,27	0,83	1,50	0,04		28,93
13	5,55	2,50	47,61	4,00			59,66
14	19,77		1,80	22,87	6,05		50,49
15	0,86		0,02	24,28	0,62		25,78
16							
Rubrik 0,1	50,80	23,17	50,26	57,23	24,77	0,00	206,22
auf Obergrenze der Rubrik 0,1 des Finanzrahmens anrechenbar				132,25			
20	40,00		164,98	2,32			207,29
21	9,10		4,98	107,96	0,64		122,68
22	91,93						91,93
23	53,73						53,73
24	0,01		41,53	2,85		7,71	52,09
25	103,10						103,10
Rubrik 2	297,86	0,00	211,48	113,13	0,64	7,71	630,82
auf Obergrenze der Rubrik 2 des Finanzrahmens anrechenbar				325,25			
30	23,87			30,75	190,15		244,77
31				41,84			41,84
33				19,74	18,00		37,74
34					13,00		13,00
Rubrik 3	23,87	0,00	0,00	92,33	221,15	0,00	337,35
auf Obergrenze der Rubrik 3 des Finanzrahmens anrechenbar				313,48			
40	1,10	56,50	0,73	30,91	39,05		108,30
41	0,40	15,00	1,70	34,37	170,44		221,91
42	21,92	0,87	6,68	2,07	33,52		65,06
43	5,43	50,00		8,71	3,13		67,27
44			0,92	12,00	4,33		17,25
45				83,07	108,60		191,67
46					76,70		76,70
Rubrik 4	28,85	122,37	10,04	171,12	415,78	0,00	748,15
auf Obergrenze der Rubrik 4 des Finanzrahmens anrechenbar				596,94			
51							
58							
Rubrik 5	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt	401,39	145,54	271,78	433,81	662,33	7,71	1.922,55
Summe Rücklagenentnahmen				1.096,14			
Summe Kreditoperationen					670,04		

In der nachfolgenden Tabelle werden die bewilligten überplanmäßigen Ausgaben über einen Betrag von 50 Mill. EUR auf Ansatzebene begründet:

Voranschlagsvergleichsrechnung

Tabelle 48: Begründung von überplanmäßigen Ausgaben 2011 über 50 Mill. EUR

UG/Ansatz	Mill. EUR	Begründung der Abweichung
UG 20: Arbeit		
1/20436	Überweisungen nach dem BAG (Lehrlingsbeihilfen): Förderungen	153,75 Die Mehrausgaben entstanden aufgrund der Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher durch Gewährung von Beihilfen gemäß § 19c Berufsausbildungsgesetz (Lehrlingsbeihilfen).
UG 21: Soziales und Konsumentenschutz		
1/21358	Zahlungen gemäß Pflegefondsgesetz: Zahlungen aus allgemeinen Bundesmitteln	100,00 Die Mehrausgaben entstanden durch das Inkrafttreten des Pflegefondsgesetz am 29. Juli 2011 mit dem ein Pflegefonds eingerichtet wurde, aus dem Leistungen in Form von Zweckzuschüssen an die Länder und Gemeinden zur Sicherung und zum bedarfsgerechten Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege erbracht werden.
UG 22: Sozialversicherung		
1/22067	BM; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag) (variabel): SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag	82,92 Die Mehrausgaben resultieren aus der Begleichung des Abrechnungsrestes 2010.
UG 23: Pensionen		
1/23107	Ersätze an Länder: Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	51,00 Die Mehrausgaben entstanden aufgrund eines höheren Zuganges an Ruhebezugsempfängern als bei der Budgeterstellung angenommen wurde.
UG 25: Familie und Jugend		
1/25317	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen: KBG (inkl. Zuschuss, KV Beitrag), Beitr. betriebl. MA Vorsorge: Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	57,00 Im BVA 2011 war die Novelle zum Kinderbetreuungsgeld (KBG), mit welchem das einkommensabhängige KBG sowie die Beihilfe neu eingeführt wurden, noch nicht berücksichtigt. Die eingeführte Beihilfe zum KBG bewirkte einen Aufwand von rd. 34,0 Mill. EUR. In Verbindung mit der Novelle ergab sich ein Mehrbedarf für das KBG von rd. 90,0 Mill. EUR. Minderausgaben gegenüber dem BVA 2011 ergaben sich in Verbindung mit der Abschaffung des Zuschusses zum KBG für Geburten ab 1.1.2010 im Betrag von rd. 75,0 Mill. EUR. Weiters ergaben sich höhere Ausgaben von rd. 8,0 Mill. EUR beim Krankenversicherungsbeitrag vom KBG.
UG 30: Unterricht, Kunst und Kultur		
1/30757	Allgemein bildende Schulen: Allgemein bildende Pflichtschulen: Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	98,81 Das BMUKK kalkulierte bereits bei der Erstellung des BVA 2011 im Bereich der Landeslehrer eine Inanspruchnahme von Rücklagen ein. Die Mittel wurden für Entwicklungen im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen, insbesondere für die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf den Richtwert 25, für Sprachförderkurse und Mehrkosten aufgrund eines gegenüber der Prognose geringeren SchülerInnenrückganges und für die Tagesbetreuung ALT und NEU benötigt.
UG 41: Verkehr, Innovation und Technologie		
1/41158	Bundesministerium (Zweckaufwand): Gemeinwirtschaftliche Leistungen	180,74 Durch die Änderung des Bundesgesetzes über die Vergütung von Energieabgaben verteuern sich die Produktionsleistungen der ÖBB und somit die vertraglich bestellten Leistungen im Rahmen des Personalverkehrs die vom Bund abzugelten sind. Der Verkehrsdiensvertrag mit der ÖBB-PV AG wurde im Februar 2011 rückwirkend mit April 2010 abgeschlossen. Aufgrund des rückwirkenden Inkrafttretens konnten im Jahr 2010 in Ermangelung der gesetzl. Grundlage die vorgesehenen Mittel nicht ausbezahlt werden und wurden der Rücklage zugeführt. Um die nunmehr bestehenden Verpflichtungen aus 2010 bedecken zu können, sind die zusätzlichen Mittel aus der Rücklage nötig.
UG 43: Umwelt		
1/43146	Umweltschutz: Umweltförderung im In- und Ausland: Förderungen	50,00 Im Rahmen der Budgetverhandlungen wurde auf politischer Ebene die Fortführung der Förderung von thermischen Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Sanierungsoffensive iHv 100 Mill. EUR vereinbart und in der Folge gesetzlich umgesetzt (UFG-Novelle 2010). 50 Mill. EUR wurden bei 1/40156 veranschlagt und mussten nach 1/43146 umgeschichtet werden.
UG 45: Bundesvermögen		
1/45285	Bundesarlehen: Ausland	108,60 Die Mehrausgaben entstanden aus einer Zahlung im Zusammenhang mit dem Darlehen an Griechenland.
1/45508	Einziehungen zum Bundesschatz: Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)	71,50 Die Mehrausgaben resultierten aus der Generalsanierung des Bundesgebäudes Himmelpfortgasse 6 - 8 (BMWFJ), der Refundierung der Energieabgabe ÖBB (BMVIT) und der Filmförderung (BMWFJ).
UG 46: Finanzmarktstabilität		
1/46008	Leistungen gemäß FinStaG: Aufwendungen	74,31 Die Mehrausgaben waren aufgrund der Leistung eines Restrukturierungsbeitrages an die KA-Finanz AG erforderlich.

TZ 3

3.3 Vorjahresvergleich und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

3.3.1 Vorjahresvergleich der Einnahmen und Ausgaben

Die Ausgaben im Allgemeinen Haushalt des Jahres 2011 betragen 67.813,52 Mill. EUR (2010: 67.286,86 Mill. EUR) und stiegen gegenüber 2010 um 526,66 Mill. EUR (+ 0,8 %). Die Einnahmen betragen 63.451,84 Mill. EUR (2010: 59.434,14 Mill. EUR) und stiegen um 4.017,70 Mill. EUR (+ 6,8 %). Der Abgang lag mit 4.361,69 Mill. EUR (2010: 7.852,72 Mill. EUR) somit um 3.491,03 Mill. EUR unter dem Wert vom Vorjahr.

Ausgaben

Die Personalausgaben betragen 10.841,54 Mill. EUR (2010: 10.679,37 Mill. EUR) und stiegen um 162,17 Mill. EUR (+ 1,5 %).

Die Sachausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 56.971,99 Mill. EUR (2010: 56.607,50 Mill. EUR) und stiegen um 364,49 Mill. EUR (+ 0,6 %).

Tabelle 49: Ausgaben des Allgemeinen Haushalts 2010 und 2011 gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten

Gliederung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Gesamtausgaben	67.286,86	100,0	67.813,52	100,0	+526,66	+0,8
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Ausgaben	64.954,84	96,5	66.123,96	97,5	+ 1.169,12	+ 1,8
Bestandswirksame Ausgaben	2.332,02	3,5	1.689,56	2,5	- 642,46	- 27,5
nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	44.665,43	66,4	44.424,37	65,5	- 241,06	- 0,5
Ermessensausgaben	22.621,44	33,6	23.389,16	34,5	+ 767,72	+ 3,4
nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:						
Personalausgaben (Ges. Verpfl.)	10.679,37	15,9	10.841,54	16,0	+ 162,17	+ 1,5
Sachausgaben	56.607,50	84,1	56.971,99	84,0	+ 364,49	+ 0,6



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Gliederung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Personalausgaben	10.679,37	100,0	10.841,54	100,0	+ 162,17	+ 1,5

Davon entfielen auf:

Aktivbezüge	7.308,70	68,4	7.382,43	68,1	+ 73,73	+ 1,0
Pensionen	3.370,67	31,6	3.459,11	31,9	+ 88,44	+ 2,6

Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:

Geldbezüge für Beamte	3.688,42	50,5	3.654,81	49,5	- 33,61	- 0,9
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1.804,87	24,7	1.888,54	25,6	+ 83,67	+ 4,6
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1.815,40	24,8	1.839,08	24,9	+ 23,68	+ 1,3

Sachausgaben	56.607,50	100,0	56.971,99	100,0	+ 364,49	+ 0,6
---------------------	------------------	--------------	------------------	--------------	-----------------	--------------

nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:

Erfolgswirksame Ausgaben	54.275,47	95,9	55.282,43	97,0	+ 1.006,95	+ 1,9
Bestandswirksame Ausgaben	2.332,02	4,1	1.689,56	3,0	- 642,46	- 27,5

nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:

Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	33.986,06	60,0	33.582,83	58,9	- 403,23	- 1,2
Ermessensausgaben	22.621,44	40,0	23.389,16	41,1	+ 767,72	+ 3,4

nach Gebarungsgruppen:

Anlagen	1.445,00	2,6	408,51	0,7	- 1.036,48	- 71,7
Förderungen	5.286,40	9,3	5.385,08	9,5	+ 98,67	+ 1,9
Aufwendungen des Allgemeinen Haushalts	49.876,10	88,1	51.178,40	89,8	+ 1.302,30	+ 2,6

TZ 3

Einnahmen

Im Jahr 2011 betragen die Einnahmen 63.451,84 Mill. EUR (2010: 59.434,14 Mill. EUR) und stiegen um 4.017,70 Mill. EUR (+ 6,8 %) gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg der sonstigen Einnahmen (+ 734,06 Mill. EUR) beruhte insbesondere auf höheren Abrechnungsresten aus dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (+ 449,05 Mill. EUR), einer Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer (+ 76,50 Mill. EUR) und höheren Einnahmen aus Gerichtsgebühren (+ 58,29 Mill. EUR).

Tabelle 50: Einnahmen des Allgemeinen Haushalts 2010 und 2011 gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten

Gliederung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Gesamteinnahmen	59.434,14	100,0	63.451,84	100,0	+ 4.017,70	+ 6,8

nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:

Erfolgswirksame Einnahmen	58.294,43	98,1	61.691,80	97,2	+ 3.397,37	+ 5,8
Bestandswirksame Einnahmen	1.139,72	1,9	1.760,04	2,8	+ 620,33	+ 54,4

nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:

Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	12.318,98	20,7	12.771,90	20,1	+ 452,92	+ 3,7
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	47.115,16	79,3	50.679,93	79,9	+ 3.564,78	+ 7,6



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Gliederung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Gesamteinnahmen	59.434,14	100,0	63.451,84	100,0	+ 4.017,70	+ 6,8

nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:

Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto) ¹⁾	39.815,62	67,0	41.931,28	66,1	+ 2.115,66	+ 5,3
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ²⁾	5.756,56	9,7	6.085,08	9,6	+ 328,52	+ 5,7
Arbeitslosenversicherungsbeiträge ³⁾	4.772,75	8,0	5.024,54	7,9	+ 251,79	+ 5,3
Pensionen ⁴⁾	1.490,98	2,5	1.485,87	2,3	- 5,10	- 0,3
EU-Strukturfonds ⁵⁾	1.442,60	2,4	1.465,08	2,3	+ 22,48	+ 1,6
Rücklagenentnahmen/ -auflösung ⁶⁾	974,03	1,6	1.661,78	2,6	+ 687,75	+ 70,6
Erträge aus Kapitalbeteiligungen ⁷⁾	602,39	1,0	495,52	0,8	- 106,87	- 17,7
Haftungsentgelte ⁸⁾	388,79	0,7	378,20	0,6	- 10,59	- 2,7
Sonstige Einnahmen	4.190,42	7,1	4.924,48	7,8	+ 734,06	+ 17,5

¹⁾ UG 16, ²⁾ Titel 2/253, ³⁾ 2/20180, ⁴⁾ UG 2.3, ⁵⁾ Titel 2/513 bis 2/516, ⁶⁾ Titel 2/512, ⁷⁾ Titel 2/450, ⁸⁾ Titel 2/457

TZ 3

3.3.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Untergliederungen dargestellt

Eine Aufgliederung der **Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung** nach Rubriken und Untergliederungen ist in Band 2, Tabelle A.2.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen nach Untergliederungen für die Finanzjahre 2010 und 2011 sowie deren Anteil am jeweiligen **Haushaltsvolumen kann den folgenden Tabellen** entnommen werden.

Ausgaben

Tabelle 51: Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt 2010 und 2011

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben Allgemeiner Haushalt							
0,1	Recht und Sicherheit:						
01	Präsidentenkanzlei	7,01	0,01	7,46	0,01	+ 0,44	+ 6,3
02	Bundesgesetzgebung	137,08	0,20	136,27	0,20	- 0,81	- 0,6
03	Verfassungsgerichtshof	11,00	0,02	11,75	0,02	+ 0,75	+ 6,8
04	Verwaltungsgerichtshof	15,52	0,02	15,69	0,02	+ 0,17	+ 1,1
05	Volksanwaltschaft	6,27	0,01	6,32	0,01	+ 0,04	+ 0,7
06	Rechnungshof	27,24	0,04	27,37	0,04	+ 0,13	+ 0,5
10	Bundeskanzleramt	316,11	0,47	326,32	0,48	+ 10,21	+ 3,2
11	Inneres	2.300,29	3,42	2.294,93	3,38	- 5,36	- 0,2
12	Äußeres	430,54	0,64	416,56	0,61	- 13,97	- 3,2
13	Justiz	1.174,83	1,75	1.201,66	1,77	+ 26,83	+ 2,3
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.131,14	3,17	2.158,24	3,18	+ 27,10	+ 1,3
15	Finanzverwaltung	1.052,07	1,56	1.099,36	1,62	+ 47,30	+ 4,5
16	Öffentliche Abgaben	4,12	0,01	-	-	- 4,12	- 100,0
	Summe Rubrik 0,1	7.613,22	11,31	7.701,93	11,36	+ 88,71	+ 1,2
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:						
20	Arbeit	6.335,14	9,42	6.034,24	8,90	- 300,90	- 4,7
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.320,97	3,45	2.454,31	3,62	+ 133,34	+ 5,7
22	Sozialversicherung	9.238,28	13,73	9.113,77	13,44	- 124,50	- 1,3
23	Pensionen	7.834,89	11,64	8.007,56	11,81	+ 172,67	+ 2,2
24	Gesundheit	995,16	1,48	904,30	1,33	- 90,87	- 9,1
25	Familie und Jugend	6.528,01	9,70	6.293,91	9,28	- 234,10	- 3,6
	Summe Rubrik 2	33.252,45	49,42	32.808,08	48,38	- 444,37	- 1,3

Voranschlagsvergleichsrechnung

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:						
30	Unterricht, Kunst und Kultur	7.101,71	10,55	7.847,83	11,57	+ 746,12	+ 10,5
32	(Kunst und Kultur)	420,25	0,62	-	-	- 420,25	- 100,0
	Summe 30, 32	7.521,95	11,18	7.847,83	11,57	+ 325,88	+ 4,3
31	Wissenschaft und Forschung	3.590,72	5,34	3.632,27	5,36	+ 41,56	+ 1,2
33	Wirtschaft (Forschung)	91,93	0,14	106,17	0,16	+ 14,24	+ 15,5
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	338,08	0,50	349,89	0,52	+ 11,81	+ 3,5
	Summe Rubrik 3	11.542,68	17,15	11.936,17	17,60	+ 393,48	+ 3,4
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:						
40	Wirtschaft	467,65	0,70	408,74	0,60	- 58,91	- 12,6
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.117,89	3,15	2.741,73	4,04	+ 623,84	+ 29,5
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.195,82	3,26	2.033,77	3,00	- 162,05	- 7,4
43	Umwelt	695,83	1,03	677,99	1,00	- 17,84	- 2,6
44	Finanzausgleich	736,16	1,09	689,28	1,02	- 46,88	- 6,4
45	Bundesvermögen	1.780,24	2,65	1.563,11	2,31	- 217,14	- 12,2
46	Finanzmarktstabilität	528,14	0,78	79,59	0,12	- 448,55	- 84,9
	Summe Rubrik 4	8.521,74	12,66	8.194,20	12,08	- 327,54	- 3,8
5	Kassa und Zinsen:						
51	Kassenverwaltung	614,00	0,91	345,63	0,51	- 268,37	- 43,7
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	5.742,76	8,53	6.827,51	10,07	+ 1.084,75	+ 18,9
	Summe Rubrik 5	6.356,77	9,45	7.173,15	10,58	+ 816,38	+ 12,8
	Summe Allgemeiner Haushalt	67.286,86	100,00	67.813,52	100,00	+ 526,66	+ 0,8
	Ausgaben Ausgleichshaushalt						
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	47.031,43	100,00	63.280,09	100,00	+ 16.248,66	+ 34,5
	Summe Ausgleichshaushalt	47.031,43	100,00	63.280,09	100,00	+ 16.248,66	+ 34,5
	Gesamtausgaben	114.318,29		131.093,61		+ 16.775,32	+ 14,7

Das wirtschaftliche Umfeld des Jahres 2011 war für den österreichischen Arbeitsmarkt günstiger als das Jahr 2010. Das Sinken der Ausgaben der UG 20 „Arbeit“ um 300,90 Mill. EUR (- 4,7 %) im Vergleich zum Vorjahr ergab sich im Wesentlichen aus der gesunkenen Zahl der Leistungsbezieher (rd. 126.000 anstatt rd. 131.000) und den damit verbundenen geringeren Ausgaben für Arbeitslosengeld und Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld [- 134,81 Mill. EUR]. Diese Ausgabenverringerungen

wurden begleitet von ebenfalls konjunkturell bedingten Rückgängen bei den Ausgaben für Kurzarbeitsbeihilfe (- 48,79 Mill. EUR), den Ausgaben für Altersteilzeitgeld (- 27,19 Mill. EUR) sowie geringeren Pensionsversicherungsbeiträgen für Leistungsbezieher nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (- 99,30 Mill. EUR). Ein weiterer Grund für das Sinken der Ausgaben der UG 20 „Arbeit“ lag in der Reduktion des Fördervolumens für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (- 135,24 Mill. EUR).

In der UG 23 „Pensionen“ führten insbesondere eine steigende Anzahl von Ruhebezugsempfängern (von 63.147 auf 64.470) sowie höhere Durchschnittspensionen zu einem Anstieg der Ausgaben um 172,67 Mill. EUR (+ 2,2 %). Im Wesentlichen stiegen dabei die Pensionszahlungen für Beamte der Hoheitsverwaltung um 84,60 Mill. EUR und jene für Landeslehrer um 63,49 Mill. EUR.

Der Rückgang der Ausgaben der UG 25 „Familie und Jugend“ um 234,10 Mill. EUR (- 3,6 %) im Vergleich zum Vorjahr war im Wesentlichen auf die im Zuge des Budgetbegleitgesetzes 2011 beschlossenen Kürzungen von Ansprüchen nach dem Familienausgleichsgesetz (Familienbeihilfen) sowie auf Rückersätze (53,01 Mill. EUR) ausbezahlter Familienbeihilfen für die Jahre 2000 bis 2005 durch die Stadt Wien zurückzuführen (insgesamt - 323,46 Mill. EUR).

Die bisherige UG 32 „Kunst und Kultur“ wurde ab 2011 mit der früheren UG 30 „Unterricht“ zur neuen UG 30 „Unterricht, Kunst und Kultur“ zusammengefasst. Unter Berücksichtigung dieser Zusammenfassung ergab sich ein Anstieg der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 325,88 Mill. EUR (+ 4,3 %). Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf höhere Ausgaben für Schulraum-Normmieten (+ 135,70 Mill. EUR) und für Betriebskosten (+ 10,43 Mill. EUR) zurückzuführen, weil Zahlungen für das Jahr 2010 aufgrund einer Vereinbarung zwischen der BIG und dem BMUKK in die Jahre 2012 und 2013 verschoben wurden. Weiters stiegen die Ausgaben für Unterrichtsmaterialien und den Ausbau von Ganztagesangeboten (+ 36,79 Mill. EUR), für Transferzahlungen für Landeslehrer sowie Mittel für Lehrer gemäß Privatschulgesetz sowie Prüfungskommissionen (+ 35,29 Mill. EUR), für die Ermessensaufwendungen der Zentraleitung (+ 35,10 Mill. EUR), für Aufwendungen im Bereich der Kulturangelegenheiten (+ 17,07 Mill. EUR) und für das Personal von allgemein bildenden höheren Schulen (+ 16,03 Mill. EUR).

Die Ausgabensteigerung in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ von 623,84 Mill. EUR (+ 29,5 %) im Vergleich zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus den vertraglich festgelegten und jährlich steigenden Bundeszuschüssen an die ÖBB-Infrastruktur AG zur Errichtung und Erhal-

Voranschlagsvergleichsrechnung

zung der Schieneninfrastruktur in Verbindung mit einer Umstellung der entsprechenden Auszahlungszeitpunkte (+ 412,86 Mill. EUR). Ein weiterer Grund für den Anstieg lag in höheren Ausgaben aufgrund von Nachzahlungen an die ÖBB-Personenverkehr AG für Leistungen im Zeitraum Oktober bis Dezember 2010; diese Leistungen konnten nach Auslaufen des alten Verkehrsdienstevertrags Ende September 2010 erst nach Abschluss eines neuen Verkehrsdienstevertrags im Februar 2011 rückwirkend abgegolten werden.

Gemeinsam mit den erhöhten Ausgaben aufgrund zusätzlicher Leistungsbestellungen bei der ÖBB-Personenverkehr AG in Zusammenhang mit der Übernahme mehrerer Nebenbahnen durch das Land Niederösterreich ergaben sich höhere Ausgaben von 355,85 Mill. EUR, denen verminderte Ausgaben im Bereich Gemeinwirtschaftliche Leistungen im Güterverkehr (Rail Cargo Austria AG) von - 107,98 Mill. EUR gegenüberstanden.

Der Ausgabenrückgang in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ von 162,05 Mill. EUR (- 7,4 %) stand insbesondere im Zusammenhang mit Fördermitteln der EU für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Sowohl die ausbezahlten Förderungen als auch die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft kofinanzierten Mittel gingen um 80,44 Mill. EUR bzw. 75,04 Mill. EUR zurück. Der Rückgang begründete sich aus den geänderten Auszahlungsmodalitäten, wobei von einer Gesamtauszahlung auf zwei Teilzahlungen – eine davon im Jahr 2012 – umgestellt wurde.

Das Sinken der Ausgaben der UG 45 „Bundesvermögen“ um 217,14 Mill. EUR (- 12,2 %) im Vergleich zum Vorjahr beruhte im Wesentlichen auf der 2010 erfolgten Zeichnung zusätzlicher Anteile an der Verbund AG (- 510 Mill. EUR). Zusätzliche Ausgaben in der UG 45 betrafen insbesondere die Aufstockung von Auslandsdarlehen im Zuge der Griechenlandhilfe (+ 340,17 Mill. EUR).

Die UG 46 „Finanzmarktstabilität“ wurde im Jahr 2009 neu eröffnet, um die Auswirkungen des Bankenpakets und der Stabilisierung des Finanzmarktes transparent zu machen. Im Jahr 2011 wurden im Vergleich zum Vorjahr um 448,55 Mill. EUR (- 84,9 %) weniger ausgegeben.

Das Sinken der Ausgaben in der UG 51 „Kassenverwaltung“ um 268,37 Mill. EUR (- 43,7 %) im Vergleich zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus dem Ausbleiben der 2010 realisierten Kursverluste (301,03 Mill. EUR).

Im Jahr 2011 waren die Ausgaben in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ im Vergleich zu 2010 um 1.084,75 Mill. EUR (+ 18,9 %) höher. Dieser Anstieg war im Wesentlichen einerseits auf zusätzliche Ausgaben für

TZ 3

den aufgrund der Neuverschuldung 2010 erhöhten Zinsendienst (+ 289,93 Mill. EUR) zurückzuführen. Zum anderen führten geringere Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen, bedingt durch das im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Zinsniveau, zu geringeren Einnahmen bzw. höheren Nettoaufwendungen aus der Finanzschuldengbarung (+ 811,40 Mill. EUR).

Einnahmen

Tabelle 52: Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt 2010 und 2011

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Einnahmen Allgemeiner Haushalt							
0,1	Recht und Sicherheit:						
01	Präsidentschaftskanzlei	0,03	0,00	0,06	0,00	+ 0,02	+ 71,2
02	Bundesgesetzgebung	3,24	0,01	3,58	0,01	+ 0,34	+ 10,4
03	Verfassungsgerichtshof	0,49	0,00	0,43	0,00	- 0,06	- 11,5
04	Verwaltungsgerichtshof	0,09	0,00	0,08	0,00	- 0,01	- 11,4
05	Volksanwaltschaft	0,16	0,00	0,16	0,00	- 0,00	- 0,1
06	Rechnungshof	0,11	0,00	0,12	0,00	+ 0,01	+ 5,4
10	Bundeskanzleramt	3,98	0,01	3,48	0,01	- 0,50	- 12,6
11	Inneres	117,95	0,20	126,03	0,20	+ 8,08	+ 6,9
12	Äußeres	5,06	0,01	4,73	0,01	- 0,33	- 6,6
13	Justiz	830,47	1,40	901,51	1,42	+ 71,03	+ 8,6
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	51,27	0,09	54,11	0,09	+ 2,85	+ 5,6
15	Finanzverwaltung	198,40	0,33	231,91	0,37	+ 33,51	+ 16,9
16	Öffentliche Abgaben	39.815,62	66,99	41.931,28	66,08	+ 2.115,66	+ 5,3
	Summe Rubrik 0,1	41.026,87	69,03	43.257,47	68,17	+ 2.230,60	+ 5,4
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:						
20	Arbeit	4.981,93	8,38	5.191,96	8,18	+ 210,03	+ 4,2
21	Soziales und Konsumentenschutz	6,92	0,01	16,61	0,03	+ 9,69	+ 139,9
22	Sozialversicherung	61,35	0,10	508,21	0,80	+ 446,86	+ 728,3
23	Pensionen	1.490,98	2,51	1.485,87	2,34	- 5,10	- 0,3
24	Gesundheit	160,02	0,27	88,26	0,14	- 71,76	- 44,8
25	Familie und Jugend	5.756,56	9,69	6.085,08	9,59	+ 328,52	+ 5,7
	Summe Rubrik 2	12.457,77	20,96	13.376,00	21,08	+ 918,23	+ 7,4

Voranschlagsvergleichsrechnung

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:						
30	Unterricht, Kunst und Kultur	79,77	0,13	98,63	0,16	+ 18,86	+ 23,6
32	(Kunst und Kultur)	18,11	0,03	-	-	- 18,11	- 100,0
	Summe 30, 32	97,88	0,16	98,63	0,16	+ 0,75	+ 0,8
31	Wissenschaft und Forschung	3,11	0,01	3,52	0,01	+ 0,41	+ 13,0
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	2,17	0,00	3,06	0,00	+ 0,89	+ 41,2
	Summe Rubrik 3	103,16	0,17	105,21	0,17	+ 2,05	+ 2,0
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:						
40	Wirtschaft	139,15	0,23	200,05	0,32	+ 60,90	+ 43,8
41	Verkehr, Innovation und Technologie	247,20	0,42	310,03	0,49	+ 62,83	+ 25,4
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	213,51	0,36	212,83	0,34	- 0,68	- 0,3
43	Umwelt	332,20	0,56	337,01	0,53	+ 4,82	+ 1,5
44	Finanzausgleich	484,75	0,82	484,88	0,76	+ 0,13	+ 0,0
45	Bundesvermögen	1.104,92	1,86	1.035,60	1,63	- 69,33	- 6,3
46	Finanzmarktstabilität	572,24	0,96	640,83	1,01	+ 68,60	+ 12,0
	Summe Rubrik 4	3.093,96	5,21	3.221,24	5,08	+ 127,28	+ 4,1
5	Kassa und Zinsen:						
51	Kassenverwaltung	2.752,39	4,63	3.491,92	5,50	+ 739,53	+ 26,9
	Summe Rubrik 5	2.752,39	4,63	3.491,92	5,50	+ 739,53	+ 26,9
	Summe Allgemeiner Haushalt	59.434,14	100,00	63.451,84	100,00	+ 4.017,70	+ 6,8
	Einnahmen Ausgleichshaushalt						
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	54.884,15	100,00	67.641,78	100,00	+ 12.757,62	+ 23,2
	Summe Ausgleichshaushalt	54.884,15	100,00	67.641,78	100,00	+ 12.757,62	+ 23,2
	Gesamteinnahmen	114.318,29		131.093,61		+ 16.775,32	+ 14,7

TZ 3

Insbesondere aufgrund höherer Abgabeneinnahmen (+ 2.115,66 Mill. EUR) stiegen die gesamten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts im Vergleich zum Vorjahr um 4.017,70 Mill. EUR (+ 6,8 %).

Konjunkturbedingt war in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ ein bedeutender Anstieg bei den Nettoabgaben in Höhe von 2.115,66 Mill. EUR (+ 5,3 %) im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Die höchsten Steigerungen traten bei der Lohnsteuer (+ 1.350,45 Mill. EUR), der Umsatzsteuer (+ 924,71 Mill. EUR), der Körperschaftsteuer (+ 644,48 Mill. EUR) sowie bei der seit 2011 von den Banken eingehobenen Stabilitätsabgabe (+ 509,87 Mill. EUR) auf. Gleichzeitig kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem erheblichen Anstieg der den Ländern und Gemeinden überwiesenen Ertragsanteile (- 2.073,87 Mill. EUR) sowie zu einem Anstieg der Beiträge des Bundes an die EU (- 176,35 Mill. EUR), welche als negative Einnahmen in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ dargestellt werden.

In der UG 20 „Arbeit“ lagen die Einnahmen um 210,03 Mill. EUR (+ 4,2 %) über dem Vorjahreswert. Der Anstieg beruhte im Wesentlichen auf höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträgen aufgrund höherer Beschäftigungszahlen (+ 250,46 Mill. EUR). Diesen zusätzlichen Einnahmen standen verringerte Einnahmen gegenüber (- 40,00 Mill. EUR), weil es im Jahr 2011 im Gegensatz zu 2010 zu keiner Überweisung aus der Arbeitsmarktrücklage des AMS kam.

Im Jahr 2011 waren die Rückersätze von im Jahr 2010 zu hoch akontierten Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung um 449,05 Mill. EUR höher als die Refundierungen der im Jahr 2009 geleisteten Vorschüsse im Jahr 2010. Dieser Grund war hauptverantwortlich für den Anstieg der Einnahmen in der UG 22 „Sozialversicherung“ um 446,86 Mill. EUR (+ 728,3 %).

In der UG 25 „Familie und Jugend“ lagen die Einnahmen 2011 um 328,52 Mill. EUR (+ 5,7 %) über dem Vorjahreswert. Der Grund für diese Erhöhung lag in erhöhten Dotierungen des Familienlastenausgleichsfonds aufgrund gestiegener Dienstgeberbeiträge (+ 214,69 Mill. EUR) und eines ebenfalls gestiegenen Steueraufkommens (+ 116,81 Mill. EUR).

Die im Vergleich zum Vorjahr um 739,53 Mill. EUR (+ 26,9 %) gestiegenen Einnahmen in der UG 51 „Kassenverwaltung“ resultierten hauptsächlich aus im BVA 2011 veranschlagten Entnahmen aus Untergliederungs-Rücklagen in Höhe 726,41 Mill. EUR (keine entsprechende Veranschlagung im Jahr 2010).

Voranschlagsvergleichsrechnung

3.3.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert

Die einzelnen Voranschlagsansätze werden in Anlehnung an das von den Vereinten Nationen empfohlene Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Diese funktionelle Gliederung zeigt politische Schwerpunkte im Bundeshaushalt auf, hat aber keine Bindungswirkung.

Tabelle 53: Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

AB	Aufgabenbereich	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben Allgemeiner Haushalt							
Bildungssektor:							
11	Erziehung und Unterricht	7.188,11	10,68	7.503,96	11,07	+ 315,84	+ 4,4
12	Forschung und Wissenschaft	4.011,04	5,96	4.073,98	6,01	+ 62,94	+ 1,6
13	Kunst	496,16	0,74	507,02	0,75	+ 10,86	+ 2,2
14	Kultus	55,66	0,08	56,02	0,08	+ 0,37	+ 0,7
Summe		11.750,98	17,46	12.140,99	17,90	+ 390,01	+ 3,3
Sozialsektor:							
21	Gesundheit	999,35	1,49	1.047,24	1,54	+ 47,88	+ 4,8
22	Soziale Wohlfahrt	24.799,96	36,86	24.073,25	35,50	- 726,71	- 2,9
23	Wohnungsbau	15,52	0,02	12,67	0,02	- 2,84	- 18,3
Summe		25.814,83	38,37	25.133,16	37,06	- 681,67	- 2,6
Wirtschaftssektor:							
32	Straßen	41,14	0,06	25,30	0,04	- 15,84	- 38,5
33	Sonstiger Verkehr	5.304,61	7,88	5.933,10	8,75	+ 628,48	+ 11,8
34	Land- und Forstwirtschaft	1.937,24	2,88	1.775,64	2,62	- 161,60	- 8,3
35	Energiewirtschaft	510,32	0,76	30,39	0,04	- 479,93	- 94,0
36	Industrie und Gewerbe	1.015,28	1,51	541,61	0,80	- 473,66	- 46,7
37	Öffentliche Dienstleistungen	613,73	0,91	561,63	0,83	- 52,10	- 8,5
38	Private Dienstleistungen	377,57	0,56	321,43	0,47	- 56,14	- 14,9
Summe		9.799,89	14,56	9.189,10	13,55	- 610,78	- 6,2

TZ 3

AB	Aufgabenbereich	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben Allgemeiner Haushalt							
Hoheitssektor:							
41	Landesverteidigung	2.009,05	2,99	2.023,61	2,98	+ 14,55	+ 0,7
42	Staats- und Rechtssicherheit	2.985,12	4,44	3.023,47	4,46	+ 38,35	+ 1,3
43	Übrige Hoheitsverwaltung	14.927,00	22,18	16.303,20	24,04	+ 1.376,20	+ 9,2
	Summe	19.921,17	29,61	21.350,27	31,48	+ 1.429,11	+ 7,2
	Summe Allgemeiner Haushalt	67.286,86	100,00	67.813,52	100,00	+ 526,66	+ 0,8
Ausgaben Ausgleichshaushalt							
Hoheitssektor:							
	Übrige Hoheitsverwaltung	47.031,43	100,00	63.280,09	100,00	+ 16.248,66	+ 34,5
	Summe Ausgleichshaushalt	47.031,43	100,00	63.280,09	100,00	+ 16.248,66	+ 34,5
	Gesamtausgaben	114.318,29		131.093,61		+ 16.775,32	+ 14,7
Einnahmen Allgemeiner Haushalt							
	Bildungssektor	129,94	0,22	132,88	0,21	+ 2,94	+ 2,3
	Sozialsektor	8.363,62	14,07	9.199,98	14,50	+ 836,36	+ 10,0
	Wirtschaftssektor	2.643,83	4,45	2.627,23	4,14	- 16,60	- 0,6
	Hoheitssektor	48.296,75	81,26	51.491,75	81,15	+ 3.195,00	+ 6,6
	Summe Allgemeiner Haushalt	59.434,14	100,00	63.451,84	100,00	+ 4.017,70	+ 6,8
Einnahmen Ausgleichshaushalt							
	Hoheitssektor	54.884,15	100,00	67.641,78	100,00	+ 12.757,62	+ 23,2
	Summe Ausgleichshaushalt	54.884,15	100,00	67.641,78	100,00	+ 12.757,62	+ 23,2
	Gesamteinnahmen	114.318,29		131.093,61		+ 16.775,32	+ 14,7

Voranschlagsvergleichsrechnung

Die größten Veränderungen bei den Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr traten in den Aufgabenbereichen 11 „Erziehung und Unterricht“, 22 „Soziale Wohlfahrt“, 33 „Sonstiger Verkehr“, 35 „Energiewirtschaft“, 36 „Industrie und Gewerbe“ sowie 43 „Übrige Hoheitsverwaltung“ auf. Auf der Einnahmenseite traten signifikante Steigerungen im Sozialsektor (Aufgabenbereiche 21, 22 und 23) und im Hoheitssektor (Aufgabenbereiche 41, 42 43) auf.

Ausgaben

Im Aufgabenbereich 11 „Erziehung und Unterricht“ stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 315,84 Mill. EUR (+ 4,4 %). Diese setzten sich 2011 zu 96,7 % aus Ausgaben der UG 30 „Unterricht, Kunst und Kultur“ zusammen. Der Anstieg gegenüber 2010 war im Ausmaß von 95,8 % auf Ausgabensteigerungen in der UG 30 zurückzuführen (siehe dazu die Begründungen in TZ 3.3.2).

Verglichen zum Vorjahr kam es im Aufgabenbereich 22 „Soziale Wohlfahrt“ zu einem Ausgabenrückgang in Höhe von 726,71 Mill. EUR (- 2,9 %). Dieser ist zum größten Teil auf die UG 25 „Familie und Jugend“ zurückzuführen. Grund dafür ist der Ausgabenrückgang für Familienbeihilfen in Höhe von 323,46 Mill. EUR (- 9,4 %).

Zudem kam es in der UG 20 „Arbeit“ aufgrund von Einsparungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verringerten Ausgaben. Bei den arbeitsmarktpolitischen Leistungen gemäß ALVG, AMSG und AMFG kam es dabei zu einem Rückgang von 205,23 Mill. EUR (- 4,5 %). Weiters wurden im Bereich der Förderungen um 135,24 Mill. EUR (- 21,7 %) weniger Ausgaben getätigt.

Im Aufgabenbereich 33 „Sonstiger Verkehr“ stiegen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 628,48 Mill. EUR (+ 11,8 %). Diese setzten sich 2011 zu 55,4 % aus Ausgaben der UG 23 „Pensionen“ und zu 43,3 % aus Ausgaben der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ zusammen. Der Anstieg der Ausgaben gegenüber 2010 war im Ausmaß von 96,7 % durch Ausgabensteigerungen in der UG 41 bedingt (siehe dazu die Begründungen in TZ 3.3.2).

Der Ausgabenrückgang von 479,93 Mill. EUR (- 94,0 %) im Aufgabenbereich 35 „Energiewirtschaft“ ist vor allem durch die einmaligen Ausgaben 2010 zur Kapitalerhöhung bei der Österreichischen Elektrizitätswirtschaft AG in der UG 45 „Bundesvermögen“ zu begründen (- 510,00 Mill. EUR bzw. - 100,0 %).

TZ 3

Im Aufgabenbereich 36 „Industrie und Gewerbe“ kam es 2011 zu einem Ausgabenrückgang in Höhe von 473,66 Mill. EUR (- 46,7 %). Dieser ist in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ auf die nur im Jahr 2010 erfolgte Zeichnung von Partizipationskapital bei der Hypo-Alpe-Adria International AG in Höhe von 450 Mill. EUR zurückzuführen. Weiters entfallen in der UG 40 „Wirtschaft“ die Ausgaben für den Mittelstandsfonds im Bereich der Wirtschaftsförderungen in Höhe von 40 Mill. EUR.

Im Aufgabenbereich 43 „Übrige Hoheitsverwaltung“ stiegen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 1.376,20 Mill. EUR (+ 9,2 %). Diese setzten sich 2011 zu 41,9 % aus Ausgaben der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ und zu 28,9 % aus Ausgaben der UG 23 „Pensionen“ zusammen; der Rest verteilte sich relativ gleichmäßig auf 24 weitere UG. Der Anstieg der Ausgaben gegenüber 2010 war im Ausmaß von 78,8 % auf Ausgabensteigerungen in der UG 58 bedingt (siehe dazu die Begründungen in TZ 3.3.2).

Einnahmen

Der Anstieg der Einnahmen im Sozialssektor (+ 836,36 Mill. EUR bzw. + 10,0 %) resultierte im Wesentlichen aus Einnahmensteigerungen in der UG 20 „Arbeit“, der UG 22 „Sozialversicherung“ sowie der UG 25 „Familie und Jugend“ (siehe dazu die Begründungen in TZ 3.3.2).

Der Anstieg der Einnahmen im Hoheitssektor (+ 3.195,00 Mill. EUR bzw. + 6,6 %) war zu 66,2 % auf konjunkturbedingt gestiegene und in der UG 16 dargestellte Einnahmen aus öffentlichen Abgaben zurückzuführen (siehe dazu die Begründungen in TZ 3.3.2).



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

3.4 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Die geldwirksame Gebarung ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung⁷². Die daraus ermittelte **kassenmäßige Gesamtgebarung erhöhte den anfänglichen Gesamtbestand von 5,760 Mrd. EUR um 762 Mill. EUR auf 6,522 Mrd. EUR (+ 13,23 %)**. Den weitaus größten Teil der Kassenbestände machten Guthaben bei Kreditunternehmungen und der Kassenverwaltung des Bundes (98,6 %) aus.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in Bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.

Tabelle 54: Geldwirksame Gebarung

Bezeichnung	2010	2011
	in Mill. EUR	
1. Voranschlagswirksame Gebarung		
1.1 Allgemeiner Haushalt		
Ausgaben	67.286,86	67.813,52
Einnahmen	59.434,14	63.451,84
Abgang	- 7.852,72	- 4.361,69
1.2 Ausgleichshaushalt		
Ausgaben	47.031,43	63.280,09
Einnahmen	54.884,15	67.641,78
Überschuss	+ 7.852,72	+ 4.361,69
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung		
Ausgaben	1.973,19	1.927,36
Einnahmen	0,75	2.689,11
Abgang	- 1.972,44	+ 761,75
3. Kassenmäßiger Gesamtabgang	- 1.972,44	761,75
4. Gesamtbestand		
Anfänglicher Gesamtbestand	7.732,41	5.759,97
Kassenmäßiger Abgang/Zugang zu der Gesamtgebarung	- 1.972,44	761,75
Schließlicher Gesamtbestand	5.759,97	6.521,71

⁷² § 16 Abs. 2 BHG (z.B. Kautionen, Erläge, Verwahrnisse)

TZ 3

Der schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (6,522 Mrd. EUR) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

Tabelle 55: Zusammensetzung des Gesamtbestandes der geldwirksamen Gebarung

Flüssige Mittel	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/2011		
	in Mill. EUR					in %	in Mill. EUR	in %
Bargeld	7,99	8,21	8,17	7,86	9,21	0,1	+ 1,35	17,2
Wertzeichen	1,30	0,95	0,78	0,58	0,60	0,0	+ 0,02	3,0
Guthabenstände								
BAWAG P.S.K.	95,99	111,77	58,12	101,71	62,87	1,0	- 38,84	- 38,2
Oesterreichische Nationalbank	0,00	0,00	0,00	0,00	0,19	0,0	+ 0,19	-
Sonstige Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung	7.454,40	14.245,52	7.557,09	5.700,10	6.429,97	98,6	+ 729,86	12,8
Schecks	0,03	0,02	0,02	0,05	0,05	0,0	+ 0,00	3,8
Schwebende Geldgebarungen	- 105,34	- 546,22	108,24	- 50,34	18,83	0,3	+ 69,17	137,4
Summe Flüssige Mittel	7.454,37	13.820,26	7.732,41	5.759,97	6.521,71	100,0	+ 761,75	13,2

Der Rückgang der Guthaben bei der BAWAG P.S.K. beruhte auf dem Ahru-fen der von der EU getätigten **Einzahlungen für das operationelle Programm Beschäftigung 2007 – 2013** sowie den Guthaben der Finanzverwaltung.

Der Anstieg der Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kas-senverwaltung war auf Veranlagungen im Bereich der Kassenverwaltung des Bundes und auf höhere Guthaben-Stände im Bereich Finanzausgleich zurückzuführen.

Die schwebende Geldgebarung resultierte aus Ein- und Auszahlungen auf Bankkonten, die im Jahr 2011 beauftragt wurden, aber erst im Jahr 2012 am Bankkonto verbucht wurden. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist nur bedingt aussagekräftig.

Detailliertere Aufgliederungen finden sich in TZ 4.1.



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

3.5 EU-Zahlungsflüsse im Bundeshaushalt („Haushaltssaldo des Bundes“)

3.5.1 Beitrag Österreichs an die EU

Als Mitglied der Europäischen Union (EU) trägt die Republik Österreich zur Finanzierung der Eigenmittel der EU gemäß Art. 311 AEUV (ex-Art. 269 EGV) bei. Die folgende Tabelle zeigt den Voranschlag und den Erfolg der Zahlungen des Bundes an die EU von 2007 bis 2011.

Tabelle 56: Voranschlag und Erfolg der Zahlungen des Bundes an die EU 2007 bis 2011

Beitrag zur Europäischen Union (2/16904)	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mill. EUR				
Voranschlag	2.400,00	2.500,00	2.200,00	2.400,00	2.400,00
Zahlungen	2.187,80	2.049,70	2.279,30	2.335,83	2.512,18
Abweichung in Mill. EUR	- 212,20	- 450,30	+ 79,30	- 64,17	+ 112,18
Abweichung in %	- 8,8	- 18,0	+ 3,6	- 2,7	+ 4,7

Quelle: BMF, Haushaltssystem des Bundes

Im Jahr 2011 betragen die voranschlagswirksamen Zahlungen 2,512 Mrd. EUR und lagen somit um 112,18 Mill. EUR über dem veranschlagten Betrag.

Die Zahlungen des Bundes an die EU umfassen auch die Beiträge der Länder und Gemeinden. Die Höhe der Beitragsleistungen der Länder und Gemeinden ermittelt sich nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 Z 2 und Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz 2008.

TZ 3

Tabelle 57: Beitrag Österreichs an die EU*

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/2011	
	in Mill. EUR						in %
Gesamtbeitrag	2.187,80	2.049,70	2.279,30	2.335,83	2.512,18	+ 176,35	+ 7,7
Bund	1.588,96	1.472,79	1.715,08	1.688,81	1.855,28	+ 166,47	+ 9,7
Länder	501,49	471,76	465,15	549,37	550,46	+ 1,09	+ 0,2
Gemeinden	97,36	105,15	99,07	97,65	106,44	+ 8,79	+ 8,9

*) Die Zahlen können von den Ergebnissen im EU-Finanzbericht 2010 (Reihe Bund 2012/7) insofern abweichen, weil dort nachträgliche Korrekturen der Europäischen Kommission berücksichtigt wurden.

Die von der EU benötigten Mittel werden auf dem Eigenmittelkonto (sog. „Artikel 9-Konto“) gemäß Art. 9 VO (EG, Euratom) 1150/2000 bereitgestellt. Dieses Konto bildet im Bundeshaushalt den VA-Ansatz 2/16904, auf dem die Zahlungen an die EU als negative Einnahme in der Untergliederung „Öffentliche Abgaben“ (UG 16) gemäß § 16 Abs. 3a BHG veranschlagt und somit auch dargestellt werden.

Folgende Tabelle stellt die Überweisungen auf das bzw. vom Art. 9-Konto sowie die Entwicklung des Saldos für die Jahre 2007 bis 2011 dar:



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Tabelle 58: Überweisungen auf das bzw. vom Art. 9-Konto

	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mill. EUR				
EU (Konto gem. Art. 9 VO 1150/00):					
Anfangssaldo	97,21	157,87	394,37	204,34	251,46
MwSt. inkl. Berichtigungen	409,05	389,41	270,70	287,06	306,53
BNE inkl. Reserve u. Korr.	1.528,27	1.592,09	1.798,32	2.050,37	2.174,84
UK- Korrektur inkl. Vorjahre	43,00	35,96	27,67	22,68	23,98
Reduktion für NL und S (EMB 2007)			19,37	18,87	19,15
Berichtigungen EMB 2007 (rückwirkend für 2007 und 2008)			-30,99		
Zölle u. Agrarabgaben (75%)	203,17	187,77	153,70	163,62	186,33
Zuckerabgaben (75%)	-2,07	13,79	3,16	2,98	3,16
Sonstiges	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01
Gutschriften gesamt*:	2.181,43	2.219,02	2.241,92	2.545,58	2.713,99
Lastschriften/Zahlungen an die EU	2.120,77	1.982,51	2.431,94	2.498,46	2.685,78
Endsaldo	157,87	394,37**	204,34	251,46	279,67
Bundeshaushalt:					
Zahlungen an die EU***	2.120,77	1.982,51	2.431,94	2.498,46	2.685,78
Zahlungen voranschlagswirksam	2.120,77	1.982,51	2.278,24	2.334,84	2.512,18
Zahlungen über durchlaufende Gebarung	0,00	0,00	153,70	163,62	173,60
Einhebungsvergütung (VA 2/15014)	67,04	67,19	52,29	55,53	63,16
Zoll u. Agrarabgaben	67,72	62,59	51,23	54,54	62,11
Zuckerabgaben****	-0,69	4,60	1,05	0,99	1,05
VA 2/16904 (ex VA 2/52904)	2.187,80	2.049,70			
VA 2/16904			2.279,30	2.335,83	2.512,18

* Abweichungen zu den Beträgen in den EK-Finanzberichten wegen Periodenabgrenzungen möglich.

** Rundungsdifferenz bei EU-Eigenmittelgutschriften

*** Ab dem Jahr 2009 gleicht Österreich die Darstellung des EU-Beitrags den Veröffentlichungen (jährlicher Finanzberichte) der Europäischen Kommission an und fasst die drei Eigenmittelarten BNE, MwSt. und UK-Korrektur als Nationaler EU-Beitrag zusammen (auch unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit der Daten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten). Bei den Traditionellen Eigenmitteln (TEM) handelt es sich gem. EG-Vertrag um Mittel, die der Autonomie der Mitgliedstaaten entzogen sind; die mitgliedstaatliche Mitwirkung ist auf die Bereitstellung der Mittel begrenzt.

**** Die TEM werden ab dem Jahr 2009 über die durchlaufende Gebarung abgewickelt (Ausnahme Zuckerabgaben für die Jahre 2009 und 2010: Da für die Jahre 2009 und 2010 die Produktionsabgabe Zucker einnahmenseitig budgetiert wurde, erfolgt die ausgabenseitige Verrechnung der Einhebungsvergütung Zuckerabgaben bei VA 2/16904).

Quelle: BMF, Haushaltssystem des Bundes

TZ 3

3.5.2 Rückflüsse aus dem EU-Haushalt

Von der EU fließen Gelder an die Mitgliedstaaten retour, die als „Rückflüsse“ bezeichnet werden. Ausgabenseitig erfolgt die Verrechnung der EU-Rückflüsse bei den Ressorts, die die Ausgabenerklärungen bestätigen und die Zahlungsanträge an die Kommission stellen. Die Kommission prüft diese und überweist die Beträge nach Österreich.

EU-Rückflüsse, die direkt an Forschungsinstitute, Energieunternehmen, Studenten etc. gehen, werden nicht im Bundeshaushalt veranschlagt und verrechnet. Die Kommission veröffentlicht diese Rückflüsse summarisch je Mitgliedstaat in ihrem jährlichen Finanzbericht.

Tabelle 59: Rückflüsse an den Bundeshaushalt 2010 und 2011

Untergliederung		2010	2011	Veränderung 2010/2011
02	Bundesgesetzgebung	0,00	0,19	+ 0,19
10	Bundeskanzleramt	0,04	0,05	+ 0,01
11	Inneres	12,68	8,94	- 3,74
12	Äußeres	0,01	0,02	+ 0,02
13	Justiz	0,02	0,02	- 0,00
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	0,04	0,02	- 0,02
15	Finanzverwaltung	0,76	0,98	+ 0,22
21	Soziales und Konsumentenschutz	0,28	0,15	- 0,13
24	Gesundheit	0,29	3,69	+ 3,40
30	Unterricht, Kunst und Kultur	0,20	0,12	- 0,09
31	Wissenschaft und Forschung	0,03	0,04	+ 0,00
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	0,06	0,00	- 0,06
40	Wirtschaft	0,08	0,06	- 0,02
41	Verkehr, Innovation und Technologie	0,08	0,08	- 0,00
42	Land-, Forst und Wasserwirtschaft	1,20	1,21	+ 0,01
43	Umwelt	0,04	0,08	+ 0,04
51	Kassenverwaltung	1.442,60	1.465,08	+ 22,48
Summe Rückflüsse		1.458,42	1.480,74	+ 22,32
	+ Einhebungsvergütung (UG 15)	55,53	63,16	+ 7,63
Summe Rückflüsse inkl. Einhebungsvergütung		1.513,95	1.543,90	+ 29,95

Voranschlagsvergleichsrechnung

Im Jahr 2011 betrug die Rückflüsse 1,481 Mrd. EUR (2010: 1,458 Mrd. EUR) und lagen um 22,32 Mill. EUR über dem Vorjahr. Zusätzlich flossen 2011 in der UG 15 „Finanzverwaltung“ 63,16 Mill. EUR (2010: 55,53 Mill. EUR) als Einhebungsvergütung für die traditionellen EU-Eigenmittel (Zölle, Abgaben) zurück.

Am umfangreichsten waren die Rückflüsse in der UG 51 „Kassenverwaltung“ (1,465 Mrd. EUR). Dort wurden Einnahmen des Bundes aus EU-Fördermitteln verrechnet, wobei die Förderungen im Wege der Mitgliedstaaten abgewickelt werden („geteilte Verwaltung“). Die wichtigsten betrafen die Landwirtschaft und die Strukturförderungen. Diese Mittel wurden im BMF zentral vereinnahmt und als Bundesausgaben entweder direkt an die Förderungsnehmer ausgezahlt oder an andere öffentliche Haushalte (insbesondere Länder, AMA) zur Verteilung der Mittel weitergeleitet.

Rückflüsse in der UG 51 ergaben sich darüber hinaus aufgrund von Kostenersätzen der EU für die Teilnahme der Vertreter Österreichs an Sitzungen bei EU-Organen. Die Kostenersätze für Ratssitzungen wurden vom BMF pauschal verrechnet; jene für Sitzungen der Kommissionsausschüsse wurden in allen Untergliederungen separat ausgewiesen.

In der UG 11 „Inneres“ wurden Rückflüsse als Kostenersätze vom Außengrenzenfonds (AGF), Europäischen Rückkehrfonds (RF), Europäischen Integrationsfonds (EIF) sowie Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) als Teil der EU-SOLID Fonds verrechnet.

Bundesdienststellen, die an EU-Programmen teilnahmen, erhielten ebenfalls Fördermittel, die im Bundeshaushalt als Rückflüsse verzeichnet wurden.

TZ 3

3.6 Haushaltsrücklagen

Das im Jahr 2009 neu **gestaltete Rücklagensystem durchbricht zu Gunsten einer flexibleren Budgetgebarung den Budgetgrundsatz der Einjährigkeit** (Art. 51 Abs. 2 B-VG). **Es stellt sicher, dass übrig gebliebene Voranschlagsreste zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch genommen werden können, wenn sie benötigt werden.**

Tabelle 60: Ermittlung der Rücklagen 2011

	Stand 1.1.2011	Verbrauch	Bildung	Stand 31.12.2011	Veränderung 2010/2011
	in Mill. EUR				
Untergliederungs-Rücklagen	13.077,72	- 870,84*	+ 2.773,26*	14.980,13	+ 1.902,41
Variable Ausgaben-Rücklagen	112,90	-	+ 119,20	232,11	+ 119,20
EU-Einnahmen-Rücklagen	33,31	-	-	33,31	+ 0,00
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklagen	334,20	- 47,07	+ 143,54	430,66	+ 96,47
Flexibilisierungsrücklagen	17,30	- 3,18	+ 10,90	25,01	+ 7,72
Summe	13.575,42	- 921,10	+ 3.046,90	15.701,22	+ 2.125,80

* Darin sind Zusammenführungen von Rücklagen in der Höhe von 19,59 Mill. EUR aus der UG 10 enthalten.

In Summe wurden im Jahr 2011 Rücklagen von 3.046,90 Mill. EUR gebildet, davon konnten 2.773,26 Mill. EUR den Untergliederungs-Rücklagen, 119,20 Mill. EUR den Rücklagen für variable Ausgaben, 143,54 Mill. EUR den zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen sowie 10,90 Mill. EUR den Flexibilisierungsrücklagen zugeführt werden. Der Stand der „neuen“ Rücklagen betrug zum 31. Dezember 2011 insgesamt 15.701,22 Mill. EUR bzw. 22,4 % der veranschlagten Ausgaben des Allgemeinen Haushalts im Jahr 2011. Abweichend vom alten Rücklagensystem werden diese Rücklagen erst finanziert, wenn sie in Anspruch genommen werden.



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Tabelle 61: Veranschlagte Rücklagenentnahme 2011

Untergliederung	Gesamte Rücklagen		Neue Rücklagen		Alte Rücklagen	
	BVA	Verbrauch	BVA	Verbrauch	BVA	Verbrauch
	in Mill. EUR					
10	3,60	- 3,60	0,00	0,00	3,60	- 3,60
20	1,70	- 1,70	0,00	0,00	1,70	- 1,70
21	31,52	- 31,52	30,02	- 30,02	1,50	- 1,50
23	172,56	- 172,56	172,56	- 172,56	0,00	0,00
24	40,00	- 40,00	0,00	0,00	40,00	- 40,00
30	80,00	- 80,00	0,00	0,00	80,00	- 80,00
31	95,00	- 95,00	0,00	0,00	95,00	- 95,00
34	20,00	- 20,00	0,00	0,00	20,00	- 20,00
40	50,00	- 50,00	0,00	0,00	50,00	- 50,00
42	46,30	- 46,30	0,00	0,00	46,30	- 46,30
43	50,00	- 50,00	0,00	0,00	50,00	- 50,00
45	839,00	- 839,00	0,00	0,00	839,00	- 839,00
Gesamtergebnis	1.429,69	- 1.429,69	202,59	- 202,59	1.227,10	- 1.227,10

Im BFG 2011 wurden insgesamt 1.429,69 Mill. EUR als Rücklagenentnahmen veranschlagt, davon waren 202,59 Mill. EUR von den neuen Rücklagen und 1.227,10 Mill. EUR von den alten Rücklagen vorgesehen und wurden auch zur Gänze entnommen. Der größte Teil (UG 45 „Bundesvermögen“: 839,00 Mill. EUR) wurde für die Griechenlandhilfe entnommen.

Die folgende Aufstellung zeigt die Veränderung und den Stand der nach dem alten und dem neuen System gebildeten Rücklagen.

TZ 3

Tabelle 62: Veränderung der Rücklagen 2011 getrennt nach Untergliederungen

Rubrik/Bezeichnung	Altes Rücklagensystem			Neues Rücklagensystem			
	Zuführung*	Entnahme/ Auflösung	Stand 31.12.2011	Bildung	Verbrauch	Stand 31.12.2011	Anteil an Ausg. (VA)
	in Mill. EUR						in %
0,1 Recht und Sicherheit:							
01 Präsidentschaftskanzlei		- 0,56	0,09	+ 0,73		2,29	30,08
02 Bundesgesetzgebung		- 0,08	0,32	+ 17,99		45,84	29,67
03 Verfassungsgerichtshof				+ 0,01	- 0,07	1,22	10,50
04 Verwaltungsgerichtshof				+ 0,21		0,94	6,00
05 Volksanwaltschaft			0,10	+ 0,28		0,80	12,11
06 Rechnungshof			0,07	+ 1,76		6,48	22,27
10 Bundeskanzleramt		- 0,34	15,71	+ 32,58	- 22,17	69,81	20,79
11 Inneres		- 2,68	3,06	+ 94,11	- 15,42	212,43	9,03
12 Äußeres		- 1,50	4,06	+ 29,40	- 0,04	65,95	15,44
13 Justiz			1,31	+ 52,13	- 2,79	99,73	8,67
14 Militärische Angelegenheiten u. Sport		- 22,87	2,28	+ 57,63	- 6,05	268,97	12,30
15 Finanzverwaltung		- 24,28	247,97	+ 186,53	- 0,62	602,00	48,83
16 Öffentliche Abgaben		- 2,65	35,23	+ 41,98	- 2,77	81,36	k.A.
Summe Rubrik 0,1		- 54,96	310,19	+ 515,35	- 49,92	1.457,80	18,42
2 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:							
20 Arbeit		- 2,32	4,83	+ 32,89		54,63	0,91
21 Soziales und Konsumentenschutz		- 9,46	0,01	+ 23,46	- 30,66	54,37	2,30
22 Sozialversicherung						0,04	0,00
23 Pensionen				+ 35,90	- 203,61	66,08	0,82
24 Gesundheit		- 2,85	12,47	+ 18,94		49,07	5,65
25 Familie und Jugend			2,33	+ 5,32		8,32	0,13
Summe Rubrik 2		- 14,63	19,65	+ 116,51	- 234,27	232,52	0,70
3 Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:							
30 Unterricht, Kunst und Kultur		- 30,00	3,35	+ 83,93	- 171,68	154,75	2,01
31 Wissenschaft und Forschung		- 21,42	66,92	+ 180,13		423,63	11,20
32 [Kunst und Kultur]		- 0,60	0,01		- 18,45	0,34	-
33 Wirtschaft (Forschung)				+ 28,46	- 18,00	80,36	82,93
34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)				+ 36,97	- 13,00	264,45	71,32
Summe Rubrik 3		- 51,92	70,29	+ 329,49	- 221,13	923,52	7,73
4 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:							
40 Wirtschaft		- 30,91	37,04	+ 113,38	- 19,05	261,67	60,00
41 Verkehr, Innovation und Technologie		- 34,37	173,41	+ 224,63	- 170,44	557,37	20,59
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		- 2,07	2,95	+ 153,59	- 33,39	233,53	10,91
43 Umwelt		- 6,59	319,38	+ 143,30	- 3,13	320,57	37,91
44 Finanzausgleich	+ 25,30		36,51	+ 12,12	- 4,33	14,98	2,08
45 Bundesvermögen		- 483,07	357,38	+ 270,20	- 108,73	1.502,38	77,59
46 Finanzmarktstabilität				+ (0,01)	- 76,70	5.437,89	k.A.
Summe Rubrik 4	+ 25,30	- 557,00	926,67	+ 917,23	- 415,78	8.328,40	94,77
5 Kassa und Zinsen:							
51 Kassenverwaltung	+ 25,89	- 983,26	1.673,98	+ 224,95		766,93	140,86
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge				+ 943,37		3.992,05	51,37
Summe Rubrik 5	+ 25,89	- 983,26	1.673,98	+ 1.168,32		4.758,98	57,23
Summe Rücklagen	+ 51,19	- 1.661,78**	3.000,78	+ 3.046,90	- 921,10	15.701,22	22,38

* Mögliche Zuführungen: Katastrophenfonds (2/44400), Landesstraßen B (2/44410/8316), Siedlungswasserwirtschaft (2/51110)

** Zusätzlich wurden 150 Mill. EUR gemäß Art. 51 BGGl. I Nr. 52/2009 voranschlagsunwirksam aufgelöst.

Beträgliche Einzelheiten können in Band 2, den Tabellen A.5 bis A.5.5 entnommen werden.

3.7 Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre

3.7.1 Vorberechtigungen und Vorbelastungen

Vorberechtigungen und Vorbelastungen werden in § 79 Abs. 1 BHG definiert als „Berechtigungen und Verpflichtungen sowie Forderungen und Schulden, bei denen die Leistungspflicht oder die Fälligkeit in einem künftigen Finanzjahr eintritt“. Den haushaltsrechtlichen Bestimmungen folgend sind sie nicht Gegenstand der Veranschlagung. Vorbelastungen im Sinne des § 45 BHG sind gemäß § 25 Abs. 2 BHG in den Teilheften ersichtlich zu machen.

Es wird einnahmenseitig zwischen Berechtigungen und Forderungen sowie ausgabenseitig zwischen Verpflichtungen und Schulden unterschieden, wobei Berechtigungen und Verpflichtungen die Phase 3 widerspiegeln und Forderungen und Schulden die Phase 4 abbilden.

Vom Bund gewährte Darlehen sind – jeweils mit den auf die einzelnen Finanzjahre entfallenden Rückzahlungsraten – als Vorberechtigungen zu verrechnen. Aufgenommene Finanzschulden sind mit den in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Beträgen als Vorbelastungen zu verrechnen. Abgabeneinnahmen und Personalausgaben sind von der Verrechnung gemäß § 79 Abs. 4 BHG ausgenommen.

In den Übersichten im Zahlenteil, Tabellen A.3.4, werden jeweils folgende Gesamtstände zum Ende des Finanzjahres 2011 ausgewiesen:

- Verpflichtungen (getrennt nach offen gebliebenen und Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre, Tabelle A.3.4.1.1, sowie Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren, Tabelle A.3.4.1.2);
- Schulden (getrennt nach empfangenen Anzahlungen, Ersatzschulden, fälligen Schulden und nichtfälligen Finanz- und sonstigen nichtfälligen Schulden, Tabelle A.3.4.2.1, sowie die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren, Tabelle A.3.4.2.2);
- Berechtigungen (getrennt nach offen gebliebenen und Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre, Tabelle A.3.4.3.1, sowie Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren, Tabelle A.3.4.3.2) und
- Forderungen (getrennt nach gegebenen Anzahlungen, Ersatzforderungen, fälligen Forderungen, nichtfälligen Darlehens- und sonstigen nichtfälligen Forderungen, Tabelle A.3.4.4.1, sowie die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren, Tabelle A.3.4.4.2).

TZ 3

Die ausgewiesenen Vorbelastungen sind vor allem für die Budgetplanung von großer Bedeutung, weil sie den finanziellen Rahmen künftiger Budgets einschränken.

3.7.2 Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Der Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes setzt sich aus den Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre sowie aus den offen gebliebenen Verpflichtungen aus dem Finanzjahr 2011 zusammen.

Die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre wiesen eine Gesamtsumme von brutto 155.774,60 Mill. EUR (2010: 105.405,87 Mill. EUR) bzw. netto 140.325,78 Mill. EUR aus. Werden die offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 290,53 Mill. EUR hinzugezählt, ergab sich zum Jahresende 2011 ein Gesamtstand an Verpflichtungen des Bundes in Höhe von brutto 156.065,13 Mill. EUR (2010: 105.882,34 Mill. EUR) bzw. netto 140.616,31 Mill. EUR (2010: 89.006,47 Mill. EUR). Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der Bruttoverpflichtungen um 50.182,79 Mill. EUR bzw. 47,4 %.



BRA 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung

Tabelle 63: Entwicklung der Verpflichtungen

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/2011	
	in Mill. EUR					in %	
Finanzierungen, WTV (UG 58; insb. Zinsen)	87.149,94	85.379,11	84.477,45	85.482,26	84.789,21	- 693,05	- 0,8
Eisenbahn-Infrastruktur (ÖBB)	2,84	1.832,53	2.966,81	2.654,81	43.384,09	+ 40.729,28	k.A.
Int. Finanzinstitutionen (insb. EIB)				5.738,48	7.192,79	+ 1.454,31	+ 25,3
Förderung der Wasserwirtschaft gem. UFG	4.906,58	4.862,25	4.845,96	4.706,94	4.558,72	- 148,22	- 3,1
Allgemein bildende Pflichtschulen (Kostenersätze Landeslehrer/innen)					3.036,00	+ 3.036,00	-
Universitäten (insb. Globalbudgets)	4.172,69	2.105,79	7.124,23		2.160,48	+ 2.160,48	-
Fachhochschulen (Zahlungen an Erhalter der FH-Studiengänge)	1.168,70	1.446,91	1.508,42		1.597,17	+ 1.597,17	-
Bundesheer (Aufwendungen)	2.188,79	1.769,28	1.630,94	1.331,29	1.213,62	- 117,67	- 8,8
Sonstige Verpflichtungen	5.242,62	5.647,93	5.922,06	5.968,55	8.133,05	+ 2.164,50	+ 36,3
Summe Verpflichtungen (brutto)	104.832,15	103.043,80	108.475,87	105.882,34	156.065,13	+ 50.182,79	+ 47,4

In obiger Tabelle ist im Jahr 2010 für die Universitäten und Fachhochschulen kein Wert eingetragen. Der Grund liegt darin, dass ab 2011 neue Finanzstellen verwendet werden. Daher wurden vom BMWF alle Vorbelastungen zum Jahresende 2010 auf den alten Finanzstellen ausgebucht und am Jahresanfang 2011 wieder auf den neuen Finanzstellen eingebucht. Dadurch sind die Vorbelastungen im Jahr 2010 offensichtlich nicht vorhanden. Der Wert für 2011 für allgemeinbildende Pflichtschulen beruht laut Auskunft des BMUKK auf einer kurzfristigen Fehlbuchung.

Auf die UG 58 („Finanzierungen, Währungstauschverträge“) entfiel der größte Anteil an Verpflichtungen (brutto 84.789,21 Mill. EUR bzw. netto 69.340,39 Mill. EUR). Dieser vergleichsweise hohe Betrag ist unter anderem durch die darin enthaltenen zukünftigen Zinszahlungen zu begründen. Im Vergleich zum Vorjahr war ein Rückgang an Verpflichtungen in der Höhe von 693,05 Mill. EUR zu verzeichnen.

Der Anteil an Verpflichtungen in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ war zum größten Teil auf die Verpflichtungen des Bundes zur Finanzierung der Eisenbahn-Infrastruktur zurückzuführen (43.384,09 Mill. EUR). Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+ 40.729,28 Mill. EUR) resultierte aus Verpflichtungen aus den Rahmenplänen bezüglich Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG, die aufgrund der Darstellungen im Bundesrechnungsabschluss 2010 im Jahre 2011 erstmalig erfasst wurden.

3.7.2.1 Vorbelastungen für die Eisenbahn-Infrastruktur (ÖBB)

Im Bundesrechnungsabschluss 2010 berichtete der RH über die Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, dem Bundesminister für Finanzen, der ÖBB-Holding AG und der ÖBB-Infrastruktur AG, welche die Umsetzung der von der ÖBB-Infrastruktur AG jährlich zu erstellenden sechsjährigen Rahmenpläne über die geplanten Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur (§ 43 Abs. 2 Bundesbahngesetz i.d.F. BGBl Nr. 95/2009) regeln.

In den Vereinbarungen wurden insbesondere auch die Zuschüsse des Bundes für die Bereitstellung der Schieneninfrastruktur näher determiniert. Der Bund verpflichtete sich darin, 70 % (75 % ab 2014) der jährlichen Investitionsausgaben zu tragen. Diese Zuschüsse werden in Abhängigkeit der getätigten Investitionen in Form einer auf 30 Jahre umgelegten Annuität gewährt. Die ÖBB-Infrastruktur AG finanziert die getätigten Investitionen am Kapitalmarkt und erhält den vom Bund gewährten Zuschuss über 30 Jahre verteilt, wobei dieser sowohl Investitions- als auch Finanzierungskosten umfasst.

Voranschlagsvergleichsrechnung

Darüber hinaus verpflichtete sich der Bund – bezugnehmend auf einen Staatsvertrag mit Italien aus dem Jahr 2004 – in der Vereinbarung über den Rahmenplan 2009–2014 zusätzlich zu den im Rahmenplan vereinbarten Vorhaben, Zuschüsse zur Errichtung des Brenner Basistunnels zu leisten. Der Zuschussanteil des Bundes wurde auf 100 % festgelegt.

Der RH hatte im Bundesrechnungsabschluss 2010 festgestellt, dass nur ein Teil der Verpflichtungen des Bundes im Rechenwerk als Vorbelastungen erfasst war.

Als Folge der Darstellung im Bundesrechnungsabschluss 2010 buchte das BMVIT gemeinsam mit dem BMF Schulden und Verpflichtungen bei der Finanzposition 1/41148-7450.510 „Zahlungen an die ÖBB gem. § 42(2) BBG“ ein. Per 31. Dezember 2011 betrug der Stand der Schulden bei dieser Finanzposition 10,835 Mrd. EUR und der Stand der Verpflichtungen 43,366 Mrd. EUR.

Mit dem BGBl. I Nr. 45/2012 wurde die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Finanzen ermächtigt, beim Voranschlagsansatz 1/41148 Vorbelastungen hinsichtlich der Finanzjahre 2013 bis 2017 in der Höhe von 32,883 Mrd. EUR, wovon 26,672 Mrd. EUR auf durch Investitionen bis 2017 induzierte Annuitäten und 6,211 Mrd. EUR auf weitere zugesagte Zuschüsse gemäß § 42 Bundesbahngesetz entfallen, sowie beim Voranschlagsansatz 1/41158 zusätzliche Vorbelastungen hinsichtlich der Finanzjahre 2013 bis 2020 in der Höhe bis zu 0,493 Mrd. EUR zu begründen. Für Investitionen ab 2018 bedarf es einer neuerlichen gesetzlichen Ermächtigung.

3.7.2.2 Verpflichtungen des Bundes aus der Vereinbarung zur Mitfinanzierung des Wiener U-Bahn-Baus

Die größte Position der Transfers in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ bildet der Voranschlagsansatz 1/41204, bei dem 2011 der Bundesbeitrag für die Wiener U-Bahn gemäß dem Schienenverbundvertrag zwischen dem Bund und dem Land Wien in Höhe von 80,00 Mill. EUR veranschlagt und in gleicher Höhe verrechnet wurde (Erfolg 2010: 87,50 Mill. EUR).

In einem den Schienenverbundvertrag und weitere Verträge abändernden bzw. ergänzenden Übereinkommen vom Juli 2007 kamen der Bund und das Land Wien überein, die im Zuge der 4. Ausbauphase der Wiener U-Bahn insgesamt anfallenden Kosten von rd. 1,85 Mrd. EUR im Verhältnis 50:50 zwischen den beiden Vertragspartnern aufzuteilen, wobei die Jahresrate je Vertragspartner ab 2009 jeweils 87,50 Mill. EUR beträgt.

Die Veranschlagung bzw. Verrechnung erfolgen in der Gebarungsguppe (Unterteilung) „Förderungen (gesetzliche Verpflichtungen)“. Der Charakter einer gesetzlichen Verpflichtung war allerdings fraglich, weil sich der auch im Förderungsbericht 2010 als gesetzliche Grundlage angeführte Schienenverbundvertrag 1979 nur auf die Errichtung zweier genau definierter und mittlerweile bereits abgeschlossener Projekt (U3 und U6) bezog und auch das Finanzausgleichsgesetz 2008 keine entsprechenden Finanzausweisungen bzw. Zuschüsse des Bundes enthielt.

Da der vertraglich fixierte Bundesbeitrag für die Wiener U-Bahn künftige Zahlungsverpflichtungen des Bundes bewirkt, wären diese als Vorbelastungen zu erfassen; eine entsprechende Buchung erfolgte jedoch nicht. Eine endgültige Abklärung hinsichtlich der Einbuchung der Vorbelastungen für den Bundesbeitrag für die Wiener U-Bahn steht noch aus.

3.7.3 Schulden

Die Gesamtsumme der voranschlagswirksamen Schulden des Bundes belief sich zum Jahresende 2011 auf 220.729,16 Mill. EUR (2010: 202.294,99 Mill. EUR). Sie lag damit um 18.434,18 Mill. EUR oder 9,1 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. In der TZ 6 werden die Bundesschulden detaillierter dargestellt.

3.7.4 Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre wies eine Gesamtsumme von brutto 19.171,05 Mill. EUR (2010: 19.509,23 Mill. EUR) bzw. netto 3.722,23 Mill. EUR aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2011 offen gebliebenen Berechtigungen in Höhe von 21,28 Mill. EUR folgte daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2011 von brutto 19.192,33 Mill. EUR (2010: 19.525,05 Mill. EUR) bzw. netto 3.743,51 Mill. EUR (2010: 2.649,18 Mill. EUR).

3.7.5 Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen belief sich zum Jahresende 2011 auf 39.903,25 Mill. EUR (2010: 38.044,99 Mill. EUR). Sie lag damit um 1.858,26 Mill. EUR oder 4,9 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Tabelle 64: Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre

	brutto						netto		
	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/2011	2010	2011	Veränderung 2010/2011
	in Mill. EUR								
Verpflichtungen	104.832,15	103.043,80	108.475,87	105.882,34	156.065,13	+ 50.182,79	89.006,47	140.616,31	+ 51.609,84
Schulden (VA-wirksam)	180.072,09	192.307,29	198.381,76	202.294,99	220.729,16	+ 18.434,18	202.294,99	220.729,16	+ 18.434,18
Berechtigungen	25.364,91	23.329,93	20.493,77	19.525,05	19.192,33	- 332,72	2.649,18	3.743,51	+ 1.094,33
Forderungen	40.066,78	39.189,77	39.163,41	38.044,99	39.903,25	+ 1.858,26	38.044,99	39.903,25	+ 1.858,26

3.8 Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung

3.8.1 Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen

Bei den nachfolgenden ansatzweisen Erläuterungen ist vom Rahmen des Allgemeinen Haushalts auszugehen: Die Ausgaben beliefen sich auf 67.813,52 Mill. EUR, die Einnahmen betragen 63.451,84 Mill. EUR. In der UG 58 wird zusätzlich der Ausgleichshaushalt dargestellt. Nachfolgend werden die Unterschiede zwischen Voranschlag und tatsächlich geleisteten Zahlungen der einzelnen Untergliederungen (Voranschlagsansatz-Abweichungen) von mehr als 5 Mill. EUR pro Voranschlagsansatz erläutert. Diese Begründungen werden dem RH von den einzelnen Ressorts übermittelt und auf ihre Plausibilität und ziffernmäßige Richtigkeit überprüft. Die wesentlichen inhaltlichen Ursachen der einzelnen Abweichungen sind ab 2,5 Mill. EUR zu beschreiben und betragsmäßig darzustellen, wobei zumindest 80 % der Voranschlagsabweichung erläutert werden.

Unter der jeweiligen Untergliederungs-Überschrift befinden sich ein beschriebener Gesamtüberblick über die Ausgaben und Einnahmen sowie die betragsmäßig bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen der jeweiligen Untergliederung. Im Anschluss an diese Kurzbeschreibung werden mittels Tabelle und zusätzlich als Grafik die tatsächlichen Ausgaben (Erfolg) der jeweiligen Untergliederung dem Voranschlag gegenübergestellt.

Die daran anschließende Tabelle auf Titel-Ebene ermöglicht schließlich einen Gesamtüberblick über die Ausgaben und Einnahmen inklusive der Abweichungen zum Voranschlag.

Sollten Gebarungsfälle mit Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder mit nicht eingehaltenen Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) vorliegen, wird in den Erläuterungen detailliert darauf eingegangen. Außerdem werden diese Mängel in Tabelle 46 (TZ 3.1.4) aufgezeigt.



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

3.8.2 Ansatzweise Erläuterungen der Voranschlagsabweichungen

Tabelle 65: Abweichungen vom Bundesvoranschlag 2011 von Personal- und Sachausgaben gegliedert nach Gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben im Allgemeinen Haushalt

Allgemeiner Haushalt	Voranschlag 2011	Erfolg 2011	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	10.850,02	10.841,54	- 8,48	- 0,1
Sachausgaben	59.312,03	56.971,99	- 2.340,04	- 3,9
Gesetzliche Verpflichtungen	34.195,64	33.582,83	- 612,81	- 1,8
Ermessensausgaben	25.116,39	23.389,16	- 1.727,23	- 6,9
Summe	70.162,05	67.813,52	- 2.348,53	- 3,3

Abbildung 17: Allgemeiner Haushalt

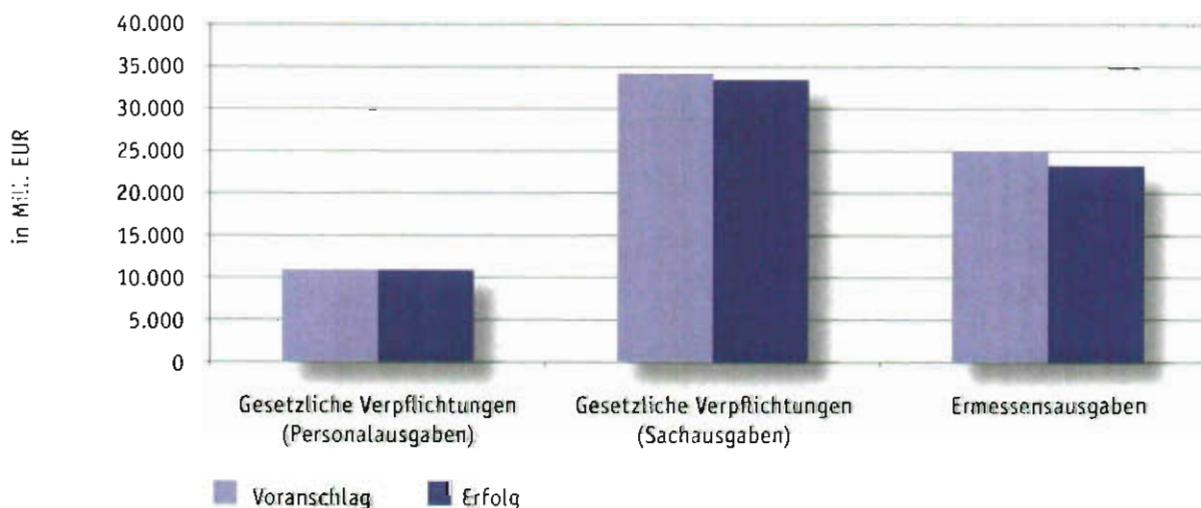


Tabelle 66: Abweichungen vom Bundesvoranschlag 2011 von Sachausgaben gegliedert nach Gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben im Ausgleichshaushalt

Ausgleichshaushalt	Voranschlag 2011	Erfolg 2011	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Sachausgaben	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6
Gesetzliche Verpflichtungen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
Ermessensausgaben	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6
Summe	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6

TZ 3

Tabelle 67: Ausgaben

Rubrik UG	Bezeichnung	Voranschlag 2011	Erfolg 2011	Abweichung		erläut. Ansätze
	Ausgaben Allgemeiner Haushalt		in Mill. EUR	in %		
0,1	Recht und Sicherheit:					
01	Präsidentschaftskanzlei	7,60	7,46	- 0,14	- 1,87	-
02	Bundesgesetzgebung	154,50	136,27	- 18,23	- 11,80	1
03	VerfassungsGH	11,60	11,75	0,15	+ 1,32	-
04	VerwaltungsGH	15,60	15,69	0,09	+ 0,55	-
05	Volksanwaltschaft	6,60	6,32	- 0,28	- 4,30	-
06	Rechnungshof	29,10	27,37	- 1,73	- 5,94	-
10	Bundeskanzleramt	335,70	326,32	- 9,38	- 2,79	1
11	Inneres	2.353,70	2.294,93	- 58,77	- 2,50	5
12	Äußeres	427,10	416,56	- 10,54	- 2,47	2
13	Justiz	1.150,50	1.201,66	51,16	+ 4,45	4
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.186,10	2.158,24	- 27,86	- 1,27	4
15	Finanzverwaltung	1.232,90	1.099,36	- 133,54	- 10,83	4
16	Öffentliche Abgaben	2,80	0,00	- 2,80	- 100,00	-
	Summe Rubrik 0,1	7.913,80	7.701,93	- 211,87	- 2,68	21
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:					
20	Arbeit	5.974,01	6.034,24	60,24	+ 1,01	7
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.362,92	2.454,31	91,38	+ 3,87	4
22	Sozialversicherung	9.610,70	9.113,77	- 496,93	- 5,17	4
23	Pensionen	8.043,46	8.007,56	- 35,90	- 0,45	5
24	Gesundheit	868,23	904,30	36,06	+ 4,15	2
25	Familie und Jugend	6.335,20	6.293,91	- 41,29	- 0,65	6
	Summe Rubrik 2	33.194,52	32.808,08	- 386,44	- 1,16	28
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:					
30	Unterricht, Kunst und Kultur	7.701,70	7.847,83	146,13	+ 1,90	10
31	Wissenschaft und Forschung	3.781,10	3.632,27	- 148,83	- 3,94	9
33	Wirtschaft (Forschung)	96,90	106,17	9,27	+ 9,57	1
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	370,80	349,89	- 20,91	- 5,64	2
	Summe Rubrik 3	11.950,50	11.936,17	- 14,33	- 0,12	22
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:					
40	Wirtschaft	436,10	408,74	- 27,36	- 6,27	4
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.706,90	2.741,73	34,83	+ 1,29	9
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.140,90	2.033,77	- 107,13	- 5,00	6
43	Umwelt	845,60	677,99	- 167,61	- 19,82	7
44	Finanzausgleich	719,21	689,28	- 29,93	- 4,16	5
45	Bundesvermögen	1.936,26	1.563,11	- 373,16	- 19,27	9
46	Finanzmarktstabilität	2,90	79,59	76,69	+ 2.648,29	1
	Summe Rubrik 4	8.787,87	8.194,20	- 593,66	- 6,76	41
5	Kassa und Zinsen:					
51	Kassenverwaltung	544,48	345,63	- 198,85	- 36,52	4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.770,88	6.827,51	- 943,37	- 12,14	4
	Summe Rubrik 5	8.315,36	7.173,15	- 1.142,22	- 13,74	8
	Summe Ausgaben	70.162,05	67.813,52	- 2.348,53	- 3,35	



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Tabelle 68: Einnahmen

Rubrik UG	Bezeichnung	Voranschlag 2011	Erfolg 2011	Abweichung		erläut. Ansätze
	Einnahmen Allgemeiner Haushalt		in Mill. EUR		in %	
0,1	Recht und Sicherheit:					
01	Präsidentschaftskanzlei	0,03	0,06	0,03	+ 125,28	-
02	Bundesgesetzgebung	3,50	3,58	0,08	+ 2,29	-
03	VerfassungsGH	0,55	0,43	- 0,12	- 21,77	-
04	VerwaltungsGH	0,11	0,08	- 0,02	- 20,23	-
05	Volksanwaltschaft	0,18	0,16	- 0,02	- 13,38	-
06	Rechnungshof	0,09	0,12	0,03	+ 36,46	-
10	Bundeskanzleramt	4,90	3,48	- 1,42	- 29,02	-
11	Inneres	108,80	126,03	17,23	+ 15,84	3
12	Äußeres	3,66	4,73	1,06	+ 28,97	-
13	Justiz	804,70	901,51	96,80	+ 12,03	2
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	48,55	54,11	5,56	+ 11,46	-
15	Finanzverwaltung	150,63	231,91	81,28	+ 53,96	2
16	Öffentliche Abgaben	41.476,45	41.931,28	454,83	+ 1,10	30
	Summe Rubrik 0,1	42.602,15	43.257,47	655,32	+ 1,54	37
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:					
20	Arbeit	4.850,80	5.191,96	341,16	+ 7,03	3
21	Soziales und Konsumentenschutz	10,40	16,61	6,21	+ 59,74	1
22	Sozialversicherung	21,00	508,21	487,21	+ 2.319,71	2
23	Pensionen	1.553,80	1.485,87	- 67,93	- 4,37	5
24	Gesundheit	43,82	88,26	44,44	+ 101,41	1
25	Familie und Jugend	5.946,40	6.085,08	138,68	+ 2,33	3
	Summe Rubrik 2	12.426,22	13.376,00	949,78	+ 7,64	15
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:					
30	Unterricht, Kunst und Kultur	90,15	98,63	8,48	+ 9,41	-
31	Wissenschaft und Forschung	8,00	3,52	- 4,48	- 56,01	-
33	Wirtschaft (Forschung)	0,00	0,00	0,00	- 100,00	-
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	0,01	3,06	3,06	+ 38.199,35	-
	Summe Rubrik 3	98,16	105,21	7,06	+ 7,19	0
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:					
40	Wirtschaft	170,50	200,05	29,55	+ 17,33	2
41	Verkehr, Innovation und Technologie	219,90	310,03	90,13	+ 40,99	2
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	204,40	212,83	8,43	+ 4,13	3
43	Umwelt	352,50	337,01	- 15,49	- 4,39	1
44	Finanzausgleich	471,36	484,88	13,52	+ 2,87	2
45	Bundesvermögen	1.258,72	1.035,60	- 223,12	- 17,73	15
46	Finanzmarktstabilität	1.426,01	640,83	- 785,18	- 55,06	2
	Summe Rubrik 4	4.103,39	3.221,24	- 882,15	- 21,50	27
5	Kassa und Zinsen:					
51	Kassenverwaltung	3.310,50	3.491,92	181,42	+ 5,48	13
	Summe Rubrik 5	3.310,50	3.491,92	181,42	+ 5,48	13
	Summe Einnahmen	62.540,42	63.451,84	911,42	+ 1,46	
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 7.621,64	- 4.361,69	3.259,95	- 42,77	

TZ 3

Rubrik 0,1: Recht und Sicherheit

Untergliederungen 01 bis 16

Ausgaben

Die Ausgaben betragen 7.701,93 Mill. EUR und somit 11,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.913,80 Mill. EUR wurden 211,87 Mill. EUR (- 2,7 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 28,08 Mill. EUR (- 0,7 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 183,79 Mill. EUR (- 4,7 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ entstanden vorwiegend bei den Aufwendungen von Heer und Heeresverwaltung durch die Verschiebung von Zahlungsplänen und verspätete Vertragsabschlüsse (- 52,72 Mill. EUR). In UG 15 „Finanzverwaltung“ führten verspätete Zahlungen für Anlegerentschädigungen (- 50,10 Mill. EUR) zu Minderausgaben.

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 43.257,47 Mill. EUR und somit 68,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 42.602,15 Mill. EUR wurden 655,32 Mill. EUR (+ 1,5 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 16 „Öffentliche Abgaben“ wurden bei der Körperschaftsteuer (+ 777,10 Mill. EUR), bei Resteingängen weggefallener Abgaben (vorwiegend aus Abgabenguthaben) (+ 226,94 Mill. EUR), bei der Lohnsteuer (+ 183,87 Mill. EUR) sowie bei der veranlagten Einkommensteuer (+ 178,21 Mill. EUR) erzielt. Auch bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden (+ 148,78 Mill. EUR) kam es zu unerwarteten Mehreinnahmen.

Mindereinnahmen in UG 16 „Öffentliche Abgaben“ ergaben sich bei der Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge (- 466,56 Mill. EUR) aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und bei der Umsatzsteuer (- 208,61 Mill. EUR).



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Tabelle 69: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 0,1

Rubrik 0,1	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	3.979,18	3.951,10	- 28,08	- 0,7
Sachausgaben	3.934,61	3.750,83	- 183,79	- 4,7
Gesetzliche Verpflichtungen	718,24	723,66	+ 5,42	+ 0,8
Ermessensausgaben	3.216,38	3.027,17	- 189,21	- 5,9
Summe	7.913,80	7.701,93	- 211,87	- 2,7
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	11,3	11,4		

Präsidentenkanzlei, Bundesgesetzgebung, Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof (sog. „Oberste Organe“)

Untergliederungen 01 bis 06 „Oberste Organe“

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
01 – 06	Oberste Organe				
1/..	Ausgaben				
01	Präsidentenkanzlei	7,60	7,46	- 0,14	- 1,87
02	Bundesgesetzgebung	154,50	136,27	- 18,23	- 11,80
03	Verfassungsgerichtshof	11,60	11,75	0,15	+ 1,32
04	Verwaltungsgerichtshof	15,60	15,69	0,09	+ 0,55
05	Volksanwaltschaft	6,60	6,32	- 0,28	- 4,30
06	Rechnungshof	29,10	27,37	- 1,73	- 5,94
	Summe Ausgaben	225,00	204,85	- 20,15	- 8,95
2/..	Einnahmen				
01	Präsidentenkanzlei	0,03	0,06	0,03	+ 125,28
02	Bundesgesetzgebung	3,50	3,58	0,08	+ 2,29
03	Verfassungsgerichtshof	0,55	0,43	- 0,12	- 21,77
04	Verwaltungsgerichtshof	0,11	0,08	- 0,02	- 20,23
05	Volksanwaltschaft	0,18	0,16	- 0,02	- 13,38
06	Rechnungshof	0,09	0,12	0,03	+ 36,46
	Summe Einnahmen	4,45	4,42	- 0,02	- 0,50
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 220,55	- 200,43	20,12	- 9,12

TZ 3

Untergliederung 01: Präsidentschaftskanzlei**Ausgaben**

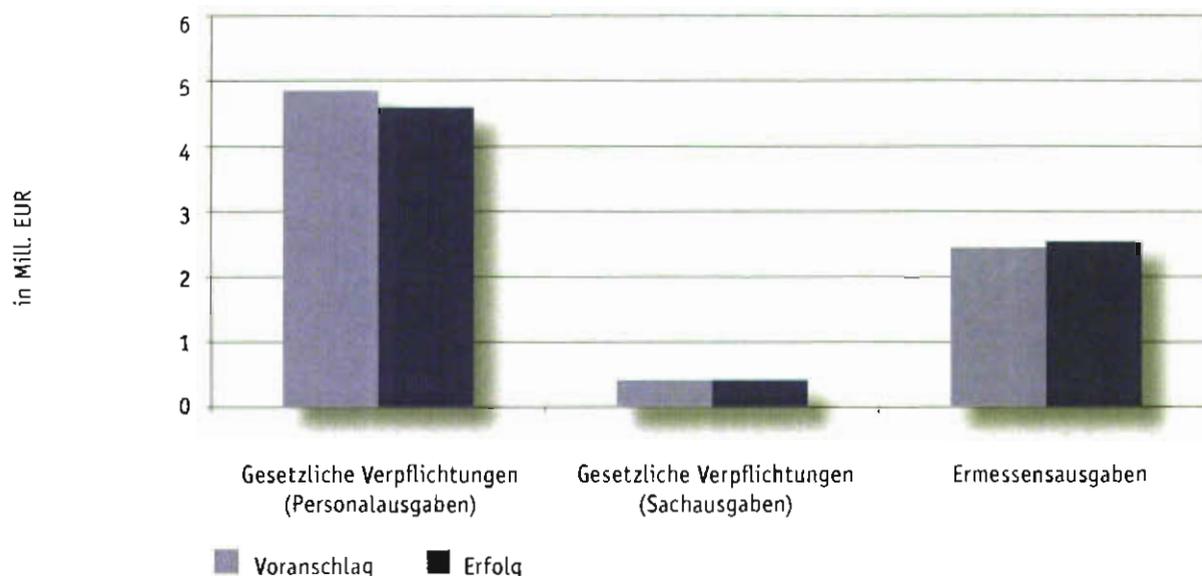
In der Untergliederung 01 betragen die Ausgaben 7,46 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7,60 Mill. EUR wurden 0,14 Mill. EUR (- 1,9 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,25 Mill. EUR (- 5,3 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 0,11 Mill. EUR (+ 4,0 %).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 0,06 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,03 Mill. EUR wurden 0,03 Mill. EUR (+ 125,3 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 01	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	4,81	4,56	- 0,25	- 5,3
Sachausgaben	2,79	2,90	+ 0,11	+ 4,0
Gesetzliche Verpflichtungen	0,37	0,38	+ 0,01	+ 2,8
Ermessensausgaben	2,42	2,52	+ 0,10	+ 4,1
Summe	7,60	7,46	- 0,14	- 1,9
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,0		





BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 02: Bundesgesetzgebung

Ausgaben

In der Untergliederung 02 betragen die Ausgaben 136,27 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 154,50 Mill. EUR wurden 18,23 Mill. EUR (- 11,8 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 1,01 Mill. EUR (- 3,8 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 17,22 Mill. EUR (- 13,5 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Instandhaltungsarbeiten entstanden durch die Verschiebung von Baumaßnahmen bis zur endgültigen Entscheidung über die weitere Vorgangsweise und die zukünftige Nutzung des Parlamentsgebäudes (- 11,51 Mill. EUR).

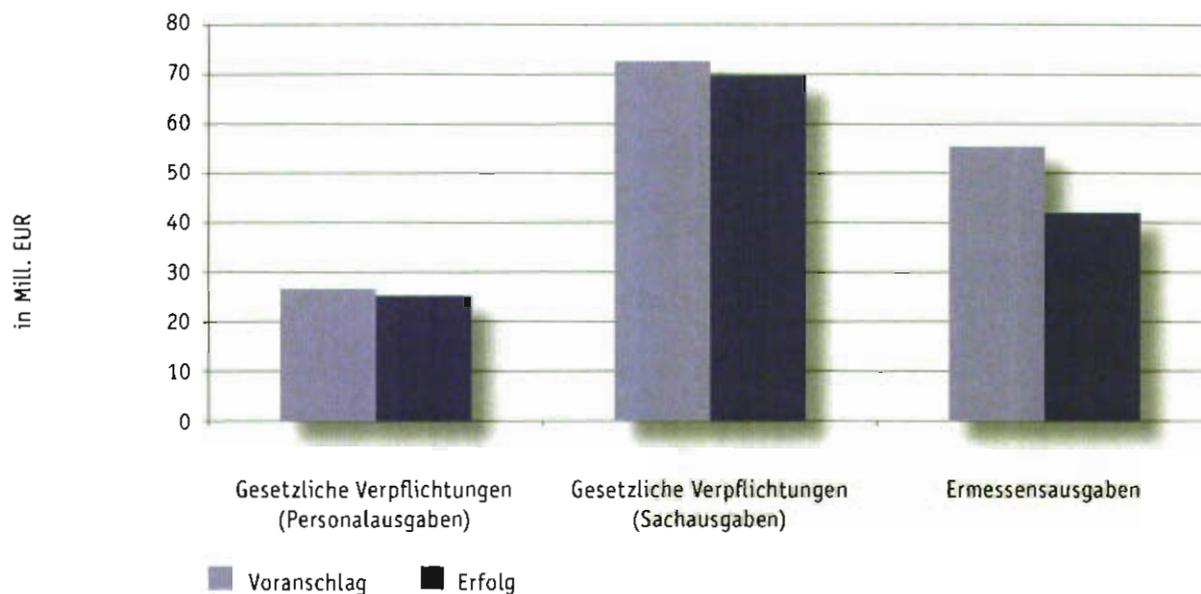
Einnahmen

Die Einnahmen betragen 3,58 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,50 Mill. EUR wurden 0,08 Mill. EUR (+ 2,3 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 02	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	26,48	25,47	- 1,01	- 3,8
Sachausgaben	128,02	110,80	- 17,22	- 13,5
Gesetzliche Verpflichtungen	72,73	69,08	- 3,66	- 5,0
Ermessensausgaben	55,29	41,72	- 13,57	- 24,5
Summe	154,50	136,27	- 18,23	- 11,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,2	0,2		

TZ 3



1/02 Bundesgesetzgebung

1/024 Parlamentsdirektion

1/0240 Parlamentsdirektion

1/02408 Aufwendungen

- 11,57 Mill. EUR

Minderausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden wegen der **Verschiebung** des Umbaus des **Nationalratssitzungs**saales und der Reduktion von sonstigen **Baumaßnahmen** bis zur Entscheidung über das weitere **Vorgehen** zur Sanierung und die zukünftige Nutzung des Parlamentsgebäudes.

- 11,51 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 03: Verfassungsgerichtshof

Ausgaben

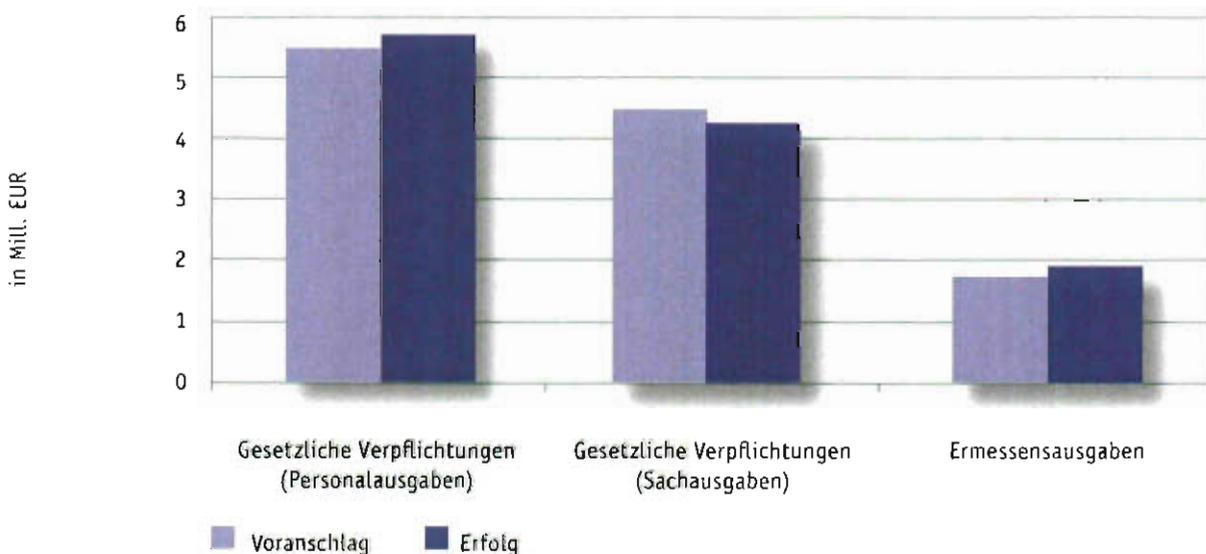
In der Untergliederung 03 betragen die Ausgaben 11,75 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 11,60 Mill. EUR wurden 0,15 Mill. EUR (+ 1,3 %) mehr ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,23 Mill. EUR (+ 4,2 %). Die Sachausgaben verminderten sich um 0,08 Mill. EUR (- 1,2 %).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 0,43 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,55 Mill. EUR wurden 0,12 Mill. EUR (- 21,8 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 03	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	5,45	5,68	+ 0,23	+ 4,2
Sachausgaben	6,15	6,07	- 0,08	- 1,2
Gesetzliche Verpflichtungen	4,47	4,22	- 0,25	- 5,6
Ermessensausgaben	1,68	1,86	+ 0,17	+ 10,3
Summe	11,60	11,75	+ 0,15	+ 1,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,0		



TZ 3

Untergliederung 04: Verwaltungsgerichtshof**Ausgaben**

In der Untergliederung 04 betragen die Ausgaben 15,69 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 15,60 Mill. EUR wurden 0,09 Mill. EUR (+ 0,6 %) mehr ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,25 Mill. EUR (+ 1,8 %). Die Sachausgaben verminderten sich um 0,16 Mill. EUR (- 8,3 %).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 0,08 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,11 Mill. EUR wurden 0,02 Mill. EUR (- 20,2 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 04	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	13,64	13,89	+ 0,25	+ 1,8
Sachausgaben	1,96	1,80	- 0,16	- 8,3
Gesetzliche Verpflichtungen	0,03	0,00	- 0,03	- 97,6
Ermessensausgaben	1,93	1,80	- 0,13	- 6,9
Summe	15,60	15,69	+ 0,09	+ 0,6
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,0		



Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 05: **Volksanwaltschaft**

Ausgaben

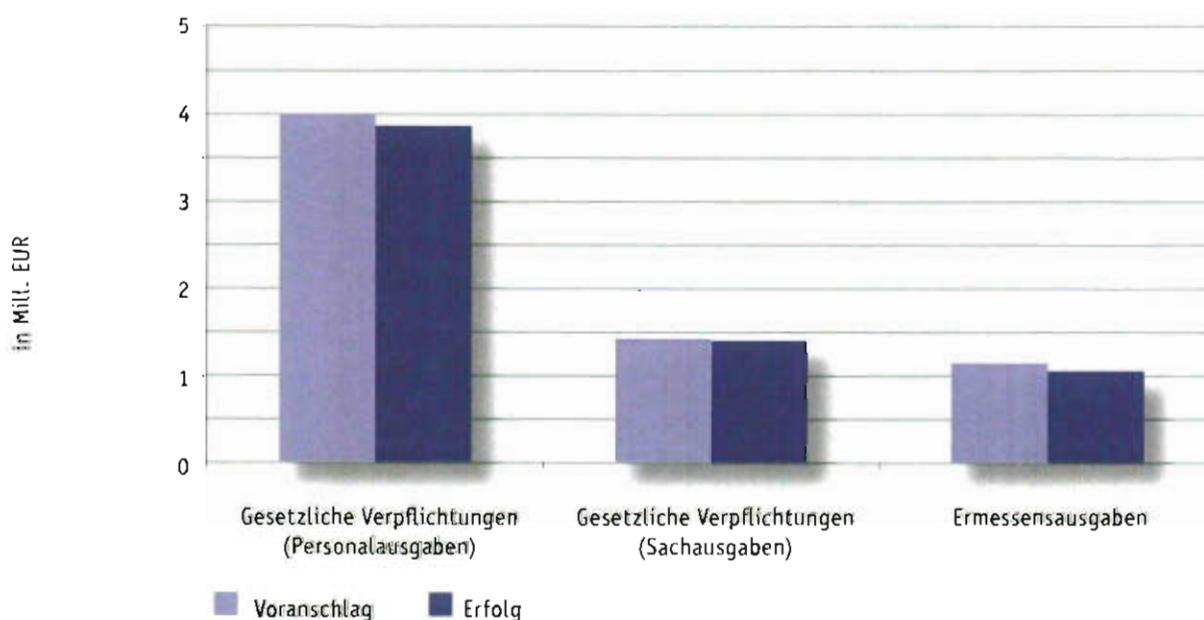
In der Untergliederung 05 betragen die Ausgaben 6,32 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6,60 Mill. EUR wurden 0,28 Mill. EUR (- 4,3 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,16 Mill. EUR (- 3,9 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 0,12 Mill. EUR (- 4,8 %).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 0,16 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,18 Mill. EUR wurden 0,02 Mill. EUR (- 13,4 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 05	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	4,02	3,86	- 0,16	- 3,9
Sachausgaben	2,58	2,45	- 0,12	- 4,8
Gesetzliche Verpflichtungen	1,43	1,40	- 0,03	- 1,9
Ermessensausgaben	1,15	1,05	- 0,10	- 8,5
Summe	6,60	6,32	- 0,28	- 4,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,0		



TZ 3

Untergliederung 06: Rechnungshof

Ausgaben

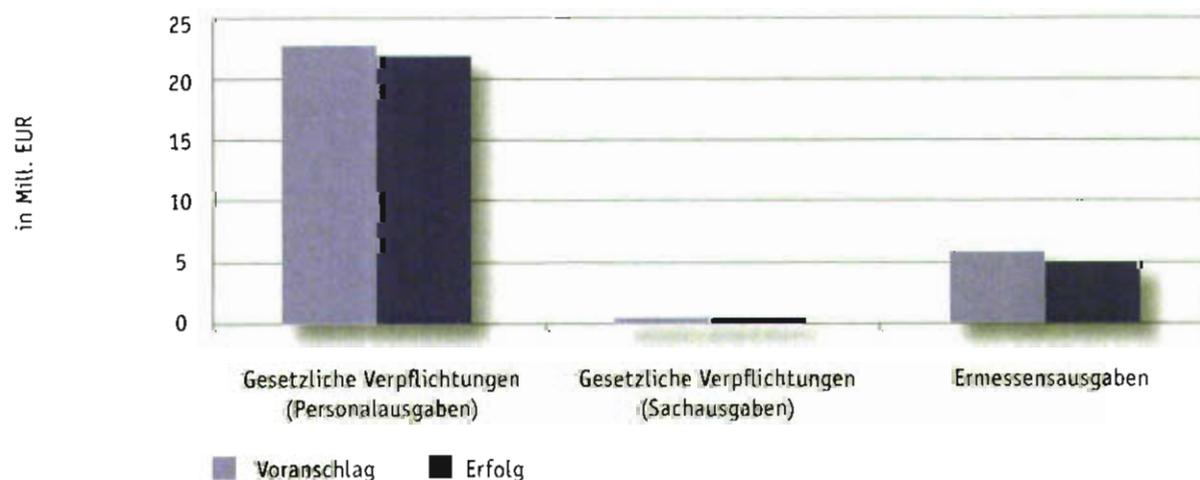
In der Untergliederung 06 betragen die Ausgaben 27,37 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 29,10 Mill. EUR wurden 1,73 Mill. EUR (- 5,9 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,92 Mill. EUR (- 4,0 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 0,81 Mill. EUR (- 12,9 %).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 0,12 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,09 Mill. EUR wurden 0,03 Mill. EUR (+ 36,5 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 06	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	22,82	21,90	- 0,92	- 4,0
Sachausgaben	6,28	5,47	- 0,81	- 12,9
Gesetzliche Verpflichtungen	0,49	0,46	- 0,03	- 5,6
Ermessensausgaben	5,80	5,01	- 0,78	- 13,5
Summe	29,10	27,37	- 1,73	- 5,9
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,0		





BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 10: Bundeskanzleramt

Ausgaben

In der Untergliederung 10 betragen die Ausgaben 326,32 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 335,70 Mill. EUR wurden 9,38 Mill. EUR (- 2,8 %) weniger ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,79 Mill. EUR (+ 1,4 %). Die Sachausgaben verminderten sich um 10,17 Mill. EUR (- 3,6 %).

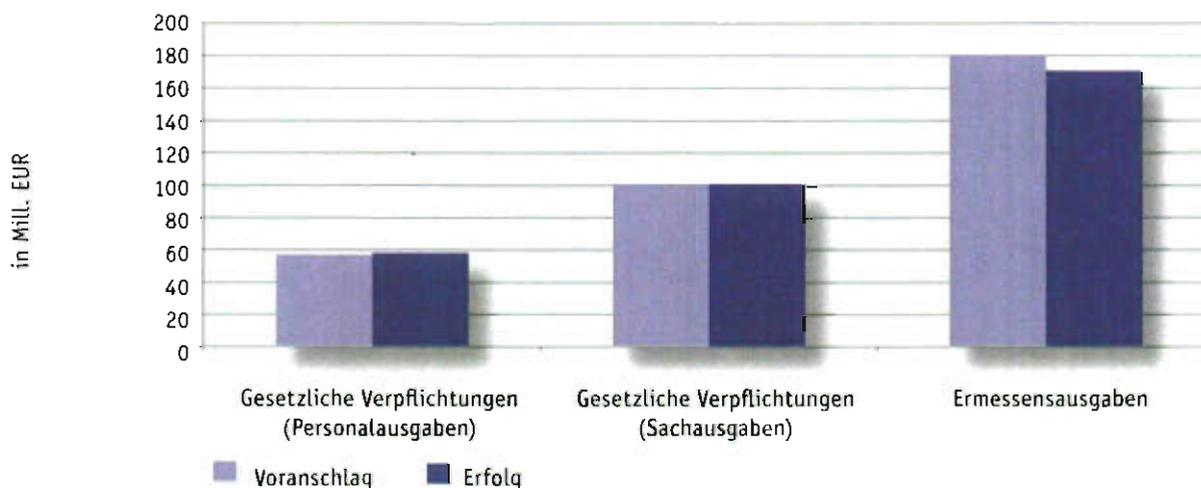
Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend durch Verzögerungen bei der Umsetzung von Programmen für regional- und strukturpolitische Maßnahmen (insgesamt - 7,44 Mill. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 3,48 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 4,90 Mill. EUR wurden 1,42 Mill. EUR (- 29,0 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 10	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	56,44	57,24	+ 0,79	+ 1,4
Sachausgaben	279,26	269,08	- 10,17	- 3,6
Gesetzliche Verpflichtungen	99,22	99,17	- 0,05	- 0,1
Ermessensausgaben	180,04	169,92	- 10,12	- 5,6
Summe	335,70	326,32	- 9,38	- 2,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,5	0,5		



TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
10	Bundeskanzleramt	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
100	Bundeskanzleramt	216,51	203,87	- 12,64	- 5,8
101	Dienststellen	26,87	28,41	+ 1,55	+ 5,8
102	Bundesstatistik	50,39	50,39	- 0,00	- 0,0
104	Presse- und Parteienförderung	38,07	38,75	+ 0,69	+ 1,8
105	Bundesministerium, Sonstiger Zweckaufwand	3,87	4,90	+ 1,03	+ 26,6
	Summe Ausgaben	335,70	326,32	- 9,38	- 2,8
2/..	Einnahmen				
100	Bundeskanzleramt	3,97	2,28	- 1,69	- 42,5
101	Dienststellen	0,92	1,19	+ 0,27	+ 29,7
102	Bundesstatistik	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
104	Presse- und Parteienförderung	0,01	0,00	- 0,01	- 100,0
105	Bundesministerium, Sonstiger Zweckaufwand	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	Summe Einnahmen	4,90	3,48	- 1,42	- 29,0
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 330,80	- 322,84	+ 7,96	- 2,4

1/10 Bundeskanzleramt

Überschreitung der Personalausgaben ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von 692,17 EUR für die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) und 5.443,85 EUR für den Asylgerichtshof durch automatische Buchungen der Applikation **Bundesbesoldung („PM-SAP“)** im Auslaufzeitraum.

1/100 Bundeskanzleramt

1/1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/10048 Aufwendungen (variabel) - 7,44 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Überweisungen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch Minderausgaben wegen Verzögerungen bei der Umsetzung von Programmen der Periode 2007-2013 und

- 16,04 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund von Zahlungsverzögerungen aus dem Vorjahr wegen Verzögerungen bei Programmabschlüssen der Periode 2000-2006 durch die Europäische Kommission.

+ 8,60 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 11: Inneres

Ausgaben

In der Untergliederung 11 betragen die Ausgaben 2.294,93 Mill. EUR und somit 3,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.353,70 Mill. EUR wurden 58,77 Mill. EUR (- 2,5 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 27,07 Mill. EUR (- 1,7 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 31,70 Mill. EUR (- 4,4 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag waren vorwiegend durch gesunkene Personalausgaben bei der Sicherheitsexekutive infolge von Struktureffekten und verspäteten Neuaufnahmen (insgesamt - 30,22 Mill. EUR) sowie durch Verzögerungen beim Ausbau des Digitalfunknetzes (- 10,77 Mill. EUR) zu verzeichnen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen hauptsächlich höhere Aufwendungen der Zentraleitung i.Z.m. der Umstellung von der Kassabuchführung auf HV-SAP bei den nachgeordneten Dienststellen sowie mit der Kommunikationsstrategie des BMI (+ 9,92 Mill. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 126,03 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 108,80 Mill. EUR wurden 17,23 Mill. EUR (+ 15,8 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag durch Straf gelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO und gemäß § 37 Abs. 8 FSG infolge vermehrter Anzeigen (+ 8,11 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 11	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	1.637,23	1.610,15	- 27,07	- 1,7
Sachausgaben	716,47	684,77	- 31,70	- 4,4
Gesetzliche Verpflichtungen	77,56	78,53	+ 0,97	+ 1,2
Ermessensausgaben	638,91	606,24	- 32,67	- 5,1
Summe	2.353,70	2.294,93	- 58,77	- 2,5
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,4	3,4		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
11	Inneres	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
110	Bundesministerium für Inneres	397,36	397,49	+ 0,13	+ 0,0
115	Asyl- und Fremdenwesen	147,84	132,34	- 15,50	- 10,5
117	Sicherheitsaufgaben	1.808,50	1.765,10	- 43,40	- 2,4
	Summe Ausgaben	2.353,70	2.294,93	- 58,77	- 2,5
2/..	Einnahmen				
110	Bundesministerium für Inneres	14,48	14,46	- 0,02	- 0,1
115	Asyl- und Fremdenwesen	15,85	12,10	- 3,75	- 23,6
117	Sicherheitsaufgaben	78,48	99,47	+ 20,99	+ 26,8
	Summe Einnahmen	108,80	126,03	+ 17,23	+ 15,8
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.244,90	- 2.168,89	+ 76,01	- 3,4



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/11	Inneres	
	Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von 23.166,43 EUR bei den Personalausgaben von Zivildienst und Bundeskriminalamt sowie den Aufwendungen der Einsatzkommandos entstanden durch die automationsunterstützte Einspielung von Besoldungsdaten im Wege der Applikation Bundesbesoldung (PM-SAP).	
1/110	Bundesministerium für Inneres	
1/1100	Zentralleitung	
1/11008	Aufwendungen	+ 9,29 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Werkleistungen durch Dritte infolge gesteigerter Zahlungen an die Buchhaltungsagentur des Bundes (insbesondere wegen der Umstellung von der Kassabuchführung auf HV-SAP bei den nachgeordneten Dienststellen) sowie aufgrund von Zahlungen im Zusammenhang mit der Kommunikationsstrategie des BMI (Medieneinschaltungen betreffend Fremdenrechtsänderungsgesetz, Kinderreisepass und dem Jahr der Freiwilligen/Vereine, Integration und Helden).	+ 9,92 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen: 7.514.000,- EUR; BMF-112913/0064-11/7/11 v. 16.05.2011 4.598.000,- EUR; BMF-112913/0180-11/7/11 v. 18.10.2011	
1/1109	Kommunikations- und Informationstechnologie	
1/11098	Aufwendungen	- 12,91 Mill. EUR
	Minderausgaben durch geringere Betriebskosten für den Digitalfunk BOS aufgrund von Verzögerungen beim Ausbau des Digitalfunknetzes.	- 10,77 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Leistungen der Post infolge des Vollausbaus des Gateway-Systems (Vermittlungssystem des BMI-internen Kommunikationsnetzes) und einer Konsolidierung der Datenleitungen.	- 2,75 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Instandhaltung von Kommunikationstechnik durch Verzögerungen bei Verkabelungsmaßnahmen im Bereich der nachgeordneten Dienststellen.	- 2,53 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Werkleistungen/Programmierstellungen (ADV) durch höhere Programmierungskosten für die Projekte „Elektronischer Austausch zwischen Strafregistersystemen Österreichs und anderen EU-Mitgliedsstaaten“ (EAS) und „Elektronische Strafkarte“ (ESK).	+ 2,21 Mill. EUR

TZ 3

1/115	Asyl- und Fremdenwesen	
1/1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	
1/11508	Aufwendungen	- 9,41 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen sowie bei Werkleistungen durch Dritte aufgrund der verzögerten Umsetzung mehrerer Projekte im Bereich der Flüchtlingsbetreuung und Integration.	- 6,07 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Beiträgen zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen aufgrund verminderter Inanspruchnahme von Deutsch-Integrationskursen.	- 2,45 Mill. EUR
1/117	Sicherheitsaufgaben	
1/1170	Sicherheitsexekutive	
1/11700	Personalausgaben	- 30,22 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Bezügen der Beamten sowie bei den Entgelten für Vertragsbedienstete aufgrund von Struktureffekten und verspäteter Neuaufnahmen.	- 17,28 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen und bei den sonstigen Nebengebühren durch restriktive Überstundenkontingentierung.	- 13,70 Mill. EUR
1/11708	Aufwendungen	- 8,68 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen/Fahrzeuge sowie bei der Instandhaltung von sonstigen Kfz/Fuhrparkmanagement wegen Nichterreicherung des geplanten Ausbaustandes von Leasingfahrzeugen.	- 7,87 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Instandhaltung von sonstigen Kfz durch den Umstieg auf das Leasingmodell.	- 3,17 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen durch Vermehrung der Mietflächen und Erhöhung der Mietkosten.	+ 4,04 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/11	Inneres	
2/117	Sicherheitsaufgaben	
2/1170	Sicherheitsexekutive	
2/11700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	+ 8,11 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Strafgeldern gemäß § 100 Abs. 10 StVO und gemäß § 37 Abs. 8 FSG infolge vermehrter Anzeigen.	+ 8,11 Mill. EUR
2/11704	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5,40 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den sonstigen Erträgen und den Geldstrafen durch vermehrte Anzeigenlegungen.	+ 4,76 Mill. EUR
2/11705	Refundierungen von Post und Telekom	+ 6,08 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Refundierungen von der Österreichische Post Aktiengesellschaft und der A1 Telekom Austria Aktiengesellschaft durch die vermehrte Übernahme von Post- und Telekombdiensten.	+ 6,08 Mill. EUR

TZ 3

Untergliederung 12: Äußeres**Ausgaben**

In der Untergliederung 12 betragen die Ausgaben 416,56 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 427,10 Mill. EUR wurden 10,54 Mill. EUR (- 2,5 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 1,11 Mill. EUR (- 1,5 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 9,42 Mill. EUR (- 2,7 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten vorwiegend aus gesunkenen Aufwendungen der Vertretungsbehörden (insgesamt - 13,87 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen entstanden durch die Aufstockung der Kontingente (insgesamt + 6,29 Mill. EUR).

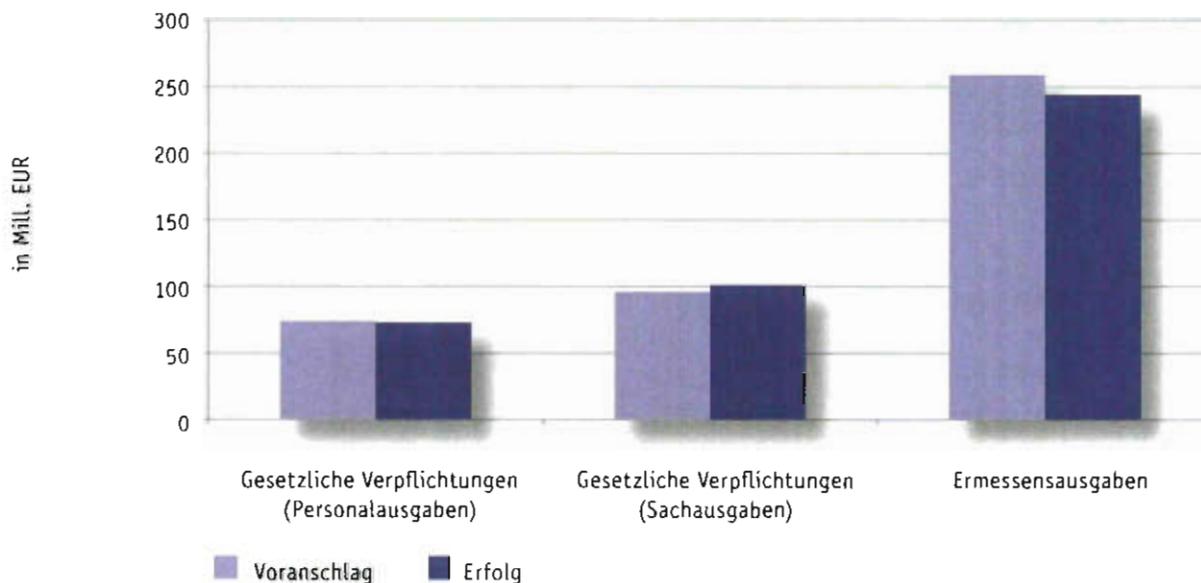
Einnahmen

Die Einnahmen betragen 4,73 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,66 Mill. EUR wurden 1,06 Mill. EUR (+ 29,0 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 12	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	74,24	73,13	- 1,11	- 1,5
Sachausgaben	352,86	343,44	- 9,42	- 2,7
Gesetzliche Verpflichtungen	95,09	100,58	+ 5,49	+ 5,8
Ermessensausgaben	257,77	242,86	- 14,91	- 5,8
Summe	427,10	416,56	- 10,54	- 2,5
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,6	0,6		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
12	Äußeres	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
120	BM für europäische und internationale Angelegenheiten	251,75	259,86	+ 8,12	+ 3,2
121	Vertretungsbehörden	168,92	149,60	- 19,32	- 11,4
124	Kulturelle Vorhaben	6,44	7,11	+ 0,67	+ 10,4
	Summe Ausgaben	427,10	416,56	- 10,54	- 2,5
2/..	Einnahmen				
120	BM für europäische und internationale Angelegenheiten	0,52	0,68	+ 0,16	+ 29,9
121	Vertretungsbehörden	2,82	2,90	+ 0,08	+ 2,9
124	Kulturelle Vorhaben	0,32	1,15	+ 0,82	+ 254,1
	Summe Einnahmen	3,66	4,73	+ 1,06	+ 29,0
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 423,44	- 411,84	+ 11,60	- 2,7



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 13: Justiz

Ausgaben

In der Untergliederung 13 betragen die Ausgaben 1.201,66 Mill. EUR und somit 1,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.150,50 Mill. EUR wurden 51,16 Mill. EUR (+ 4,4 %) mehr ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 11,07 Mill. EUR (+ 2,0 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 40,09 Mill. EUR (+ 6,8 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag infolge der Erfüllung gerichtlicher Auflagen betrafen gesundheitsbezogene Maßnahmen nach dem Suchtmittelgesetz sowie höhere Ausgaben für Sicherheitskontrollen in den Gerichtsgebäuden, für die ärztliche Nachbetreuung bedingt entlassener Häftlinge sowie Kostenersätze für Telefonüberwachungsmaßnahmen (insgesamt + 19,77 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden durch die Einrichtung von zusätzlichen Staatsanwälte/Richter-Planstellen i.Z.m. der Korruptionsbekämpfung (+ 7,19 Mill. EUR).

Einnahmen

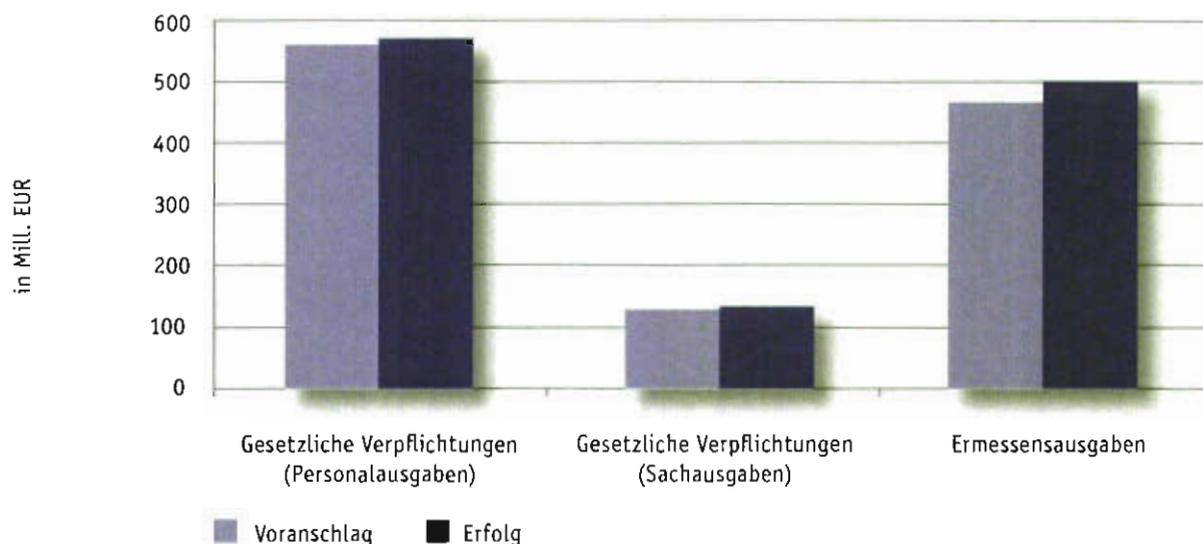
Die Einnahmen betragen 901,51 Mill. EUR und somit 1,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 804,70 Mill. EUR wurden 96,80 Mill. EUR (+ 12,0 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag – vorwiegend bei den Gerichtsgebühren – resultierten aus den insgesamt gestiegenen Bemessungsgrundlagen und der Valorisierung der Pauschalgebühren bei den Verfahren (+ 82,10 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 13	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	558,92	569,98	+ 11,07	+ 2,0
Sachausgaben	591,59	631,68	+ 40,09	+ 6,8
Gesetzliche Verpflichtungen	126,49	130,85	+ 4,36	+ 3,4
Ermessensausgaben	465,10	500,83	+ 35,73	+ 7,7
Summe	1.150,50	1.201,66	+ 51,16	+ 4,4
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,6	1,8		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
13	Justiz	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
130	Bundesministerium für Justiz	129,90	131,92	+ 2,03	+ 1,6
131	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	12,89	12,79	- 0,11	- 0,8
132	Justizbehörden in den Ländern	640,34	673,77	+ 33,43	+ 5,2
133	Justizanstalten	334,41	349,03	+ 14,62	+ 4,4
135	Bewährungshilfe	32,97	34,16	+ 1,19	+ 3,6
	Summe Ausgaben	1.150,50	1.201,66	+ 51,16	+ 4,4
2/..	Einnahmen				
130	Bundesministerium für Justiz	1,34	1,51	+ 0,17	+ 12,5
131	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	0,12	0,08	- 0,05	- 37,2
132	Justizbehörden in den Ländern	754,54	844,48	+ 89,94	+ 11,9
133	Justizanstalten	48,70	55,45	+ 6,75	+ 13,9
135	Bewährungshilfe	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	Summe Einnahmen	804,70	901,51	+ 96,80	+ 12,0
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 345,80	- 300,15	+ 45,64	- 13,2

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/13	Justiz	
1/130	Bundesministerium für Justiz	
1/13008	Aufwendungen	+ 5,77 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Entgelten an die Buchhaltungs-agentur des Bundes durch die Umstellung der Landes- und Bezirksgerichte von der Kassabuchführung auf HV-SAP.	+ 5,81 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen:	
	4.152.007,- EUR; BMF-112913/0044-II/7/11 v. 03.05.2011	
	1.000.000,- EUR; BMF-112913/0120-II/7/11 v. 03.08.2011	
	731.200,- EUR; BMF-112913/0319-II/7/11 v. 27.12.2011	
1/132	Justizbehörden in den Ländern	
1/13200	Personalausgaben	+ 9,83 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Gehältern für Vertragsbedienstete und Beamte aufgrund von zusätzlichen 35 Staats-anwälte/Richter-Planstellen im Zusammenhang mit dem strafrechtlichen Kompetenzpaket zur wirksamen Korrupti-onsbekämpfung sowie aufgrund der allgemeinen Bezugs-erhöhung (Gehaltsregelung 2011).	+ 7,19 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen für Vertrags-bedienstete wegen der höheren Bemessungsgrundlage (Ge-haltssumme).	+ 1,44 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen:	
	4.000.000,- EUR; BMF-112913/0098-II/7/11 v. 20.07.2011	
	800.000,- EUR; BMF-112913/0129-II/7/11 v. 18.08.2011	
	4.200.000,- EUR; BMF-112913/0190-II/7/11 v. 24.10.2011	
	1.404.000,- EUR; BMF-112913/0300-II/7/11 v. 16.12.2011	
1/13208	Aufwendungen	+ 19,77 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Werkleistungen durch Dritte inshe-sondere wegen gestiegener Ausgaben für gesundheitsbezo-gene bzw. therapeutische Maßnahmen nach dem Suchtmit-telgesetz („Therapie anstatt Strafe“) sowie wegen erhöhter Ausgaben für Sicherheitskontrollen in den Gerichtsgebäu-den und für die ärztliche Nachbetreuung bedingt entlasse-ner Häftlinge (Erfüllung gerichtlicher Auflagen).	+ 15,62 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Leistungen der Post, weil wegen vermehrter gerichtlicher Anordnung von Telefonüberwa-chungsmaßnahmen die dafür an die Betreiber zu leistenden Kostenersätze gestiegen sind.	+ 3,51 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen:	
	7.400.000,- EUR; BMF-112913/0212-II/7/11 v. 10.11.2011	
	12.500.000,- EUR; BMF-112913/0288-II/7/11 v. 14.12.2011	

TZ 3

1/133	Justizanstalten	
1/1330	Justizanstalten	
1/13308	Aufwendungen	+ 9,33 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die externe medizinische Versorgung infolge des höheren Insassenstandes sowie durch gestiegene Krankenhauskosten, insbesondere für die Unterbringung geistig abnormer Rechtsbrecher in psychiatrischen Krankenanstalten.	+ 8,79 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligungen:	
	7.100.000,- EUR; BMF-112913/0272-II/7/11 v. 12.12.2011	
	2.300.000,- EUR; BMF-112913/0324-II/7/11 v. 28.12.2011	
2/13	Justiz	
2/132	Justizbehörden in den Ländern	
2/13204	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 89,42 Mill. EUR
	Ein großer Teil der Gerichtsgebühren ist von der Höhe des den Verfahren zu Grunde liegenden Anspruchs oder Werts abhängig und damit automatisch „inflation angepasst“. Abgesehen davon sind die Anzahl der Verfahren und der jeweils zu Grunde liegende Anspruch oder Wert weder vorhersehbar noch durch Verwaltungsmaßnahmen steuerbar.	
	Mehreinnahmen bei den Gerichtsgebühren ergaben sich somit überwiegend aufgrund der insgesamt gestiegenen Bemessungsgrundlagen für die Pauschalgebühren bei den Verfahren. Darüber hinaus trug die mit 1. August 2011 erfolgte Valorisierung (Erhöhung) der Pauschalgebühren um rd. 5 % rein rechnerisch mit rd. 17 Mill. EUR zu diesen Mehreinnahmen bei.	+ 82,10 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Einziehungen zum Bundesschatz durch die mit 1. Jänner 2011 (Kundmachung am 23. Dezember 2010) in Kraft getretene Neuregelung des „Verfalls von Vermögenswerten, die durch oder für die Begehung einer Straftat erwirtschaftet wurden“ (§ 20 StGB) sowie durch einen großen Einzelfall in der Höhe von rd. 3,3 Mill. EUR. Mit der Neuregelung wurde das bisherige „Nettoprinzip“ durch das „Bruttoprinzip“ ersetzt, sodass nunmehr die Aufwendungen des Täters bei der Berechnung der für verfallen erklärten Vermögenswerte außer Betracht bleiben. (Der in der Finanzposition noch enthaltene Begriff „Abschöpfung der Bereicherung“ ist im StGB mit 1. Jänner 2011 auf „Verfall von Vermögenswerten“ abgeändert worden.)	+ 4,53 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

	Mehreinnahmen bei Geldstrafen und Geldbußen aufgrund des mit 1. Jänner 2011 (Kundmachung am 30. Dezember 2010) in Kraft getretenen neuen Zwangsstrafverfahrens nach dem Unternehmensgesetzbuch (Erzwingung der Offenlegung von Jahresabschlüssen).	+ 2,83 Mill. EUR
2/133	Justizanstalten	
2/1330	Justizanstalten	
2/13304	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 6,75 Mill. EUR
	Mehreinnahmen der Betriebe der Justizanstalten, weil diese durch verstärkte Anstrengungen mehr Aufträge akquirieren konnten.	+ 2,89 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Ersätzen von Ländern wegen einer Nachzahlung aus 2010. Gemäß einer Vereinbarung nach Artikel 15a B-VG leisten die Länder an den Bund jährlich feststehende Kostenersätze für die von der Justiz zu tragenden Krankenhauskosten der Häftlinge.	+ 1,23 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Erlösen für hoheitliche Leistungen durch die infolge des hohen Insassenstandes gestiegenen Vollzugskostenbeiträge.	+ 1,10 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch gestiegene Beiträge der Pensionskassen zu den Verpflegskosten der in Anstalten untergebrachten, nicht zurechnungsfähigen Rechtsbrecher, weil dort die Anzahl von Pensionsbeziehern gestiegen ist. Gemäß § 324 Abs. 4 ASVG erhält der Bund von den Versicherungsträgern bis zu 80 % der Pensionsansprüche als Verpflegkostenerersatz. Weitere Mehreinnahmen ergaben sich aus den Kostenersätzen für den elektronisch überwachten Hausarrest.	+ 1,09 Mill. EUR

TZ 3

Untergliederung 14: Militärische Angelegenheiten und Sport**Ausgaben**

In der Untergliederung 14 betragen die Ausgaben 2.158,24 Mill. EUR und somit 3,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.186,10 Mill. EUR wurden 27,86 Mill. EUR (- 1,3 %) weniger ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 19,84 Mill. EUR (+ 2,0 %). Die Sachausgaben verminderten sich um 47,70 Mill. EUR (- 3,9 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend bei den Aufwendungen von Heer und Heeresverwaltung durch die Verschiebung von Zahlungsplänen und verspätete Vertragsabschlüsse (insgesamt - 52,72 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen Aufwendungen für Bauvorhaben (+ 25,33 Mill. EUR) und resultierten aus der nicht absehbar gewesenen Weiterführung des Assistenzeinsatzes Schengen (insgesamt + 18,52 Mill. EUR).

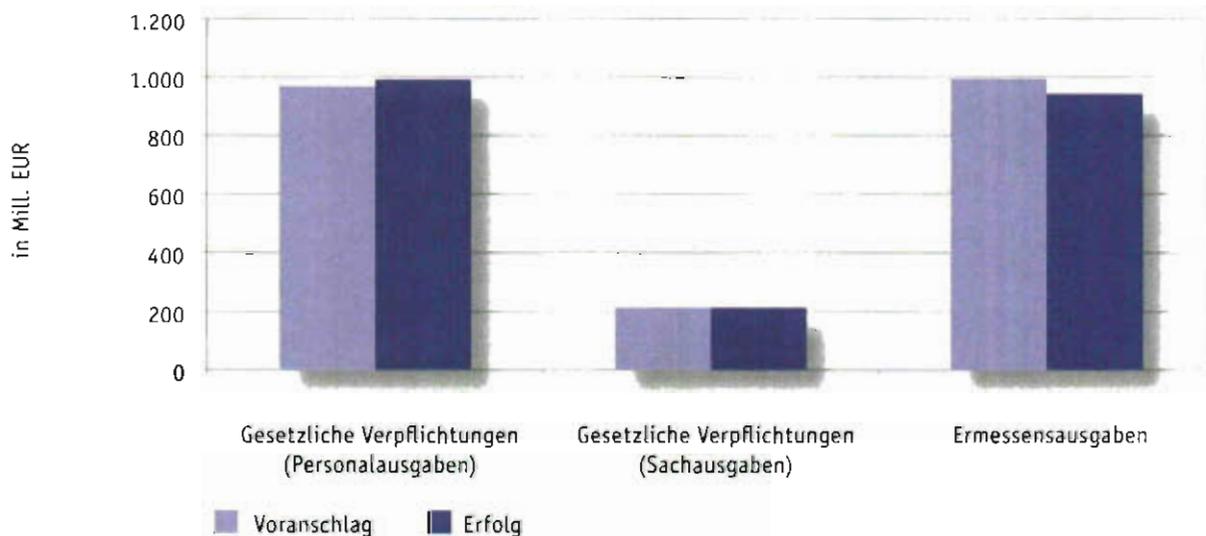
Einnahmen

Die Einnahmen betragen 54,11 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 48,55 Mill. EUR wurden 5,56 Mill. EUR (+ 11,5 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 14	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Personalausgaben	972,39	992,23	+ 19,84	+ 2,0
Sachausgaben	1.213,71	1.166,01	- 47,70	- 3,9
Gesetzliche Verpflichtungen	219,03	218,65	- 0,38	- 0,2
Ermessensausgaben	994,68	947,36	- 47,32	- 4,8
Summe	2.186,10	2.158,24	- 27,86	- 1,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,1	3,2		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport			in Mill. EUR	in %
1/.	Ausgaben				
140	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport	72,76	70,17	- 2,59	- 3,6
141	Heer und Heeresverwaltung	1.949,81	1.939,60	- 10,21	- 0,5
142	Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)	6,20	5,29	- 0,91	- 14,6
144	Heeresgeschichtl. Museum, Militärgeschichtliches Institut	5,92	5,00	- 0,93	- 15,7
145	Heeres-, Land- und Forstwirtschaft	4,12	5,35	+ 1,23	+ 29,7
146	Flexibilisierte Einrichtungen	18,22	17,22	- 1,00	- 5,5
147	Sportangelegenheiten	129,08	115,63	- 13,45	- 10,4
	Summe Ausgaben	2.186,10	2.158,24	- 27,86	- 1,3
2/.	Einnahmen				
140	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport	16,23	14,92	- 1,31	- 8,1
141	Heer und Heeresverwaltung	20,93	27,25	+ 6,32	+ 30,2
142	Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)	6,20	5,57	- 0,63	- 10,2
144	Heeresgeschichtl. Museum, Militärgeschichtliches Institut	0,33	0,51	+ 0,18	+ 52,8
145	Heeres-, Land- und Forstwirtschaft	3,70	4,53	+ 0,83	+ 22,6
146	Flexibilisierte Einrichtungen	1,04	1,27	+ 0,24	+ 22,7
147	Sportangelegenheiten	0,13	0,07	- 0,06	- 46,4
	Summe Einnahmen	48,55	54,11	+ 5,56	+ 11,5
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.137,55	- 2.104,13	+ 33,42	- 1,6

TZ 3

1/14	Militärische Angelegenheiten und Sport	
1/141	Heer und Heeresverwaltung	
1/14100	Personalausgaben	+ 18,52 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund vermehrter Aufnahmen von Vertragsbediensteten anstelle von Militärpersonen auf Zeit sowie infolge der nicht absehbaren Weiterführung des Assistenzeinsatzes Schengen.	+ 12,47 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Beamte infolge der nicht absehbaren Weiterführung des Assistenzeinsatzes Schengen, sowie eines Mehrbedarfs an 84 Bediensteten im Jahresschnitt infolge von Unschärfen in der Personalplanung.	+ 6,40 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei sonstigen Nebengebühren infolge der Umwandlung von nicht übergeleiteten Nebengebühren in Erschwerniszulagen.	+ 3,32 Mill. EUR
	Minderausgaben durch einen verminderten Stand an Militärpersonen auf Zeit, da mehr Vertragsbedienstete aufgenommen wurden.	- 4,56 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen: 15.800.000,- EUR; BMF-112913/0312-II/7/2011 v. 20.12.2011 21.000,- EUR; BMF-112913/0297-II/7/2011 v. 15.12.2011	
1/14108	Aufwendungen	- 52,72 Mill. EUR
	Minderausgaben entstanden vorwiegend, weil abgeschlossene Verträge nicht zur vorgesehenen Zahlung gelangten und in das Jahr 2012 verschoben wurden bzw. nicht im geplanten Ausmaß abgeschlossen wurden.	
	Minderausgaben für Kraftfahrgeräte durch noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen sowie rückgestellte Beschaffungen und eine Verschiebung des Zahlungsplanes für die Beschaffung der geschützten Mehrzweckfahrzeuge in die Folgejahre (- 27,94 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben infolge der vollständigen Ausscheidung der Schützenpanzer „Saurer“ (- 2,74 Mill. EUR).	- 30,68 Mill. EUR
	Minderausgaben für die Instandhaltung von Luftfahrzeugen, welche überwiegend auf den Neuabschluss der Eurofighter In-Service-Support Verträge zurückzuführen waren.	- 15,64 Mill. EUR
	Minderausgaben für die Anschaffung von Waffen infolge noch nicht abgerechneter Lieferungen und Leistungen für die Waffenstation „Pandur“.	- 15,00 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Minderausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrgeräten infolge zurückgestellter Beschaffungsvorhaben (z.B.: LKW-Kipper).	- 14,90 Mill. EUR
Minderausgaben bei Munition infolge von Lieferverzögerungen und Einsparungsmaßnahmen.	- 11,79 Mill. EUR
Minderausgaben für ADV-Werkleistungen und Programmerstellung durch die noch nicht erfolgte Abnahme einer Beschaffung (Combat-NG) und durch rückläufige Inanspruchnahme externer Programmierleistungen.	- 9,50 Mill. EUR
Minderausgaben bei der Beschaffung von ADV-Hard- und Software infolge der noch nicht abgeschlossenen Neustrukturierung im IT-Bereich und durch Reduktion auf den tatsächlichen Bedarf anstatt einer Lagerbevorratung.	- 8,97 Mill. EUR
Minderausgaben für Lebensmittel infolge geringerer Beschaffungsmengen.	- 3,58 Mill. EUR
Minderausgaben für Wasserfahrzeuge wegen Widerruf der Ausschreibung.	- 2,51 Mill. EUR
Mehrausgaben für den Investitionsaufwand bei Luftzeuggeräten infolge der Beschaffung von Zusatztanks für den Eurofighter sowie des „Mid-life update“ der Hubschrauber AB 212.	+ 21,67 Mill. EUR
Mehrausgaben für die Instandhaltung von sonstigen Anlagen, welche überwiegend auf den Neuabschluss der Eurofighter In-Service-Support Verträge zurückzuführen waren.	+ 20,41 Mill. EUR
Mehrausgaben für die Beschaffung von Fernmeldegeräten, weil die Vertragsänderungen für den Flugfunk während der Budgeterstellung noch nicht absehbar waren. Zudem war die IT-Ausstattung für den Tower Zeltweg gemäß dem Kontenplan für Gebietskörperschaften als Fernmeldegerät zu verrechnen. Zusätzlich erfolgten dringende Beschaffungen wie bspw. Behördenfunk und internationale Satelliteninformationssysteme.	+ 8,84 Mill. EUR
Mehrausgaben für sonstige Aufwendungen bei Luftzeuggeräten, welche überwiegend auf den Neuabschluss der Eurofighter In-Service-Support Verträge zurückzuführen waren.	+ 7,38 Mill. EUR
Mehrausgaben für Werkleistungen durch Dritte, welche überwiegend auf den Neuabschluss der Eurofighter In-Service-Support Verträge zurückzuführen waren.	+ 2,71 Mill. EUR

TZ 3

1/14138	Aufwendungen (Bauvorhaben)	+ 23,99 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Gebäude (+ 17,05 Mill. EUR) und für die Instandhaltung von Gebäuden (+ 8,29 Mill. EUR), weil bereits im BFG 2011 eine Rücklagenentnahme in Höhe von 25,00 Mill. EUR festgelegt wurde.	+ 25,33 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 25.000.000,- EUR; BMF-112913/0299-II/7/2011 v. 20.12.2011	
1/147	Sportangelegenheiten	
1/1474	Fußball EM 2008	
1/14746	Förderungen	- 9,02 Mill. EUR
	Minderausgaben für das Stadion in Salzburg, weil noch keine endgültige Entscheidung betreffend Endausbau oder Rückbau des Stadions getroffen wurde.	- 9,00 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 15: Finanzverwaltung

Ausgaben

In der Untergliederung 15 betragen die Ausgaben 1.099,36 Mill. EUR und somit 1,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.232,90 Mill. EUR wurden 133,54 Mill. EUR (- 10,8 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 29,74 Mill. EUR (- 4,9 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 103,80 Mill. EUR (- 16,5 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend durch verspätete Zahlungen für Anlegerentschädigungen (- 29,75 Mill. EUR), durch geringere Zuschüsse an die OeKB-AG (insgesamt - 25,98 Mill. EUR) sowie durch geringere Personalausgaben der Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung infolge konsequenter Personalpolitik (- 15,91 Mill. EUR).

Einnahmen

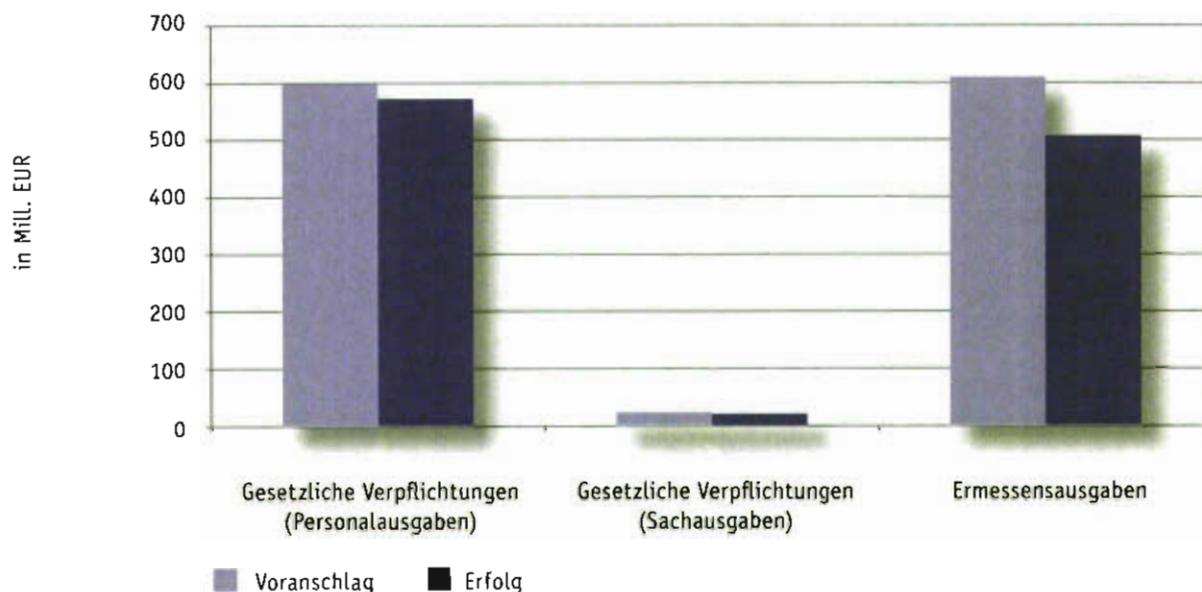
Die Einnahmen betragen 231,91 Mill. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 150,63 Mill. EUR wurden 81,28 Mill. EUR (+ 54,0 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den erfolgswirksamen Einnahmen der Zentralleitung entstanden vorwiegend durch die Zahlung einer Bank, basierend auf einem Bescheid der Finanzmarktaufsicht gemäß § 97 BWG (+ 58,01 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 15	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	602,75	573,01	- 29,74	- 4,9
Sachausgaben	630,15	526,35	- 103,80	- 16,5
Gesetzliche Verpflichtungen	21,34	20,35	- 0,99	- 4,6
Ermessensausgaben	608,81	506,00	- 102,81	- 16,9
Summe	1.232,90	1.099,36	- 133,54	- 10,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,8	1,6		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
15	Finanzverwaltung	in Mill. EUR		in %	
1/.	Ausgaben				
150	Bundesministerium für Finanzen	418,58	354,75	- 63,83	- 15,2
151	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	48,37	47,17	- 1,20	- 2,5
152	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	69,38	40,81	- 28,57	- 41,2
154	Zoll- und Abgabenverwaltung	669,66	634,45	- 35,21	- 5,3
157	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	16,91	15,18	- 1,73	- 10,2
158	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	10,00	7,00	- 3,00	- 30,0
	Summe Ausgaben	1.232,90	1.099,36	- 133,54	- 10,8
2/.	Einnahmen				
150	Bundesministerium für Finanzen	136,46	216,24	+ 79,78	+ 58,5
151	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	0,00	0,15	+ 0,15	+ 14.943,6
152	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	2,05	1,44	- 0,61	- 29,8
154	Zoll- und Abgabenverwaltung	10,34	12,07	+ 1,72	+ 16,6
157	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	1,78	2,01	+ 0,23	+ 13,0
	Summe Einnahmen	150,63	231,91	+ 81,28	+ 54,0
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 1.082,27	- 867,45	+ 214,81	- 19,8

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/15 Finanzverwaltung

1/150 Bundesministerium für Finanzen

1/1500 Zentraleitung

1/15000 Personalausgaben

- 6,48 Mill. EUR

Minderausgaben für Vertragsbedienstete (- 2,92 Mill. EUR), Beamte (- 1,49 Mill. EUR) und Mehrleistungsvergütungen (- 0,82 Mill. EUR). Der Personalansatz der Zentraleitung wurde für das Jahr 2011 sehr hoch gewählt. Einerseits waren keine politischen Umbrüche absehbar und andererseits ging man davon aus, dass infolge neuer Aufgaben neue Strukturen bzw. Abteilungen geschaffen werden und mehr Personal benötigt wird. Beides ist nicht eingetreten (Planwert rd. 790 VBÄ - Istwert rd. 724 VBÄ, jeweils zum Jahresende).

Aufgrund des Wechsels an der politischen Spitze des BMF Ende April 2011 wurde das im Jahr 2009 zusätzlich geschaffene Staatssekretariat aufgelassen und die mit der Funktion des Vizekanzlers verbundenen Dienstposten und Bewertungen vom BMF in das BMeiA transferiert (Reduktion um rd. 15 VBÄ). Planungstechnisch wurden neue Projekte, insbesondere im IT-Bereich, (wie z.B. die Transparenzdatenbank) in Form von neuen Personalstrukturen vorgesehen, die aber in der Folge nicht realisiert und durch andere Lösungen ersetzt wurden.

Im Übrigen hat die Zentraleitung, entgegen der Planung, rd. 23 weitere VBÄ durch zusätzliche Pensionierungen und sonstige Abgänge verloren.

Die Reduktion dieser Personalkapazitäten schlägt sich auch in allen weiteren personalabhängigen Ausgaben nieder.

- 5,23 Mill. EUR

1/15008 Aufwendungen

- 50,10 Mill. EUR

Minderausgaben bei Schadensvergütungen i.Z.m. Zahlungen für Anlegerentschädigungen. Für solche Schadensvergütungen erfolgte gemäß den Durchführungsbestimmungen zum BFG 2011 eine Bindung in Höhe von 48,00 Mill. EUR (Anmerkung 2.2, Teilheft UG 15). Auszahlungen zu einer Vereinbarung mit Geschädigten eines Finanzdienstleisters (AMIS) über 40,00 Mill. EUR erfolgten erst ab Dezember und waren noch nicht gänzlich abgewickelt.

- 29,75 Mill. EUR

Minderausgaben bei Entgelten an die Buchhaltungsagentur infolge Gutschriften aus Endabrechnungen 2010 und durch geringere Akontozahlungen aufgrund niedrigerer Tarife im Preisblatt 2011.

- 9,49 Mill. EUR

TZ 3

	Minderausgaben bei Werkleistungen durch Dritte aufgrund der restriktiveren Vergabe von externen Aufträgen und Kompensation von geplanten Werkleistungen durch interne Leistungen.	- 5,40 Mill. EUR
	Minderausgaben für das Sanierungsprojekt Himmelfortgasse (Projekt HSP), insbesondere bei Werkleistungen (Mittel für die Planung und die baulichen Vorbereitungen der haustechnischen Einrichtung in Zusammenhang mit Gebäudekühlung, Schließsystem, Sicherheitstechnik, Medientechnik, Informationssystem, gebäudeakkustischer Optimierung). Aufgrund von Verzögerungen im Sanierungsprojekt, Verschiebungen in das Jahr 2012 und der noch nicht erfolgten Entscheidung über die Rückübersiedlung wurden Leistungen im Jahr 2011 nicht in Anspruch genommen.	- 5,13 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei laufenden Transferzahlungen an das Ausland aufgrund der humanitären Hilfe der österreichischen Bundesregierung in Höhe von 5,00 Mill. EUR als Sofortmaßnahme betreffend die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika (Ministerrat vom 13. Oktober 2011). Eine Planung der Akutmaßnahme war nicht möglich.	+ 4,93 Mill. EUR
1/152	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
1/1523	OeKB-AG	
1/15236	Förderungen – Zuschuss	- 25,98 Mill. EUR
	Minderausgaben für Zuschüsse „cash grants“ infolge des schwer abschätzbaren Auszahlungszeitpunkts.	- 8,75 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Zuschuss OeKB. Durch die als Vorleistung für die Haushaltsrechtsreform 2013 erfolgte Umstellung belastet die Abrechnung des 4. Quartals 2011 nunmehr das folgende Finanzjahr.	- 8,60 Mill. EUR
	Minderausgaben für „sonstige grants“, weil aufgrund der Überschüsse aus der Vergangenheit für die Auszahlung der sonstigen Zuschüsse keine Budgetmittel erforderlich waren.	- 7,00 Mill. EUR
1/154	Zoll und Abgabenverwaltung	
1/1540	Dienststellen	
1/15400	Personalausgaben	- 18,72 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Minderausgaben für Vertragsbedienstete (- 7,74 Mill. EUR), Beamte (- 5,60 Mill. EUR), Mehrleistungsvergütungen (- 1,38 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträge Sonstige/Vertragsbedienstete (- 1,19 Mill. EUR). Die Minderausgaben sind Ergebnis einer konsequenten Personalpolitik hinsichtlich Zielwertplanung und Zielwertüberwachung/Personalentwicklung. Der Planwert wurde bereits zu Beginn des Jahres unterschritten bzw. konnte eine Unterschreitung auch Ende 2011 festgestellt werden (Planwert rd. 8.990 VBÄ - Istwert rd. 8.971 VBÄ, jeweils zum Jahresende).

Einsparungen im Jahr 2011 waren auch auf eine gestiegene Anzahl von nicht geplanten Pensionierungen und sonstigen Austritten zurückzuführen. Zusätzliche Ausgabenreduktionen ergaben sich aufgrund des moderaten Gehaltsabschlusses sowie durch Nichtausschöpfung von Reserven für geplante personalpolitische Maßnahmen (rd. 2 % der geplanten Personalausgaben der Dienstbehörden). Einsparungen bei Bezügen von Vertragsbediensteten und Beamten schlagen sich auch in allen weiteren personalabhängigen Finanzpositionen nieder.

- 15,91 Mill. EUR

2/15 Finanzverwaltung

2/150 Bundesministerium für Finanzen

2/1500 Zentraleitung

2/15004 Erfolgswirksame Einnahmen

+ 71,38 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei Pönal-, Stundungs- und Verzugszinsen aufgrund einer Zahlung einer Bank basierend auf einem Bescheid der Finanzmarktaufsicht gemäß § 97 BWG.

+ 58,01 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren aufgrund einer Umstellung der Abrechnung aus Rundfunk- und Fernsehgebühren (GIS). Im Hinblick auf die Haushaltsrechtsreform 2013 wurden im Jahr 2011 Einnahmen für 14 Monate verrechnet.

+ 9,00 Mill. EUR

2/1501 Einhebungsvergütung gemäß Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss

2/15014 Einhebungsvergütungen

+ 8,16 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei den Einhebungsvergütungen (EU) aufgrund von höheren Einnahmen im Bereich der Zoll und Zuckerabgaben als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen wurde.

+ 8,16 Mill. EUR

TZ 3

Untergliederung 16: Öffentliche Abgaben**Ausgaben**

In der Untergliederung 16 gab es keine Ausgaben. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2,80 Mill. EUR wurden 2,80 Mill. EUR (- 100,0 %) weniger ausgegeben.

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 41.931,28 Mill. EUR und somit 66,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 41.476,45 Mill. EUR wurden 454,83 Mill. EUR (+ 1,1 %) mehr eingenommen.

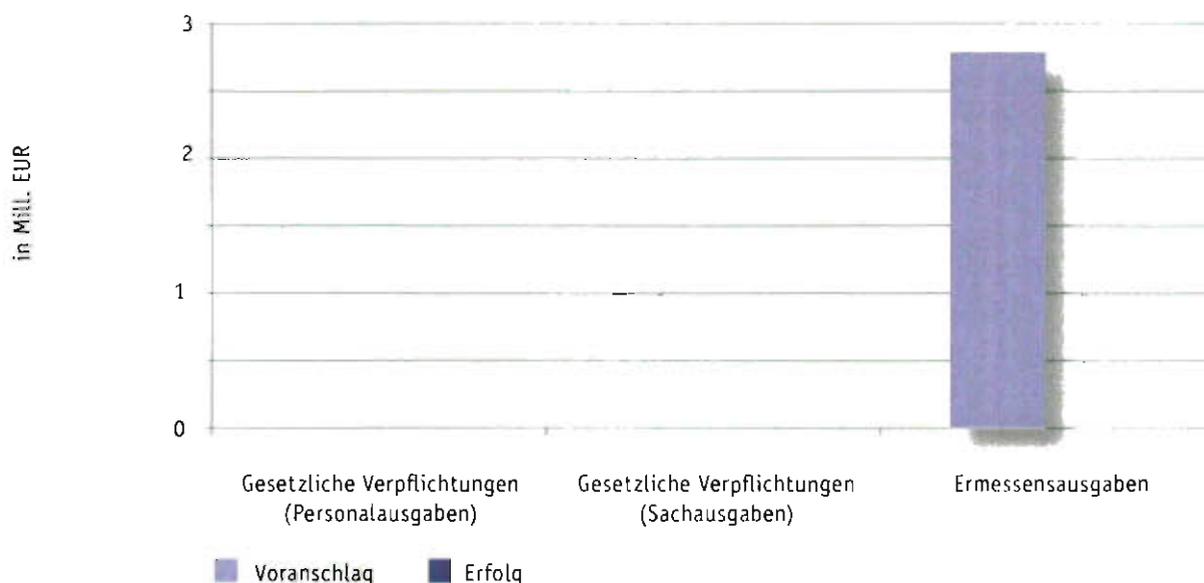
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden bei der Körperschaftsteuer (+ 777,10 Mill. EUR), bei Resteingängen weggefallener Abgaben (vorwiegend aus Abgahenguthaben) (+ 189,09 Mill. EUR), bei der Lohnsteuer (+ 183,87 Mill. EUR) sowie bei der veranlagten Einkommensteuer (+ 178,21 Mill. EUR) erzielt. Auch bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden (+ 148,78 Mill. EUR) kam es zu unerwarteten Mehreinnahmen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich bei der Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge (- 466,56 Mill. EUR) aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und bei der Umsatzsteuer (- 208,61 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 16	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	2,80	0,00	- 2,80	- 100,0
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,0		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
16	Öffentliche Abgaben	in Mill. EUR		in %	
1/.	Ausgaben				
167	Verschiedene Kosten	2,80	0,00	- 2,80	- 100,0
	Summe Ausgaben	2,80	0,00	- 2,80	- 100,0
2/.	Einnahmen				
160	Einkommen- und Vermögensteuern	33.106,00	33.925,10	+ 819,10	+ 2,5
161	Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)	17,00	17,42	+ 0,42	+ 2,5
162	Umsatzsteuer	23.600,00	23.391,39	- 208,61	- 0,9
164	Verbrauchssteuern	6.236,00	6.102,93	- 133,07	- 2,1
165	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	670,00	466,89	- 203,11	- 30,3
166	Verkehrssteuern	5.251,00	5.627,01	+ 376,01	+ 7,2
167	Nebenanprüche u. Resteingänge weggefallener Abgaben	100,00	326,94	+ 226,94	+ 226,9
168	Ab Überweisungen (I)	- 25.103,55	- 25.414,22	- 310,67	+ 1,2
169	Ab Überweisungen (II)	- 2.400,00	- 2.512,18	- 112,18	+ 4,7
	Summe Einnahmen	41.476,45	41.931,28	+ 454,83	+ 1,1
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	41.473,66	41.931,28	+ 457,63	+ 1,1

TZ 3

2/16 Öffentliche Abgaben

2/160 Einkommen- und Vermögensteuern

2/16004 Veranlagte Einkommensteuer + 178,21 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer (+ 7,1 %). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung wurde das als Basis dienende voraussichtliche Ergebnis 2010 wesentlich pessimistischer eingeschätzt. Aufgrund des Konjunkturpaketes und der Steuerreform 2009 wurde mit einem kräftigen Rückgang des Aufkommens gerechnet.

+ 178,21 Mill. EUR

2/16014 Lohnsteuer

+ 183,87 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer (+ 0,9 %), weil die Einnahmenentwicklung in dieser Genauigkeit nicht abgeschätzt werden konnte.

+ 183,87 Mill. EUR

2/16024 Kapitalertragsteuer

+ 148,78 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der Kapitalertragsteuer (+ 11,4 %). Die Kapitalertragsteuer auf Dividenden fiel 2009 gegenüber 2008 um rund 27 % auf 1.144,38 Mill. EUR. In den Jahren 2010 (+ 106,61 Mill. EUR) und 2011 (+ 197,79 Mill. EUR) stieg das Aufkommen stark an. Eine dynamische Erholung der betrieblichen Ertragssituation im Jahr 2010 (= Ausschüttungen 2011) konnte nicht angenommen werden.

+ 148,78 Mill. EUR

2/16025 Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge

- 466,56 Mill. EUR

Mindereinnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge (- 27,0 %). Entgegen der Annahme blieb das Zinsniveau wegen der Rücknahme von zwei Zinsschritten durch die EZB niedrig. Die Einführung der Vermögenszuwachssteuer in der zum Zeitpunkt der Veranschlagung geplanten Form wurde nicht umgesetzt.

- 466,56 Mill. EUR

2/16026 EU-Quellensteuer

- 39,56 Mill. EUR

Mindereinnahmen aus der EU-Quellensteuer (- 34,4 %). Im Jahr 2010 fiel das Zinsniveau auf einen historischen Tiefstand. Bedingt durch die sich verändernden ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Herkunftsländer war das Verhalten ausländischer Anleger schwer abschätzbar.

- 39,56 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/16034	Körperschaftsteuer	+ 777,10 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer (+ 17,3 %). Die zum Zeitpunkt der Veranschlagung vorliegenden Vorauszahlungen gaben keinen Hinweis auf eine rasche und kräftige Erholung des Aufkommens.	+ 777,10 Mill. EUR
2/16064	Stiftungseingangssteuer	+ 7,84 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Stiftungseingangssteuer (+ 78,4 %). Das Aufkommen wird hauptsächlich von wenigen großen, unvorhersehbar anfallenden Zahlungen getragen.	+ 7,84 Mill. EUR
2/16086	Wohnbauförderungsbeitrag	+ 18,74 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Wohnbauförderungsbeitrag (+ 2,3 %). Die Einnahmenentwicklung ist in dieser Genauigkeit nicht einschätzbar.	+ 18,74 Mill. EUR
2/16094	Stabilitätsabgabe	+ 9,87 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Stabilitätsabgabe (+ 2,0 %). Die Einnahmen waren in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung nur vorläufige Zahlen verfügbar waren.	+ 9,87 Mill. EUR
2/162	Umsatzsteuer	
2/16204	Umsatzsteuer	- 208,61 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer (- 0,9 %), weil die Einnahmenentwicklung in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar war.	- 208,61 Mill. EUR
2/164	Verbrauchssteuern	
2/16404	Tabaksteuer	- 6,62 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Tabaksteuer (- 0,4 %), da die Einnahmen in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar sind.	- 6,62 Mill. EUR
2/16444	Mineralölsteuer	- 137,48 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Mineralölsteuer (- 3,2 %). Der Vorzieheffekt aufgrund der vorher bekannten Steuererhöhung von 20 EUR pro Tonne CO ₂ (4 bzw. 5 Cent pro Liter Benzin/Diesel) zum Stichtag 1. Jänner 2011 wurde in diesem Ausmaß nicht erwartet.	- 137,48 Mill. EUR
2/16464	Alkoholsteuer	+ 11,91 Mill. EUR

TZ 3

	Mehreinnahmen bei der Alkoholsteuer (+ 9,9 %), da zum Zeitpunkt der Veranschlagung mit einem Rückgang gerechnet wurde.	+ 11,91 Mill. EUR
2/165	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	
2/16514	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	- 203,11 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben (- 30,3 %), insbesondere bei Gebühren aus dem Glücksspielmonopol (- 158,54 Mill. EUR) durch den Wegfall von Konzessionsgebühren. Die Verbuchung jener Einnahmen, die im novellierten Glücksspielgesetz (BGBl. I Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/2011) der Konzessionsgebühr entsprachen, erfolgte nicht wie ursprünglich vorgesehen bei den Gebühren, sondern beim VA-Ansatz 2/16676 Glücksspielgesetz. Mindereinnahmen auch bei sonstigen Gebühren (- 22,10 Mill. EUR) durch Wegfall der Kreditvertragsgebühr gem. Budgetbegleitgesetz 2011 (BGBl. I Nr. 111/2010).	- 203,11 Mill. EUR
2/166	Verkehrsteuern	
2/16604	Kapitalverkehrsteuern	- 22,54 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den Kapitalverkehrsteuern (- 22,5 %). Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten führten zu einem Rückgang der Kapitalaufnahmen auf den Kapitalmärkten. Die Veranschlagung erfolgte auf Basis des Vorjahreserfolges.	- 22,54 Mill. EUR
2/16615	Energieabgabe	+ 61,75 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Energieabgabe (+ 8,5 %) aufgrund einer Stagnation der Anträge von Unternehmen auf Energieabgabenvergütung bei gleichzeitig überdurchschnittlicher Steigerung der Einnahmen aus der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe.	+ 61,75 Mill. EUR
2/16634	Grunderwerbsteuer	+ 14,00 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Grunderwerbsteuer (+ 1,9 %), weil die Einnahmen in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar sind.	+ 14,00 Mill. EUR
2/16644	Versicherungssteuer	- 8,53 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei Versicherungssteuer (- 0,8 %), weil die Einnahmen in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar sind.	- 8,53 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/16645	<p>Motorbezogene Versicherungssteuer</p> <p>Mehreinnahmen bei der motorbezogenen Versicherungssteuer (+ 4,5 %). Aufgrund der Neuorganisation des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel (Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes, BGBl. I Nr. 54/2010) konnte eine große Anzahl der bereits im Dezember 2010 erfolgten Einzahlungen erst im Jänner 2011 auf Steuerkonten verrechnet werden.</p>	<p>+ 71,79 Mill. EUR</p> <p>+ 71,79 Mill. EUR</p>
2/16661	<p>Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)</p> <p>Mehreinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) (+ 35,2 %). Die signifikante Zunahme der Neuzulassungen von Sattelzugfahrzeugen und Lastkraftwägen weist auf eine unerwartet starke Zunahme des Fuhrparks hin (siehe auch VA-Ansatz 2/16664).</p>	<p>+ 8,10 Mill. EUR</p> <p>+ 8,10 Mill. EUR</p>
2/16664	<p>Kraftfahrzeugsteuer</p> <p>Mehreinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 26,3 %). Die signifikante Zunahme der Neuzulassungen von Sattelzugfahrzeugen und Lastkraftwägen weist auf eine unerwartet starke Zunahme des Fuhrparks hin (siehe auch VA-Ansatz 2/16661).</p>	<p>+ 5,79 Mill. EUR</p> <p>+ 5,79 Mill. EUR</p>
2/16676	<p>Glücksspielgesetz</p> <p>Mehreinnahmen bei den Abgaben nach dem Glücksspielgesetz (+ 82,2 %) insbesondere bei Glücksspielabgabe (+ 170,59 Mill. EUR), weil die Verbuchung jener Einnahmen, die im novellierten Glücksspielgesetz (BGBl. I Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/2011) der Konzessionsgebühr entsprachen, nicht wie ursprünglich vorgesehen beim VA-Ansatz 2/16514 erfolgte.</p> <p>Mehreinnahmen auch bei der Konzessionsabgabe (+ 52,83 Mill. EUR), weil die Höhe der Spielumsätze von der zufälligen Anzahl und Höhe der Jackpots abhängt, sowie bei der Spielbankabgabe (+ 3,22 Mill. EUR), weil der anhaltende Rückgang der Besucherzahlen und damit sinkende Umsätze schwer einschätzbar waren.</p>	<p>+ 226,10 Mill. EUR</p> <p>+ 226,10 Mill. EUR</p>
2/16690	<p>Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)</p> <p>Mehreinnahmen beim Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) (+ 85,7 %). Die Höhe des Altlastenbeitrages wurde 2011 vor allem nach den Gesichtspunkten der geplanten Ausgabenobergrenzen bei den korrespondierenden Ausgaben veranschlagt.</p>	<p>+ 22,81 Mill. EUR</p> <p>+ 22,81 Mill. EUR</p>

TZ 3

2/16704	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	+ 226,94 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Abgabenguthaben (Saldogröße), weil aufgrund der über die letzte Dekade praktisch unveränderten Bestandshöhe der Guthaben mit einem Nullzuwachs gerechnet wurde.	+ 189,09 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei „Erbschafts- und Schenkungssteuern“, weil insbesondere Resteingänge von weggefallenen Abgaben schwer einzuschätzen sind.	+ 32,99 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei „Einkommen- und Vermögensteuern“, weil Nebenansprüche schwer einzuschätzen sind.	+ 4,41 Mill. EUR
2/168	Ab Überweisungen (I)	
2/16804	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	– 440,38 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen von Einkommen- und Vermögensteuern an Länder aufgrund eines höheren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	– 375,65 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen von Einkommen- und Vermögensteuern an Gemeinden aufgrund eines höheren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	– 205,67 Mill. EUR
	Minderüberweisungen von sonstigen Steuern an Länder aufgrund eines niedrigeren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	+ 101,13 Mill. EUR
	Minderüberweisungen von sonstigen Steuern an Gemeinden aufgrund eines niedrigeren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	+ 39,95 Mill. EUR
2/16825	Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	+ 134,30 Mill. EUR
	Minderüberweisungen an den Hauptverband der SV-Träger (GSBG) (+ 129,35 Mill. EUR) sowie an das Österreichische Rote Kreuz (GSBG) (+ 4,66 Mill. EUR), weil die Beihilfempfangler – insbesondere die Sozialversicherungsträger – die Kostendynamik gegenüber den Vorjahren spürbar dämpfen konnten.	+ 134,01 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/16844	Überweisung gemäß EU-Quellensteuergesetz	+ 30,48 Mill. EUR
	Minderüberweisungen an das Ausland entsprechend dem Steueraufkommen (siehe dazu auch VA-Ansatz 2/16026).	+ 30,48 Mill. EUR
2/16874	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	- 22,38 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, hauptsächlich aufgrund von Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den FLAF abzuziehen sind.	- 22,38 Mill. EUR
2/16894	An den Katastrophenfonds	- 14,90 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen aufgrund des höheren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer.	- 14,90 Mill. EUR
2/169	Ab Überweisungen (II)	
2/16904	Beitrag zur Europäischen Union	- 112,18 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen bedingt durch die Entwicklung des Haushalts der Europäischen Union 2011 (Cashmanagement der Europäischen Kommission und Liquiditätsmanagement zum Jahresende).	
	Die Länder und Gemeinden beteiligen sich gemäß § 9 Abs. 2 Z. 2 und 3 FAG an den Eigenmittelverpflichtungen Österreichs an die EU. Dies wird durch die Gliederung des VA-Ansatzes nach Bund (VA-Post 8890), Länder (VA-Post 8891) und Gemeinden (VA-Post 8892) zum Ausdruck gebracht. Die VA-Posten der Länder und Gemeinden werden mit jeweils 1.000 EUR dotiert. Die Abrechnung erfolgt gemäß § 12 Abs. 1 FAG auf Grund des Rechnungsabschlusses des Bundes. Somit ergeben sich bei den Ländern und Gemeinden jährlich Mehrüberweisungen – beim Bund Minderüberweisungen.	
	Minderüberweisungen Bund.	+ 544,72 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen Länder.	- 550,46 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen Gemeinden.	- 106,44 Mill. EUR

TZ 3

Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Untergliederungen 20 bis 25

Ausgaben

Die Ausgaben betragen 32.808,08 Mill. EUR und somit 48,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 33.194,52 Mill. EUR wurden 386,44 Mill. EUR (- 1,2 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 19,01 Mill. EUR (- 0,5 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 367,43 Mill. EUR (- 1,2 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend in UG 22 „Sozialversicherung“ durch eine höhere Anzahl an Versicherten sowie die bessere Beitragsgrundlagenentwicklung und Ersatzzeitenfinanzierung, dadurch konnten der Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt um (- 550,00 Mill. EUR) vermindert werden. Minderausgaben wurden in UG 25 „Familie und Jugend“ bei Familienbeihilfen (- 86,90 Mill. EUR) erzielt: durch geringere Ausbezahlung von Familienbeihilfen aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen im Budgetbegleitgesetz 2011 und durch den Rückersatz von in den Jahren 2000 bis 2005 ausbezahlten Familienbeihilfen an den FLAF durch die Stadt Wien aufgrund ihrer Selbstträgerschaft. Außerdem kam es in UG 20 „Arbeit“ infolge des besseren wirtschaftlichen Umfelds des Jahres 2011 zu Minderausgaben für arbeitsmarktpolitische Leistungen (- 72,71 Mill. EUR).

Mehrausgaben in UG 20 „Arbeit“ standen mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung in Zusammenhang (+ 153,75 Mill. EUR). In UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ verursachte die Einrichtung eines Pflegefonds für die Langzeitpflege beim BMASK Mehrausgaben (+ 100,00 Mill. EUR). Mehrausgaben in UG 22 „Sozialversicherung“ betrafen den Bundesbeitrag für die SVA der gewerblichen Wirtschaft (+ 82,92 Mill. EUR) infolge der Begleichung des Abrechnungsrestes 2010.

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 13.376,00 Mill. EUR und somit 21,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 12.426,22 Mill. EUR wurden 949,78 Mill. EUR (+ 7,6 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 22 „Sozialversicherung“ beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (+ 491,72 Mill. EUR) sind auf den Rückersatz von im Jahr 2010 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen. In UG 20 „Arbeit“ entstanden sie durch höhere Arbeits-



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

losenversicherungsbeiträge infolge besserer Beschäftigungslage (+ 176,20 Mill. EUR) sowie im Zusammenhang mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung (+ 159,30 Mill. EUR). Mehreinnahmen in UG 25 „Familie und Jugend“ bei den Dienstgeberbeiträgen (+ 102,08 Mill. EUR) resultierten aus einem höheren Bruttolohnaufkommen.

Tabelle 69: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 2

Rubrik 2	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	3.655,97	3.636,96	- 19,01	- 0,5
Sachausgaben	29.538,56	29.171,13	- 367,43	- 1,2
Gesetzliche Verpflichtungen	27.686,93	27.036,71	- 650,22	- 2,3
Ermessensausgaben	1.851,63	2.134,41	+ 282,79	+ 15,3
Summe	33.194,52	32.808,08	- 386,44	- 1,2
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	47,3	48,4		

TZ 3

Untergliederung 20: Arbeit**Ausgaben**

In der Untergliederung 20 betragen die Ausgaben 6.034,24 Mill. EUR und somit 8,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.974,01 Mill. EUR wurden 60,24 Mill. EUR (+ 1,0 %) mehr ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,87 Mill. EUR (- 1,1 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 61,11 Mill. EUR (+ 1,0 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag standen mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung in Zusammenhang (+ 153,75 Mill. EUR).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß AIVG, AMSG und AMFG entstanden infolge des besseren wirtschaftlichen Umfelds des Jahres 2011 (insgesamt - 72,71 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) resultierten aus Verzögerungen in der Abwicklung von ESF-kofinanzierten Projekten (- 20,01 Mill. EUR).

Einnahmen

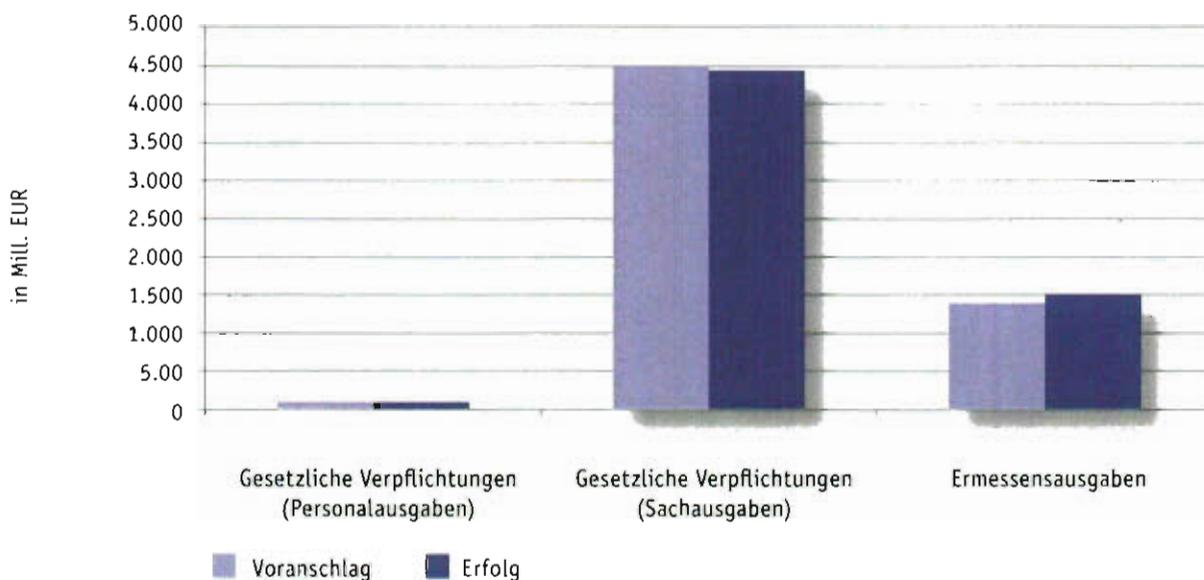
Die Einnahmen betragen 5.191,96 Mill. EUR und somit 8,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 4.850,80 Mill. EUR wurden 341,16 Mill. EUR (+ 7,0 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge infolge besserer Beschäftigungslage (+ 174,32 Mill. EUR) sowie i.Z.m. verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung (+ 159,30 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 20	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Personalausgaben	75,97	75,10	- 0,87	- 1,1
Sachausgaben	5.898,03	5.959,14	+ 61,11	+ 1,0
Gesetzliche Verpflichtungen	4.514,43	4.446,82	- 67,61	- 1,5
Ermessensausgaben	1.383,60	1.512,32	+ 128,71	+ 9,3
Summe	5.974,01	6.034,24	+ 60,24	+ 1,0
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	8,5	8,9		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
20	Arbeit	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
201	Arbeitsmarktpolitik (I)	5.840,08	5.771,40	- 68,68	- 1,2
202	Arbeitsmarktpolitik (II)	108,03	75,87	- 32,16	- 29,8
204	Arbeitsinspektion	25,75	186,83	+ 161,08	+ 625,7
205	Bezugsvorschüsse	0,15	0,14	- 0,01	- 5,7
	Summe Ausgaben	5.974,01	6.034,24	+ 60,24	+ 1,0
2/..	Einnahmen				
201	Arbeitsmarktpolitik (I)	4.850,34	5.032,01	+ 181,67	+ 3,7
202	Arbeitsmarktpolitik (II)	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
204	Arbeitsinspektion	0,31	159,78	+ 159,48	+ 52.116,9
205	Bezugsvorschussersätze	0,15	0,17	+ 0,01	+ 9,3
	Summe Einnahmen	4.850,80	5.191,96	+ 341,16	+ 7,0
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 1.123,21	- 842,28	+ 280,92	- 25,0

TZ 3

1/20	Arbeit	
1/201	Arbeitsmarktpolitik (I)	
1/2011	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
1/20116	Förderungen	- 40,06 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge fortgesetzter Umstellung der Arbeitsmarktförderung auf Werkverträge.	- 40,06 Mill. EUR
1/20118	Aufwendungen	+ 39,37 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge fortgesetzter Umstellung der Arbeitsmarktförderung auf Werkverträge.	+ 39,37 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 40.000.000,- EUR; BMF-112913/0287-II/5/2011 v. 27.12.2011	
1/20157	Arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß ALVG, AMSG und AMFG (variabel)	- 72,71 Mill. EUR
	Das wirtschaftliche Umfeld des Jahres 2011 war für den österreichischen Arbeitsmarkt geringfügig günstiger als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen wurde. Statt der für den BVA zugrunde gelegten (prognostizierten) Registerarbeitslosenquote von 6,8 % (rd. 250.000 arbeitslose Personen im Jahresdurchschnitt) konnte die Arbeitslosigkeit bei 6,7 % (rd. 247.000 arbeitslose Personen im Jahresdurchschnitt) vergleichsweise niedrig gehalten und konnten damit Einsparungen auf dem VA-Ansatz 1/20157 erzielt werden.	
	Minderausgaben für Arbeitslosengeld (rd. 126.000 anstatt rd. 132.000 Leistungsbezieher) und Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld aufgrund geringerer Arbeitslosigkeit als im BVA angenommen wurde.	- 68,17 Mill. EUR
	Minderausgaben für Altersteilzeitgeld aufgrund geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungsart (rd. 17.000 anstatt rd. 18.000 Leistungsbezieher).	- 27,11 Mill. EUR
	Minderausgaben für Kurzarbeitsbeihilfen aufgrund geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungsart (rd. 4.000 anstatt 12.000 Personen in Kurzarbeit).	- 13,91 Mill. EUR
	Minderausgaben an Pensionsversicherungs-Beiträgen für Bezieher nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) aufgrund geringerer Nachzahlungen (14,0 Mill. EUR) für das Vorjahr.	- 9,97 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

	Mehrausgaben für Notstandshilfe und Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Notstandshilfe durch eine geringfügig höhere Anzahl an Leistungsbeziehern (rd. 98.000 anstatt 96.000 Leistungsbezieher).	+ 16,84 Mill. EUR
	Mehrausgaben an Krankengeldaufwand für Bezieher nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) aufgrund von Nachzahlungen (20,0 Mill. EUR) für Vorjahre.	+ 15,49 Mill. EUR
	Mehrausgaben an Übergangsgeld und Krankenversicherungsbeiträgen aufgrund höherer Inanspruchnahme dieser Leistungsart (rd. 8.500 anstatt 7.500 Leistungsbezieher).	+ 13,23 Mill. EUR
1/202	Arbeitsmarktpolitik (II)	
1/2023	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) (variabel)	
1/20236	Förderungen (variabel)	- 20,01 Mill. EUR
	Minderausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) durch Verzögerungen in der Abwicklung von ESF-kofinanzierten Projekten.	- 20,01 Mill. EUR
1/20238	Aufwendungen (variabel)	- 11,68 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund Abwicklungsverzögerungen in den Förderprogrammen der Endbegünstigten infolge reorganisatorischer Maßnahmen in der ESF-Administration.	- 11,68 Mill. EUR
1/2043	Überweisungen nach dem BAG (Lehrlingsbeihilfen)	
1/20436	Förderungen	+ 153,75 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge Nichtveranschlagung der Überweisung gemäß § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG) (s. auch 2/20434).	+ 153,75 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 153.750.000,- EUR; BMF-112913/0273-II/5/2011 v. 12.12.2011	
1/20438	Aufwendungen	+ 5,55 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge Nichtveranschlagung des Verwaltungsaufwands der Administration gemäß § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG) (s. auch 2/20434).	+ 5,55 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 5.550.000,- EUR; BMF-112913/0279-II/5/2011 v. 12.12.2011	

TZ 3

2/20 Arbeit

2/201 Arbeitsmarktpolitik (I)

2/20180 Arbeitslosenversicherungsbeiträge + 176,20 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus **Arbeitslosen**versicherungsbeiträgen aufgrund der höheren **Beschäftigung** (3.422.000 anstatt 3.380.000 unselbständig **Beschäftigte**) und durch ein Plus an Beitragszahlern infolge des konjunkturellen Umfelds.

+ 174,32 Mill. EUR

2/20190 Überweisungen von der BUAK + 5,47 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der Vergütung des Sachbereichs Winterfeiertagsvergütung der BUAK (Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse) an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 13 Abs. 3 BUAG in Folge einer **höheren** Anzahl an **Freisetzungen von ArbeitnehmerInnen** über die Winterfeiertage.

+ 5,47 Mill. EUR

2/2043 Überweisungen nach dem IESG (Lehrlingsbeihilfen)

2/20434 Erfolgswirksame Einnahmen + 159,30 Mill. EUR

Mehreinnahmen **infolge der Nichtveranschlagung** der Überweisung **gemäß § 13c Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (IESG) für Lehrlingsbeihilfen gemäß § 19c BAG** (s. 1/20436 bzw. 1/20438).

+ 159,30 Mill. EUR



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 21: Soziales und Konsumentenschutz

Ausgaben

In der Untergliederung 21 betragen die Ausgaben 2.454,31 Mill. EUR und somit 3,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.362,92 Mill. EUR wurden 91,38 Mill. EUR (+ 3,9 %) mehr ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 1,04 Mill. EUR (- 1,6 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 92,42 Mill. EUR (+ 4,0 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Einrichtung eines Pflegefonds für die Langzeitpflege beim BMASK (+ 99,91 Mill. EUR), sowie beim Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung durch die steigende Anzahl pflegebedürftiger Personen (+ 15,00 Mill. EUR).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz infolge geringerer Auswirkung der demografischen Entwicklung und der Stufenerhöhung (insgesamt - 14,82 Mill. EUR).

Einnahmen

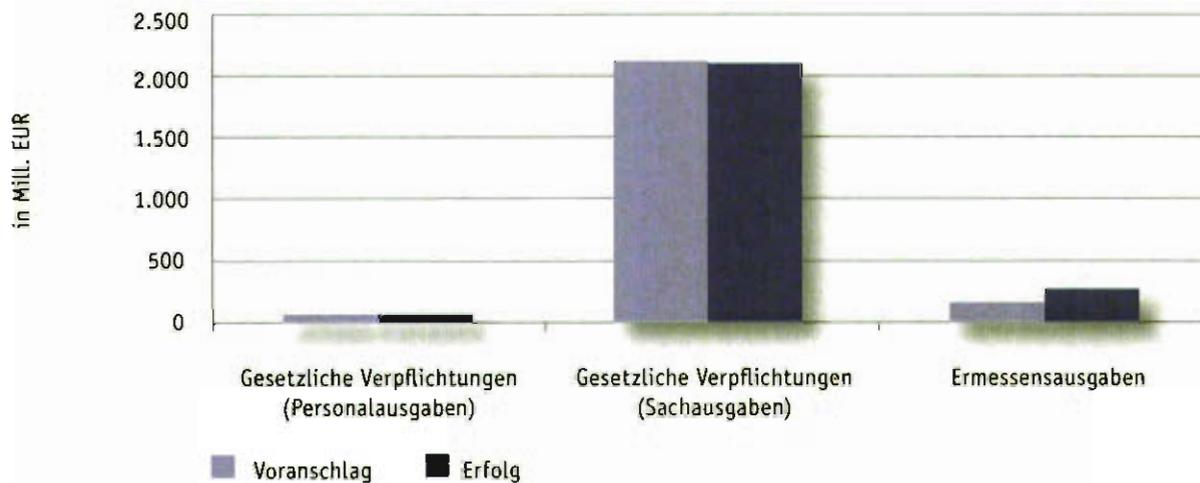
Die Einnahmen betragen 16,61 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 10,40 Mill. EUR wurden 6,21 Mill. EUR (+ 59,7 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus Rückersätzen der SV-Träger infolge von Guthaben aus Jahresabrechnungen von 2009 (+ 7,88 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 21	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	66,71	65,67	- 1,04	- 1,6
Sachausgaben	2.296,21	2.388,63	+ 92,42	+ 4,0
Gesetzliche Verpflichtungen	2.130,61	2.106,50	- 24,11	- 1,1
Ermessensausgaben	165,61	282,14	+ 116,53	+ 70,4
Summe	2.362,92	2.454,31	+ 91,38	+ 3,9
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,4	3,6		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
21	Soziales und Konsumentenschutz	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
210	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	56,75	58,90	+ 2,15	+ 3,8
211	Bundesministerium; Opferfürsorge	17,23	18,97	+ 1,75	+ 10,1
212	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	4,98	2,90	- 2,08	- 41,8
213	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	1.917,87	2.003,66	+ 85,78	+ 4,5
214	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	117,06	131,90	+ 14,84	+ 12,7
217	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung	241,49	230,06	- 11,43	- 4,7
218	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	7,54	7,92	+ 0,37	+ 5,0
	Summe Ausgaben	2.362,92	2.454,31	+ 91,38	+ 3,9
2/..	Einnahmen				
210	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3,10	3,06	- 0,04	- 1,2
211	Bundesministerium; Opferfürsorge	0,02	0,00	- 0,02	- 94,2
212	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	0,07	0,21	+ 0,14	+ 199,9
213	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	2,97	10,85	+ 7,88	+ 265,0
214	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	0,00	0,00	- 0,00	- 92,8
217	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung	4,24	2,49	- 1,75	- 41,2
218	Konsumentenschutz	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	Summe Einnahmen	10,40	16,61	+ 6,21	+ 59,7
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.352,52	- 2.437,69	- 85,17	+ 3,6



BRA 2011

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/21 Soziales und Konsumentenschutz

1/213 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

1/2134 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

1/21347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz - 14,82 Mill. EUR

Minderausgaben bei

der Pensionsversicherungsanstalt - 17,48 Mill. EUR

der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und - 6,15 Mill. EUR

der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau - 4,16 Mill. EUR

infolge geringerer Auswirkung der demografischen Entwicklung, des Take-up-Effektes (überproportionaler Anstieg über die Demografie hinaus, durch die sich stetig verbessernde Informationslage in der Bevölkerung über das Recht, Pflegegeld zu beantragen) und der Stufenerhöhung. Budgetiert wurde ein Anstieg von rund 3 %, die tatsächliche Steigerung betrug rund 1 %.

Mehrausgaben beim Pensionsversicherungsbeitrag für die pflegenden Angehörigen, für die der Bund die Pensionsversicherungsbeiträge übernimmt infolge eines starken Anstiegs der Pflegegeldbezieher (Erfolg 2010 rund 22,0 Mill. EUR und 2011 rund 36,1 Mill. EUR).

+ 11,06 Mill. EUR

TZ 3

1/2135 Zahlungen gemäß Pflegefondsgesetz

1/21358 Zahlungen aus allgemeinen Bundesmitteln

+ 100,00 Mill. EUR

Mit dem Pflegefondsgesetz vom 29. Juli 2011 (BGBl. I Nr. 57/2011) wurde beim BMASK ein Pflegefonds für die Gewährung von Zweckzuschüssen in der Langzeitpflege eingerichtet. Der entsprechende VA-Ansatz wurde daher im BVA 2011 vorerst nicht dotiert. Die Geldmittel wurden anhand einer von der Statistik Austria erstellten Pflegedienstleistungsstatistik über das Berichtsjahr 2010 auf die einzelnen Bundesländer wie folgt aufgeteilt:

	Mittel in EUR	Einwohner
Burgenland	3.391.317,17	283.806
Kärnten	6.683.262,97	559.296
Niederösterreich	19.209.194,99	1.607.542
Oberösterreich	16.856.115,15	1.410.622
Salzburg	6.320.729,50	528.957
Steiermark	14.427.897,35	1.207.414
Tirol	8.423.385,35	704.920
Vorarlberg	4.398.354,57	368.081
Wien	20.204.521,95	1.690.837
GESAMT	99.914.779,00	8.361.475

Dadurch kam es zu Mehrausgaben bei den Transferzahlungen an die Länder infolge der Gewährung von Zweckzuschüssen aus dem Pflegefonds zur teilweisen Abdeckung des Mehraufwandes bei der Langzeitpflege. Durch diese Zweckzuschüsse erfolgten Sicherungs-, Ausbau- und Aufbaumaßnahmen in den Bereichen mobile, stationäre und teilstationäre Betreuungs- und Pflegedienste, bei der Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen sowie im Case- und Caremanagement.

+ 99,91 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

100.000.000,- EUR; BMF-112913/0179-II/5/2011 v. 21.10.2011